Heft 103 / 2020

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Zustand der gesellschaftlichen Mitte

weitere Themen:
- **Nachbetrachtung zum 27. Januar**
- **Antidemokratisches Denken der Neuen Rechten**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.!

In den Tagen um den 27. Januar, in denen wir uns an die 75. Wiederkehr des Tages der Befreiung von Auschwitz erinnert haben, ist vielen bewusst geworden, wie gefährdet letztlich die humane Dimension unserer Zivilisation ist. Sicherlich sind unsere Verhältnisse heute gänzlich andere als in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges, was manche kurzschlüssige Parallelisierung abwegig erscheinen lässt. Doch hat die Wiederkehr von Nationalismus, Antisemitismus und antidemokratisch-antiparlamentarischen Tendenzen im gegenwärtigen Populismus etwas ausgesprochen Beunruhigendes, das uns zwingt, uns mit diesen Phänomenen besonnen auseinanderzusetzen.

Auf unserer Mitgliederversammlung im November vergangenen Jahres haben wir die gegenwärtige Konstellation erörtert. Wir waren uns einig, dass es heute darum gehen muss, die wehrhafte Demokratie zu stärken. Nun ist das Jahr 2020 erst wenige Wochen alt und wir haben schon einiges erlebt, was Demokraten missfallen muss: den Brexit, die Formen, in denen das Impeachmentverfahren in den USA durchgeführt worden ist, vor allem aber die jüngsten Ereignisse um eine Regierungsbildung im Freistaat Thüringen.

Bei der Landtagswahl in Thüringen zeigten sich die Folgen einer Zerfaserung des Parteiensystems, der Schwächung der Volksparteien, des Anwachsens des Populismus, überhaupt der Ränder gegenüber der Mitte und daraus resultierende Schwierigkeiten einer Regierungsbildung. Bei dem Versuch am 5. Februar, die Krise durch eine fragwürdige Operation zu lösen, kam eine Mischung aus engen parteipolitischen Kalkülen, Rücksichtslosigkeit, Fehleinschätzungen und auch fehlgeleiteter politischer Fantasie zum Ausdruck, die geeignet ist, Vorurteile und Ressentiments gegen unsere Demokratie zu fördern. Auch nach der Korrektur dieser Entscheidung werden Fragen offenbleiben, nicht zuletzt die nach der Strategie demokratischer Parteien gegenüber der AfD, besonders gegenüber ihrem extremen „Flügel".

Das Schwerpunktthema dieses Heftes fragt vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konstellation nach Zusammenhängen von sozialen, regionalen und generationellen Gegensätzen und politischem Verhalten, nach der gesellschaftlichen Mitte und den Extremen, nach Polaritäten, nach Konflikten und Konsens, das heißt nach wichtigen Voraussetzungen unserer Demokratie. Einerseits erleichtern die heutigen Kommunikationsmittel die politische Mobilisierung, andererseits haben wir es mit komplexen Interessenstrukturen und einer Vielzahl von Akteuren zu tun, die zielgerichtete demokratische Prozesse schwierig machen. Partizipation und Integration müssen neu miteinander verbunden werden. Es gilt, den gesellschaftlichen Zusammenhang und den demokratischen Konsens nicht aus den Augen zu verlieren.

In diesen Tagen ist unser Gründungsvorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel 94 Jahre alt geworden, unser Ehrenvorsitzender Bundespräsident a. D. Joachim Gauck feierte seinen 80. Geburtstag. Beiden gratulieren wir auf das Herzlichste. Sie sind in ihrem Engagement für Demokratie und Freiheit für viele von uns Vorbilder.

Mit den besten Grüßen

Ihr / Euer

PS: Die Morde von Hanau, Gewalttaten eines rassistischen Psychopathen, zielten auf Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Nicht nur Mitgefühl ist hier nötig, sondern auch nachhaltige Solidarität. Staat und Zivilgesellschaft – wir alle – sind erneut gefordert.

(Aktuelle Stellungnahmen von Prof. Dr. Bernd Faulenbach finden Sie unter: www.gegen-vergessen.de/artikel/)

Die **Mitgliederversammlung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet in diesem Jahr **am 14. November 2020 in Potsdam** statt. Für die Preisverleihung suchen wir wieder Preisträger-Vorschläge. Ein Formular dafür finden Sie auf der Homepage.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelfoto: © AdobeStock / TIMDAVIDCOLLECTION

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.

Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Wie die „Mitte“ zu fassen ist 4
Zielgruppen beschreiben mit dem Zwiebelmodell der sozialen Bewegungen 6
Suche nach einer starken Mitte, die sich der offenen Debatte stellt 9
Ein neues Wir für den Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft 11
Interview: Mit neuen Bildungsformaten die demokratische Mitte stärken 12
Interview: Wenn Politiker um ihre Sicherheit fürchten müssen 14

WEITERE THEMEN

Gedenktag zum 27. Januar: Eine Nachbetrachtung 16
Eindrücke von der Internationalen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages 17

ANALYSE UND MEINUNG

Gespaltene Gesellschaft? 19
Wir müssen antidemokratisches Denken der Neuen Rechten ernst nehmen 21

AUS UNSERER ARBEIT

Mitgliederversammlung und Preisverleihung in Karlsruhe 24
RAG Augsburg: Was geschah im Ghetto von Krakau? 28
LAG Baden-Württemberg: Die ersten Träger des Rahel-Straus-Preises wurden in Stuttgart gewürdigt 30
RAG Mittleres Ruhrgebiet/RAG Münsterland: Zwei Geschichten in einer: über „Heimat und Flucht“ 32
Interview: „Die Bühne kann helfen, auch in der Realität Barrieren abzubauen.“ 33
Deutsch-Deutsche Filmtage: Eine beispielhafte Zusammenarbeit 35

NAMEN UND NACHRICHTEN

In Erinnerung an Reinhard Egge 36
Hans Georg Glasner erhält Verdienstorden 37
Ernst Klein mit Marion-Samuel-Preis geehrt 37
Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit 38
Das Forum Recht in Karlsruhe (Sitz) und Leipzig – eine Stiftung für den Rechtsstaat 39

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 41
Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde
Was wollen die denn hier? Deutsche Grenzerfahrungen
Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft
Kein schöner Land. Angriff der Acht auf die deutsche Gegenwart
Abschied vom Abstieg. Eine Agenda für Deutschland
Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biografisches Handbuch 45

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Liane Czeremin

Wie die „Mitte“ zu fassen ist

Der Tabubruch von Erfurt, bei dem sich ein FDP-Politiker mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ, hat „die Mitte“ in den Fokus der politischen Debatte gerückt. „Die Mitte wankt“, heißt es in der ZEIT. Gustav Seibt schreibt in der Süddeutschen Zeitung von einer implodierenden Bilderwelt der Mitte. Sein Titel: „Das Mantra der Mitte“.

Tatsächlich bemühen sich heute alle im Bundestag vertretenen Parteien, sich in der Mitte zu verorten – vielleicht abgesehen von der LINKEN, die ihren Platz im Namen trägt. Zumindest in Thüringen ist aber auch das nicht mehr ausgemacht. Die SPD prägte ihren Weg von der Arbeiter- zur Volkspartei 1972 mit Willy Brandts Slogan von der „Neuen Mitte“. 1998 griff Gerhard Schröder den Begriff erneut auf. Dahinter stand die Erkenntnis, dass Wahlen stets in der Mitte gewonnen würden. Die Bündnisgrünen befinden sich mit ihrem derzeitigen Spitzenduo gerade mitten in der Metamorphose zu einer Volkspartei. Und nach dem Eklat in Thüringen wandten sich FDP-Politiker in der WELT direkt an ihre Wähler und schrieben: „Sie können sich auf die Verortung der FDP in der politischen Mitte verlassen.“ Auch die Union sieht sich dort und erhebt den Anspruch, die Mitte zu repräsentieren. Auf dem Parteitag 2007 rief Kanzlerin Angela Merkel ihren Parteifreunden zu: „Hier ist die Mitte. Hier in der Mitte sind wir – und nur wir.“

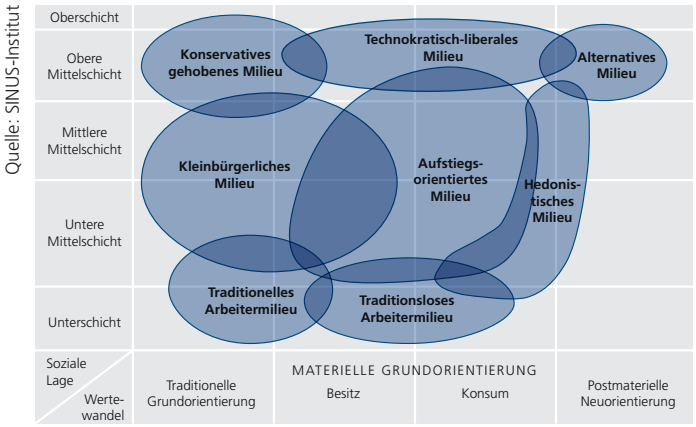
Doch auch die AfD versucht aus strategischen Erwägungen heraus, als Partei der Mitte zu erscheinen, um dort Wähler zu gewinnen. Mit einer alleinigen Betonung rechtspopulistischer Inhalte wäre dies wenig erfolgversprechend. Deshalb spielen Partei-Repräsentanten bewusst mit dem Begriff des „Bürgerlichen“. Nach der Landtagswahl in Sachsen 2019 ließen AfD-Politiker verlauten, es gebe eine „bürgerliche Mehrheit in Sachsen“. Damit hatten sie eine Koalition von CDU und AfD im Sinn. Mittlerweile gibt es konservative Vertreter, die bereit sind, sich auf dieses Spiel einzulassen.

Wie die Mitte aber eigentlich definiert und zu verorten ist, bleibt verschwommen und schwer zu fassen. Schon der Begriff der bürgerlichen Partei zeigt, wie verschiedene Kategorien hier durcheinandergehen. Die Einordnung als „bürgerlich“ geht eher auf eine sozioökonomische Betrachtung zurück als auf eine politische. Wenn zum Beispiel das Sinus-Institut seine Milieustudien veröffentlicht, geht es um die soziale Lage, den Lebensstil und grundlegende Wertorientierungen. Politische Einstellungen werden nur in einer allgemeinen Form berücksichtigt. Das Institut stellt dabei eine Erosion der Mitte fest, was hier aber vor allem bedeutet, dass die Milieus sich ausdifferenzieren, ihre Anzahl sich erhöht und die Anteile der Bevölkerung sich zwischen den Milieus verschieben. So haben die Forscher 2018 zehn Hauptgruppen unterschieden. In den 1980er Jahren hatte das Institut acht Milieus ausgemacht, die noch anders hießen und dementsprechend anders zusammengesetzt waren als heute (s. Abb. unten).

In quantitativen Studien zu politischen Einstellungen hingegen wird die Mitte als Standpunkt zwischen den Extrempositionen gesehen. Je nachdem, wo sich die Befragten auf den Skalen verorten, gehören sie zu einem Rand oder in die Mitte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung versucht in ihren Mitte-Studien zum Rechtsextremismus seit Längerem, auf diese Weise ein greifbares Bild von den Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte zu zeichnen. Die Diagnosen im Titel hörten sich in den vergangenen Jahren wenig ermutigend an und lassen darauf schließen, dass die Mitte instabil ist und zugunsten der Ränder zu verlieren droht. Die Titel hießen in dieser Reihenfolge: „Die Mitte in der Krise“, „Die Mitte im Umbruch“, „Fragile Mitte“, „Gespaltene Mitte“ und zuletzt „Verlorene Mitte“. Die Studien deuten auf die Annahme einer zunehmenden Polarisierung hin, die auch der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung entspricht.

Die „Kartoffelgrafik“ des SINUS-Instituts zeigt eine Einteilung der Bevölkerung in verschiedene Milieus entlang der Achsen von sozialer Lage. Im Vergleich zu den 1980er-Jahren haben sich die Milieus ausdifferenziert und von der Anzahl her vergrößert. Bezüglich der Anteile an der Gesamtbevölkerung gibt es eine Erosion des klassischen Mittelstands.

Milieulandschaft 1980er-Jahre



Sinus-Milieus© in Deutschland 2020 – Soziale Lage und Grundorientierung

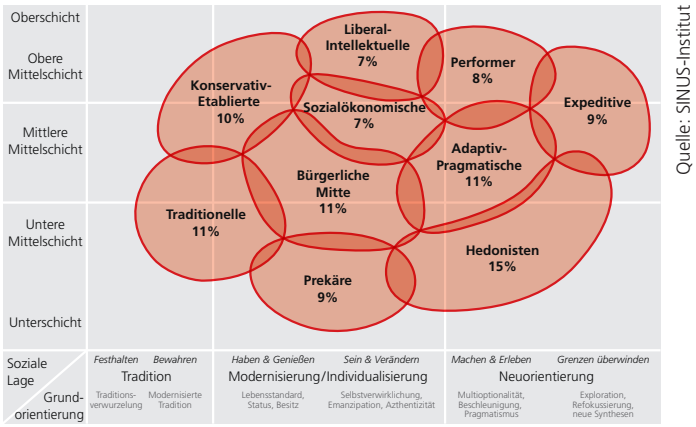


Foto: clipdealer/dolgachov

Wenn sich Milieus voneinander zu entfernen drohen, kann nur eine Stärkung der Mitte den Zusammenhalt in der Gesellschaft bewahren.

Die bewegliche Mitte

In der Debatte um die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik scheinen die öffentlichen Meinungsfronten besonders scharf gezogen. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das pragmatische Einwanderungsland" hat allerdings Ergebnisse erbracht, die diesen Eindruck bezogen auf die Einstellungen der Menschen nicht bestätigt. Die Forscher haben zwischen den stark national orientierten Bevölkerungsteilen und den weltoffen orientierten eine große dritte Gruppe ausgemacht. Diese Gruppe befürwortet Einwanderung grundsätzlich, positioniert sich dabei jedoch weniger deutlich als die anderen. Zudem unterscheiden sich die wichtigsten Sorgen dieser Gruppe von denen der „weltoffenen" Gruppe.

Diese in der Studie so bezeichnete „bewegliche Mitte" – in anderen Studien ist auch von „Sympathisanten der offenen Gesellschaft" die Rede – lässt sich also den gegensätzlichen Polen nicht so einfach zuordnen. Sie sorgt sich in der überwältigenden Mehrheit um eine Zunahme von Rassismus und rechter Gewalt. Darüber hinaus sind für sie aber Fragen kultureller Traditionen und der sozialen Absicherung elementar wichtig, anders als bei den weltoffen Orientierten. Potenziell sind die Mitglieder der „beweglichen Mitte" bereit, sich für eine vielfältige Gesellschaft einzusetzen. Andere Dinge sind ihnen aber noch wichtiger. Und einige von ihnen sind auch anfällig für Menschen, die mit Angst Politik machen und Sorgen der Menschen für populistische Zwecke kanalisieren. Dabei ist die bewegliche Mitte nicht zu vernachlässigen, denn sie macht knapp die Hälfte der Bevölkerung aus. Ohne sie gibt es also keine Mehrheiten. (Die Studie „Das pragmatische Einwanderungsland" von Rainer Faus und Simon Storks steht im Internet als Download zur Verfügung, zu finden über die Suchmaske unter: www.fes.de/publikationen/).

In einer Zeit, in der scheinbar „bis in die Mitte der Gesellschaft" hinein wieder an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt wird, stellen sich nicht mehr nur Parteien im Wahlkampf die Frage, wie eine solche bewegliche Mitte, die politisch nicht eindeutig festgelegt ist und sich je nach Anlass und Prioritätensetzung flexibel verhält, vom rechten Rand ferngehalten werden kann. Diese Frage betrifft auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Demokratie einsetzen. Also auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Die Mitte als politische Haltung des Ausgleichs

Den Begriff der Mitte kann man jedoch auch noch auf einer weiteren Ebene deuten. Man kann eine Position der Mitte auch als Haltung verstehen, die auf Ausgleich, Konsens oder Kompromiss ausgerichtet ist. Es geht dann darum, einen Mittelweg zwischen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen zu finden, der für die große Mehrheit der Menschen akzeptabel ist und auf den Grundlagen der Verfassung fußt. Einen solchen Ausgleich kann es natürlich nur geben, wenn die einzelnen Positionen bekannt und durchdrungen sind. In einen demokratischen Aushandlungsprozess gehört deshalb auch Streit. Und damit ist nicht nur ein auf rationalen Argumenten basierender gleichberechtigter Wettstreit der Ideen um die beste Lösung gemeint, den es wohl nur in der Theorie gibt. Gemeint ist eine sowohl rational als auch emotional geführte Auseinandersetzung darüber, welche berechtigten Bedürfnisse und Interessen in welcher Ausprägung vorliegen und in welcher Form sie angesichts der Rahmenbedingungen berücksichtigt werden können und sollten.

Max Weber hat 1919 Grundkompetenzen für Menschen formuliert, die sich zur Politik als Profession berufen fühlen. Neben das Verantwortungsgefühl und die Leidenschaft stellt er das Augenmaß als dritte Voraussetzung. Hierzu führt er aus, dass Politiker fähig sein müssen, Distanz zur Sache und auch zu sich selbst einzunehmen, um angemessene Entscheidungen treffen zu können.

Übertragen auf die heutige Demokratie heißt das, es werden Akteure benötigt, die in der Lage sind, die Situation zu überbli- »

» cken, Meinungen, Interessen und Bedürfnisse zu erkennen, zu sammeln, zu kanalisieren und zu artikulieren: eine klassische Aufgabe für demokratische Parteien. Wichtig dabei ist, dass immer mehrere mögliche Wege in Betracht gezogen werden müssen. Wie Armin Nassehi es in der WELT ausdrückte: „Wer nicht in der Mitte Alternativen anbietet, wertet die Ränder zu Alternativen auf." Im Grunde beruht die politische Funktionsweise der Bundesrepublik auf der Annahme, dass ein Austarieren der Interessen möglich ist und dadurch auch ein Zusammenhalt der Gesellschaft – trotz unterschiedlicher, auch radikaler Meinungen.

In Zeiten, in denen politische Kommunikation über vielstimmige soziale Netzwerke läuft, wird die Aufgabe der Interessenvermittlung nicht leichter. Noch schwieriger wird sie, wenn sich Menschen radikalisieren und die geäußerten Meinungen schließlich so weit auseinandergehen, dass ein Ausgleich oder überhaupt die Grundlage für Verhandlungen kaum noch möglich scheinen. Hier spielt auch die vom Sinus-Institut festgestellte sozioökonomische Drift der Milieus eine Rolle. Wenn die Fliehkräfte zu groß werden, gibt es irgendwann keine Mitte mehr, die mehrheitsfähig ist. Dann funktioniert Demokratie nicht mehr. Es ist an der Zeit, derartigen Tendenzen entgegenzuwirken.

Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist in seiner Überparteilichkeit prädestiniert dafür, über den Tellerrand der Einzelinteressen zu schauen, verschiedene Perspektiven zuzulassen und auf einen Zusammenhalt in der Gesellschaft hinzuwirken, der alle einschließt, die in Deutschland leben und sich den hier geltenden Grundrechten verpflichtet fühlen. Natürlich kann er das nur im Rahmen dessen tun, was die Gemeinschaft in einem gemeinnützigen, hauptsächlich auf das Ehrenamt aufbauenden Verein zu leisten imstande ist. Die Frage ist, wie wir als Mitglieder, Funktionsträger oder Mitarbeiter der Geschäftsstelle auf die eben skizzierte „bewegliche Mitte" zugehen und sie dafür gewinnen können, sich für die Demokratie einzusetzen oder sie zumindest weiterhin innerlich zu unterstützen. Die weiteren Texte zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe versuchen hierzu eine Annäherung. ■

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Michael Parak

Zielgruppen beschreiben mit dem Zwiebelmodell der sozialen Bewegungen

Wer viele Menschen mobilisieren will, tut gut daran, einen Gegner zu haben. Gegen Rechtsextremismus, gegen den Klimawandel, gegen Atomkraft lassen sich große Demonstrationen auf die Beine stellen. Schwieriger wird es, Menschen längerfristig für eine bestimmte Sache zu gewinnen. Es ist jedoch nötig, mehr Menschen als bisher davon zu überzeugen, für die Demokratie einzustehen.

Die Antwort auf die Frage, wie dies gelingen kann, hängt auch davon ab, welche Zielgruppen mit politischer Bildung überhaupt erreicht werden können. Bei welchen Menschen scheint es aussichtslos, für die Demokratie zu werben? Und bei welchen, die bislang nicht hinreichend erreicht wurden, ist dies sehr wohl möglich? Hilfreich kann es sein, hier das sogenannte „Zwiebelmodell" der sozialen Bewegungen zu Rate zu ziehen. Dieses ist 2001 im Berliner Zentrum Demokratische Kultur entwickelt worden und bezieht sich auf die Arbeiten des Bewegungsforschers Dieter Rucht.

Das Zwiebelmodell

Die Organisation einer sozialen Bewegung lässt sich nach diesem Modell mit einem Bild konzentrischer Kreise vergleichen, wie es beim Querschnitt einer Zwiebel sichtbar wird. Im innersten Kern der Bewegung sitzen dabei die **Bewegungseliten oder Bewegungsunternehmer**. Diese sind erfahrene Personen, die Organisations-, Leitungs- und Orientierungsfunktionen übernehmen. Sie sind für die Ausarbeitung der Programme oder auch einer Utopie verantwortlich, verfassen Handlungs- und Aktionskonzepte, Rechtfertigungsschriften oder Flugblätter.

In einem nächsten Kreis darum gruppieren sich **Basisaktivisten**. Dazu zählen Personen, die regelmäßig an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilnehmen und ihnen übertragene Aufgaben wahrnehmen. Die Organisations- und Ideologiedichte ist hoch, allerdings können diese Personen nur geringeren Einfluss nehmen, als es die Bewegungseliten tun.

Im dritten Kreis bewegen sich **Unterstützer**. Diese investieren sehr viel weniger Zeit und finanzielle Ressourcen in die Bewegung. Sie nehmen nur gelegentlich an ausgewählten Aktionen teil und leisten vor allem symbolische Unterstützung etwa in Form von Unterschriften auf einer Protesterklärung.

Schließlich gibt es den äußersten Kreis der **Sympathisanten**. Diese unterstützen die Bewegung vor allem ideell und indem sie deren Positionen in Gesprächen vertreten.

Das Zwiebelmodell für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Auch einige Forscher, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, greifen auf die Analyse sozialer Bewegungen zurück. Der Politikwissenschaftler Thomas Grumke hat die Einteilung des Zwiebelmodells für soziale Bewegungen auf den Rechtsextremismus angewendet und daraus zielgruppenspezifische Maßnahmen abgeleitet, die gegen diese Bewegung wirken können:
Für den innersten Kern der Bewegungse-

Nach dem Zwiebelmodell ist die Anhängerschaft sozialer Bewegungen auf mehreren Ebenen einzuordnen, die sich nach dem Grad des Engagements und der Überzeugung bemessen. Grafik: Alexander Atanassow

liten funktioniert aus seiner Sicht nur Repression. Bei Basisaktivisten schlägt er eine Mischung aus repressiven Maßnahmen, Ausstieg und Ansprache vor. Um sich mit Unterstützern auseinanderzusetzen, sind Deradikalisierung, Ansprache und Bildung für ihn geeignete Mittel. Für Sympathisanten sind es Bildung sowie soziale Einbindung/Integration.

Die Versuche, mögliche Zielgruppen differenzierter zu beschreiben, haben hier ganz praktische Relevanz. So sehr wir es uns auch wünschen: Das eine Mittel zur Auseinandersetzung mit „den Rechtsextremen" gibt es nicht. Wohl aber gibt es abgestufte Maßnahmen, die zielführend sein können, wenn es darum gehen soll, dass rechtsextreme Einstellungen und Handlungen weniger Platz in der Gesellschaft einnehmen. Noch schwieriger als beim Rechtsextremismus ist es beim Rechtspopulismus, sich die Bewegung als einheitliche Masse vorzustellen, für die es ein funktionierendes Gegenmittel geben könnte. Deshalb ist es sinnvoll, das „Zwiebelmodell" einmal auf die Menschen anzuwenden, die sich in der AfD und um sie herum gruppieren.

Auch hier gibt es ein Spektrum, das von einem programmatischen inneren Kern – zum Beispiel mit den Namen Alexander Gauland und Björn Höcke verbunden – bis hin zu Sympathisanten reicht, die der AfD bei Wahlen in nicht unerheblicher Zahl ihre Stimme geben. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat den völkisch-nationalistischen „Flügel" sowie die „Junge Alternative" als sogenannte rechtsextreme Verdachtsfälle eingestuft. Aus einer weitergehenden Beobachtung könnte sich ergeben, dass auch staatliche Repressionsmaßnahmen gegen innerste Kreise der AfD ergriffen werden. Zudem können Ideologiekritik wie auch Ausstiegsangebote weitere Instrumente sein, um den rechtspopulistischen Bewegungseliten und Basisaktivisten zu begegnen.

Engagierte Bürger haben wahrscheinlich kaum Möglichkeiten, überzeugte Parteikader zu einem Umdenken zu bewegen – weil diese in ihrem Weltbild meist sehr gefestigt sind, aber auch weil der direkte Kontakt doch eher die Ausnahme darstellt. Die größte Veränderung kann wohl bewirkt werden, wenn Unterstützer und Sympathisanten in den Blick genommen werden, die sich aus verschiedenen Beweggründen von den einfachen Lösungen der Rechtspopulisten angesprochen fühlen, aber keine geschlossene Ideologie verinnerlicht haben. Hier sind Repression und Ideologiekritik nicht die ersten Mittel, sondern eher Prävention und (Re-) Integration. Ein bedeutsamer Ansatzpunkt ist dabei die Auseinandersetzung mit Menschen in einer Phase, in der sie sich gerade beginnen zu radikalisieren und der „Mitte" abhanden zu kommen drohen.

Die Zwiebel kann für derartige Entwicklungen ebenfalls als anschauliches Modell herhalten, das nicht nur eine differenzierte Betrachtung der Bewegungsstruktur zulässt, sondern auch Dynamiken und Wandel auf und zwischen den einzelnen „Zwiebelschichten" erfassen kann.

Demokratische Bewegungen

Natürlich kann dieses Modell nicht nur Bewegungen vom rechten Rand beschreiben. Es ist ebenfalls lohnenswert, das „Zwiebelmodell" auf soziale Bewegungen anzuwenden, die sich für eine Stärkung der Demokratie in Deutschland einsetzen. Noch mehr als für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gilt hier das Postulat der Differenzierung. Viele demokratische Gruppen engagieren sich für das Gemeinwohl. So entsteht hier wohl eher ein Bild, auf dem unterschiedliche „Zwiebelmodelle" nebeneinander zu sehen sind (siehe Abb. Seite 8).

Der Blick auf die Schichten macht deutlich, dass es auch bei den „Demokratinnen und Demokraten" unterschiedliche Grade an Verortung und Engagement – Bewegungseliten, Basisaktivisten, Unterstützer, Sympathisanten – gibt. Daraus kann wiederum abgeleitet werden, wie diese Menschen am besten angesprochen werden können.

Zu den inneren Kreisen gehören Menschen, die starke demokratische Überzeugungen haben und sich haupt- oder ehrenamtlich für die Stärkung der Demokratie einsetzen. Dazu zählen beispielsweise staatliche und gesellschaftliche Verantwortungsträger, Multiplikatoren im Bildungsbereich, Engagierte in Vereinen und demokratischen Parteien oder auch Mitwirkende in speziellen Förderprogrammen. Hilfreich für diesen Personenkreis sind Angebote, die dem Austausch, der Vernetzung und Selbstvergewisserung dienen. Demokratisches Engagement ist anstrengend. Deshalb ist es wichtig, dass aus gemeinsamen Aktivitäten auch Motivation und Kraft geschöpft werden können. Zugleich sind die engagierten Akteure immer wieder aufs Neue herausgefordert, ihre eigene Haltung und ihre Handlungsweisen zu hinterfragen.

Unterstützer und Sympathisanten als Zielgruppen

Oftmals haben wir sehr festgelegte Bilder im Kopf, wenn wir von „den Rechtspopulisten" oder „den Demokratinnen und Demokraten" ausgehen. Diese entsprechen wesentlich dem inneren Kern der jeweiligen Bewegungen. Generell sind die politischen Vorstellungen bei Menschen, die sich in starkem Maße als Bewegungseliten und Basisaktivisten in einer solchen Bewegung engagieren, stärker verfestigt als bei den Unterstützern und Sympathisanten. Im inneren Kern wirken stärkere Beharrungskräfte, mögliche von außen initiierte Veränderungsprozesse sind langwieriger und an sich weniger erfolgversprechend.

Natürlich gehört niemand zwingend für immer und ewig einer dieser Gruppen an. Doch bei Sympathisanten und Unterstützern ist die Wahrscheinlichkeit zur Veränderung größer, weil sie mit ihren politischen Einstellungen häufig nicht so festgelegt sind. Sie sind für Einflüsse aus unterschiedlichen Richtungen empfänglicher.

In diesen Bevölkerungssegmenten sind auch die größten Zielgruppenpotenziale für politische Bildungsarbeit anzusiedeln. Tatsächlich gibt es wohl viele Menschen mit einem positiven Bewusstsein zur Demokratie, die sich gleichsam auf der Schwelle zu Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern befinden. Die He- »

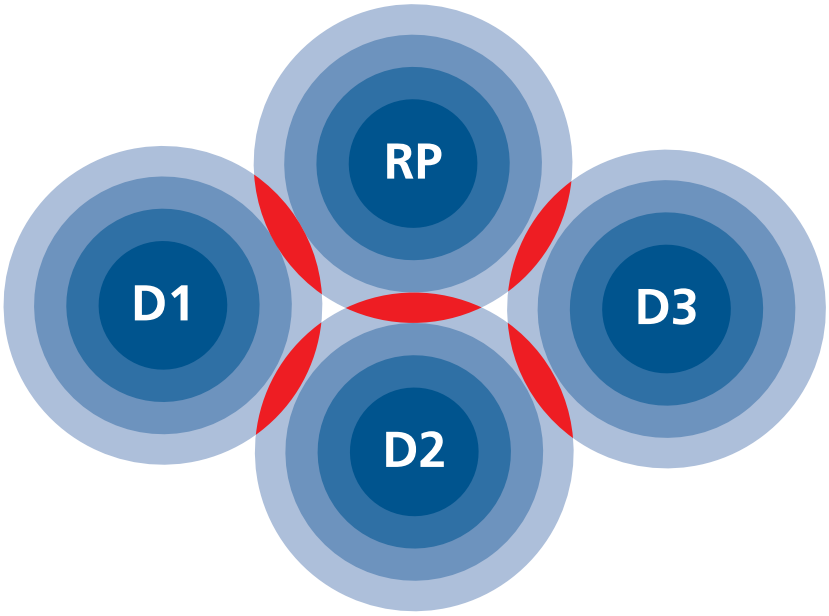
» rausforderung besteht darin, diese zu noch stärkerem Engagement anzuregen. Zudem gilt es, nicht nur vor Bekehrten zu predigen:

- Unterstützer und Sympathisanten der Demokratie können sich von der Demokratie abwenden, im schlechtesten Falle auch dem Rechtspopulismus zuwenden. Dies gilt es zu verhindern. Zugleich ist es notwendig, dass manche ihr Engagement intensivieren, damit ausreichend viele Aktivbürgerinnen und Aktivbürger die Funktionen und Aufgaben in der Demokratie übernehmen können.

- Unterstützer und Sympathisanten des Rechtspopulismus sind dies nicht immer gewesen. Es kann verhindert werden, dass sie noch weiter in die rechtspopulistische Lebenswelt eintauchen. So wie ein Einstieg möglich ist, ist auch ein Ausstieg möglich. Unterstützer und Sympathisanten des Rechtspopulismus können sich zukünftig auch politisch neutral verhalten oder sich von demokratischen Vorstellungen überzeugen lassen.

Bei der Frage, wie zweifelnde oder von der Demokratie enttäuschte Menschen erreicht werden können, wird ein Satz mittlerweile inflationär gebraucht: „Wir müssen den Menschen zuhören und ihre Sorgen ernst nehmen ...“ Auch bleibt er oftmals ohne weitere Erklärungen im Raum stehen. Dadurch wird der Satz zwar nicht falsch, doch er droht zur Worthülse zu verkommen, die beim Zielpublikum nicht wertschätzend ankommt.

Das International Centre for Policy Advocacy leitet aus der Problematik durchaus selbstkritisch die Forderung nach einem „Reframing“-Ansatz ab. Sogenannte „Progressive“ sollten auch die vielen Menschen außerhalb ihrer urbanen, liberalen Kreise stärker in den Blick nehmen. Damit aus einem direkten Kontakt etwas erwachsen könne, sei es wichtig, sich auf die Zielgruppe einzulassen. „Zuhören und ernst nehmen“ heißt dabei für das internationale Zentrum, im Gespräch positive, vereinende Werte auszumachen, sich selbst mit Erfahrungen und Erzählungen einzubringen und eine vertraute Atmosphäre zu schaffen, bevor Dissonanzen und unterschiedliche Positionen thematisiert werden. (Siehe unter www.narrativechange.org).



Bei den Anhängerschaften verschiedener sozialer Bewegungen, zum Beispiel demokratischer (D), oder rechtspopulistischer (RP), gibt es sowohl Schnittmengen als auch mögliche Veränderungsprozesse. Ein Sympathisant des Rechtspopulismus war dies vermutlich nicht schon immer, Unterstützer demokratischer Bewegungen können sich auch wieder von ihr abwenden. Grafik: Alexander Atanassow

Zu einer demokratischen Grundeinstellung gehört darüber hinaus die Einsicht, dass niemand im Besitz der reinen Wahrheit und der besten Lösung ist. Niemand kennt allein alle Seiten eines Problems, alle Faktoren, die für verträgliche Lösungen wichtig sind. Deshalb gilt es, offen zu sein für die Perspektiven und Bedürfnisse von Menschen, die anderen Milieus, anderen Parteien oder auch anderen Generationen angehören. Eine solche Offenheit kann nur zeigen, wer sich seiner eigenen Einstellung bewusst ist und die Grenzen kennt, hinter die man nicht zurückweichen wird. Einen guten Maßstab hierfür bieten die Freiheits- und Bürgerrechte unserer Verfassung und der europäischen Menschenrechtscharta. „Zuhören und ernst nehmen“ heißt keinesfalls, Vorurteile und Abwertungen zuzulassen, sondern hinter den Vorhang zu schauen und herauszufinden, was die Menschen wirklich bewegt. Und dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Wichtig ist, dass demokratische Akteure schnell und mutig auch Schattenseiten im Kontext von Integration und Desintegration innerhalb der Gesellschaft, Migration und Flucht, Kriminalität und Sicherheit, Ungleichheit sowie der realen politischen Praxis in der Parteiendemokratie aufgreifen. So verhindern sie, dass sich Rechtspopulisten als vermeintliche Tabubrecher aufspielen. Diese Themen müssen basierend auf den Werten des Grundgesetzes interpretiert und lösungsorientiert diskutiert werden.

Eine solche Form der offenen Ansprache sollte sich übrigens nicht nur an Menschen richten, die sich potenziell dem Rechtspopulismus zuwenden, sondern an alle, die sich aus berechtigten oder auch aus weniger berechtigten Gründen enttäuscht, wütend oder desillusioniert von der Realität der Demokratie fühlen.

Damit die sozialen Bewegungen der Demokratie wachsen können, bedarf es des Verständnisses eines konstruktiven „Dafür“. Demokratisches Engagement lebt von der Idee, eine „gute“ und menschenfreundliche Gesellschaft mitgestalten zu können. Wichtig ist daher auch der gemeinschaftliche Austausch über eigene Werte. Dies ist eine Quelle eigener, auch emotionaler Stärke. ■

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Suche nach einer starken Mitte, die sich der offenen Debatte stellt

Auszüge aus Joachim Gaucks Buch „Toleranz: einfach schwer“

Ein Satz blieb nach der Darstellung vieler Medien haften, nachdem Altbundespräsident Joachim Gauck im Juni vergangenen Jahres sein Buch „Toleranz: einfach schwer“ veröffentlicht hatte: „Gauck fordert mehr Toleranz nach rechts.“ Hinzu kam der fast zeitgleich zur Veröffentlichung geschehene Mord, den ein mutmaßlich rechtsextremer Täter am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verübte. Die Begriffe „Toleranz“ und „rechts“ in einem Satz schienen da schwer erträglich. Seitdem hat Joachim Gauck, langjähriger Vorsitzender und heutiger Ehrenvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., in zahlreichen Interviews erläutert, worum es ihm geht: vor allem um eine starke Mitte, welche die Freiheits- und Menschenrechte, die für alle geltenden demokratischen Rechte, verteidigt. Eine Mitte, die aber nicht vergisst, Meinungsvielfalt und Diskussionen darüber zuzulassen, wie wir leben wollen. Denn, so Gauck: „Wenn die Progressiven zu weit vorauseilen, erst recht, wenn sie die Interessen relevanter Mehrheiten geringschätzen, aktivieren sie die Reaktion.“

Der ehemalige Bundespräsident zeigt sich etwa besorgt, wenn Bemühungen für eine gendergerechte Sprache in Besserwisserei und den Versuch einer Bevormundung umschlagen, oder wenn immer häufiger Diskussionen an Universitäten durch Proteste verhindert werden, weil Teilnehmer mit für einzelne Gruppen unliebsamen Positionen eingeladen wurden. Joachim Gauck: „So können aus liberalen Anhängern einer offenen Gesellschaft illiberale Rechthaber werden, die Pluralität einschränken.“

Gauck versucht in dieser Situation eine Mitte zu definieren, die sich ihrer demokratischen Haltung bewusst ist. Eben auch in der Frage, gegenüber welchen Einstellungen und Meinungen Toleranz geübt werden muss. Und in welchen Fällen eine Toleranz gegenüber Intoleranten die Standbeine der Demokratie gefährden würde. Wo Diskussion erlaubt sein muss und wo die Grenzen liegen. Der ehemalige Bundespräsident

lässt keinen Zweifel daran, dass er gegenüber den Ausfällen der Rechtsextremen und Rassisten keine Toleranz walten lassen will, wohl aber gegenüber Menschen, die ihre konservativen Werte bewahren und nicht überall mitgehen wollen, wo die „Progressiven“ vorangehen.

Besonders extrem scheinen derzeit die Positionen in der Diskussion um die Zukunft des Zusammenlebens in unserer Migrationsgesellschaft auseinanderzuklaffen. Ein Themenbereich, der auch in Zukunft wichtig bleiben wird und mit dem sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seit Langem auseinandersetzt. Als ein Ergebnis erschien 2013 das Handbuch „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft“.

Auszüge Joachim Gauck: Toleranz: einfach schwer

Mit freundlicher Genehmigung von Joachim Gauck, seiner Mitautorin Helga Hirsch und dem Herder-Verlag drucken wir deshalb an dieser Stelle Auszüge aus dem Kapitel „Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft“ des Buches „Toleranz: einfach schwer“.

Offenheit und Wertebewusstsein: Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft (Seiten 182–187)

Im Umgang mit der neuen Vielfalt zeigen sich in unserer Gesellschaft zwei Extrempositionen. Die einen beschönigen die Lage, die anderen dramatisieren sie. Die einen sehen in Zuwanderern pauschal eine Bereicherung, die anderen nehmen sie in ihrem völkischen, rassistischen Weltbild als ewige Feinde und Bedrohung deutscher Identität wahr. Dabei sind Zuwanderer genauso wenig die Verkörperung des Bösen wie Deutsche die Verkörperung des Guten sind. Ganz besonders die Nationalisten bei uns seien daran erinnert: Die größten Angriffe auf die Zivilisation in Deutschland sind von Einheimischen erfolgt, Angriffe, wie sie schlimmer kaum noch vorstellbar sind. (…)

Tatsächlich aber existiert die Gefahr, dass sich völkische Haltungen in unserer Gesellschaft und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit weiterhin ausbreiten. Immer wieder berichten Zeitungen von Übergriffen und Brandanschlägen. Beschimpfungen und Beleidigungen vor allem im Internet nehmen zu. Rassistische Ressentiments reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. In unserer liberalen Debattenkultur ist die Verurteilung völkischen Rassismus zwar weitgehend Konsens; vielerorts haben sich Gruppen gebildet, die gegen entsprechende Propaganda oder Aktivitäten vorgehen. Weit weniger klar in der Debattenkultur ist allerdings, wie ein auf demokratischer, liberaler Grundlage basierendes Miteinander mit den Zuwanderern denn aussehen sollte. Wie kann in der multiethnischen, multireligiösen, multikulturellen Gesellschaft ein neues „Wir“ aussehen? Wo ist unsere Toleranz gefordert, wo aber unsere Intoleranz notwendig?

Ich stelle mir ein Modell vor, bei dem das Einwanderungsland im Prinzip den Rahmen für das Zusammenleben vorgibt – dieser resultiert aus einem Gewebe nationaler und regionaler Geschichte sowie kulturellem und religiösem Traditionsgut, verbunden mit dem politischen Willen der Mehrheits- »

» gesellschaft. Gleichzeitig haben sich die westlichen Einwanderungsländer mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der Europäischen Menschenrechtskonvention 1950 zu zwei Rechtsgütern bekannt, die Antidiskriminierungsklauseln einschließen. Nationalstaaten können danach ihre nationalen Besonderheiten nicht einfach qua Mehrheit und Macht durchsetzen; auch Minderheiten steht das Recht zu, „ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen".

Im günstigen Fall resultiert daraus eine Beziehung, in der sich Eingewanderte und Einheimische auf einen gemeinsamen Grundbestand einigen – Eingewanderte versichern, dass sie die Geschichte und verfassungsmäßige Grundlage des Einwanderungsstaates respektieren, während die Einheimischen sich offen gegenüber den bereichernden Elementen der zugewanderten Kulturen zeigen. In einem lebhaften, mitunter kontroversen, doch konstruktiven Dialog wird gemeinsam um Lösungen für die vielen Einzelfragen gerungen.

So weit das Modell. Deutschland hat sich allerdings nur zögerlich als Einwanderungsland definiert, die Debatte um einen gemeinsamen Grundbestand wurde erst spät und halbherzig aufgenommen. (…)

Wir, die Mehrheitsgesellschaft, müssen und können lernen, dass der Grad der Verschiedenheit der als Bürger Mitwirkenden heute größer ist als in vergangenen Zeiten. (…) Statt Menschen, die dazugehören und teilhaben wollen, in die Distanz zutreiben, sollten wir sie zur selbstverständlichen Teilnahme am öffentlichen Leben ermutigen. Und wahrnehmen, dass all die Deutschen doch schon längst unter uns leben, die ihre ausländischen Wurzeln nicht daran gehindert haben, dieses Land mitzugestalten."

Multikulturalismus: Über die Grenzen der Toleranz (Seiten 188–196)

„Die in Europa gewachsenen Grundlagen, wie sie sich seit der Aufklärung politisch und kulturell herauskristallisiert haben, halte ich in unserer Demokratie nicht für verhandelbar. Weder gegenüber Rechtsextremisten noch gegenüber Fundamentalisten anderer politischer, kultureller und religiöser Auffassungen. Menschenrechte, Freiheit, Rechtsstaat und auch die Trennung von Staat und Kirche erscheinen mir nach wie vor als die großen und unbedingt verteidigenswerten Errungenschaften der Aufklärung.

Wenn Multikulturalismus nun meint, dass sich Menschen trotz unterschiedlicher Prägungen und auch unterschiedlich langer Anmarschwege zu einem gleichberechtigten Zusammenleben zusammentun in der Verteidigung und dem Ausbau eines demokratischen, liberalen Gemeinwesens, dann bejahe ich Multikulturalismus – als Ausdruck der Erfahrung von gelebter Vielfalt, Dynamik und Offenheit. (...)

Wenn Multikulturalismus allerdings eine politische Theorie und Praxis meint, die alle Kulturen, Glaubensrichtungen und Lebensformen als grundsätzlich gleichwertig erachtet, wenn Multikulturalismus Nachsicht selbst gegenüber Kulturen erwartet, die frauenfeindlich, homophob, antisemitisch, antidemokratisch und intolerant sind, und Zugewanderten einfach das Recht zuspricht ihrer „Kultur treu zu sein", wenn Multikulturalismus dem Kollektiv den Vorrang gibt, die individuelle Emanzipation des Menschen nicht fördert und wenn Multikulturalismus aufklärerischen Universalismus als eine überholte Auffassung denunziert, die westliches Hegemonial- und Dominanzstreben beinhalte, dann lehne ich Multikulturalismus ab. Denn dann trägt er keinen emanzipatorischen Charakter." (…)

Eine offene Gesellschaft braucht das Engagement aller Demokraten unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder anderen Besonderheiten. Sie braucht eine starke Mitte, Menschen, die sich einer fundamentalistischen Intoleranz ebenso widersetzen wir einer allzu nachsichtigen Toleranz und auf den gleichen demokratischen Rechten für alle beharren. (…)

Von der Kraft unserer Werte (Seiten 198–200)

Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es dem Staat, dass es uns als Gesellschaft an Mut fehlt, bei Verletzungen von Gesetzen und Regeln mit der notwendigen Entschiedenheit aufzutreten. Das gilt im Großen, etwa gegenüber dem Treiben rechtsextremer Aktivisten im Land, die teilweise in Wachschutzdienste vorgedrungen und mit der Rockerszene vernetzt sind, oder gegenüber libanesischen Clans, die ungestört über Jahre kriminelle Strukturen aufbauen konnten und manchmal ganze Stadtteile terrorisierten. Sei es im Kleinen, wenn hingenommen wird, dass auf den Schulhöfen Witze über „Juden" und „Kartoffeln" gerissen werden oder Schüler selten im Unterricht auftauchen. Es wird zwar viel über normative Grundlagen und die Verbindlichkeit von Gesetzen geredet. Doch im Alltag werden die roten Linien nur allzu häufig überschritten. Wie aber soll als gültig verstanden werden, was nicht eingefordert wird? (…)

Wir werden zwar nie eine Gesellschaft haben, in der alle Teile in einem gemeinsamen Wollen verbunden sind. Wir müssen zwar auch die destruktiven und nicht integrationswilligen Menschen ertragen, was nicht heißen kann, darauf zu verzichten, sie in ihre Schranken zu verweisen. Wir brauchen aber die kritische Masse derer, die die Gesellschaft in Zukunft mitgestalten wollen – unter den Einheimischen wie unter den Eingewanderten. Wir brauchen gemeinschaftsfördernde Aktivitäten in Schulen, am Arbeitsplatz, in Sportvereinen, Chören, Kirchen, Stadtteilinitiativen, im Kickboxverein oder bei Straßenfesten.

Und was geschieht, wenn Einheimischen und Zugewanderten die Zukunft des Landes gleichermaßen am Herzen liegt, das fand ich nie so scharfsinnig und emotional zugleich formuliert wie von Amin Maalouf:

„Wenn ich mich zu meinem (Gast-)Land bekenne, wenn ich es als das meine betrachte, wenn ich der Ansicht bin, dass es fortan ein Teil von mir selbst ist, wie ich ein Teil von ihm, und wenn ich mich entsprechend verhalte, dann habe ich das Recht, jeden seiner Aspekte zu kritisieren; Umgekehrt, wenn dieses Land mich respektiert, wenn es meinen Beitrag anerkennt, wenn es mich in meiner Eigenart fortan als Teil von sich betrachtet, dann hat es das Recht, bestimmte Aspekte meiner Kultur abzulehnen, die mit seiner Lebensweise oder dem Geist seiner Institutionen unvereinbar sein können."

In meiner Zeit als Bundespräsident habe ich mit Blick auf unser Land von einem neuen „Wir" gesprochen. Ich denke: So kann es entstehen. ■

■ Buchenpfehlung:

Joachim Gauck
Toleranz: einfach schwer
Herder Verlag, Freiburg/Breisgau 2019
Gebundene Ausgabe, 224 Seiten
ISBN 978-3-451-38324-3 · 22,00 €

Cihan Sinanoğlu

Ein neues Wir für den Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft

Die Gestaltung der Migrationsgesellschaft wird eines der zentralen Zukunftsthemen Deutschlands sein. Wie die gesellschaftliche Vielfalt die politischen Institutionen verändern wird und wie diese Vielfalt gestaltet werden kann, ist dabei umstritten. Für die Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD) ist klar, dass die Gestaltung der Migrationsgesellschaft ohne die Zivilgesellschaft und die Migrantenorganisationen insbesondere nicht funktionieren kann. Deshalb ist die TGD auch Teil eines neuen Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Dieses fühlt sich einer Kultur der Gleichwertigkeit verpflichtet, wie es im deutschen Grundgesetz verankert ist (siehe Kasten Seite 12).

Das Netzwerk versteht sich als Zusammenschluss von Trägern, die das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft in Vielfalt durch die Entwicklung eines inklusiven Selbstverständnisses und die Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe und Repräsentanz in der Migrationsgesellschaft fördern und gestalten wollen.

Ein wichtiges Ziel ist es dabei, Know-how, Methoden und Instrumente zu entwickeln, die geeignet sind, die „bewegliche Mitte" anzusprechen: also den Teil der Gesellschaft, der gegenüber der Migrationsgesellschaft noch keine feste Position entwickelt hat (s. auch Seite 4). Daher begrüßt die TGD die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das Pragmatische Einwanderungsland", da sie wichtige Daten über die Einstellungen der „beweglichen Mitte" zur Migrationsgesellschaft erhebt. Der Befund, dass Deutschland nicht in dem Maße polarisiert ist, wie es oft in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und dass es eine bewegliche Mitte gibt, die verschiedene Facetten von Zuwanderung durchaus differenziert bewertet und sich weniger deutlich positioniert, eröffnet die Chance, neue Handlungskonzepte zu entwickeln, mit denen die bewegliche Mitte für die positive Gestaltung der Migrationsgesellschaft erreicht werden kann.

Foto: © AdobeStock/TIMDAVIDCOLLECTION

Neue Narrative etablieren und Gemeinsamkeiten finden, statt Unterschiede zu betonen – das sind Hauptansätze des Netzwerkes für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Bürger*innen, die zur Gruppe der „beweglichen Mitte" gezählt werden, Einwanderung eher als Chance und Bereicherung sehen. Dabei spielt das Framing von Kosten und Nutzen in Zusammenhang mit Migration offenbar eine bedeutende Rolle, denn besonders die Zuwanderung von Fachkräften und qualifizierten Arbeitskräften wird befürwortet. Die Kehrseite des pragmatischen Kosten-Nutzen-Framings von Einwanderung zeigt sich, wenn sie bei potenzieller Konkurrenz um Arbeitsplätze in Ablehnung umschlägt. Die Akzeptanz für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen und vor Armut fliehen, ist gering.

Für die TGD bedeuten diese Befunde, über Formate und Methoden nachzudenken, die die positiven Effekte von Migration sichtbar machen und gleichzeitig der Ablehnung von ökonomisch bedingter Migration entgegenwirken. Weiterbildungsformate müssen in Richtung Ambiguitätstoleranz, Allianzbildung und Kooperationskompetenzen ergänzt werden.

Ein weiterer Befund der Studie ist, dass bei vielen Bürger*innen der Eindruck entstanden ist, die Bundesregierung sei plan- und orientierungslos in der Flüchtlingspolitik. Zusätzlich haben viele Bürger*innen den Eindruck, die meisten Geflüchteten kämen aus ökonomischen Gründen nach Deutschland. Hier können Maßnahmen helfen, die politische Willensbildungsprozesse übersetzen und transparent machen. Des Weiteren müssen moderierte Formate und Räume geschaffen werden, in denen kontroverse politische Debatten möglich werden.

Die Frage der politischen Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsbiografien und den Effekten auf die bewegliche Mitte wird in der Studie nicht aufgeworfen, ist aber für die Gestaltung der Migrationsgesellschaft ebenfalls von zentraler Bedeutung. Die fehlende Perspektive von Menschen mit Einwanderungsbiografien in Willensbildungsprozessen führt zu einem Demokratiedefizit und hemmt die Modernisierung der Migrationsgesellschaft. Eine erhöhte politische Repräsentation fördert, dass die gesellschaftliche Vielfalt als Norma- »

» lität wahrgenommen wird. Zudem könnten dadurch neue Narrative in den öffentlichen Diskurs eingespeist werden, die es braucht, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Neue Narrative eines pluralen „Wir" sprechen die emotionale Ebene der Menschen an und können so die Akzeptanz der Migrationsgesellschaft innerhalb der beweglichen Mitte erhöhen.

Ein weiterer Aspekt, den die Studie nicht aufgreift, ist die Frage, ob sich die bewegliche Mitte auch in der türkeistämmigen Community finden lässt. Aufgrund der fehlenden Datenlage lassen sich hier nur Hypothesen formulieren:

1. Skepsis gegenüber der Migrations- und Integrationspolitik lassen sich auch in der türkeistämmigen Community finden.
2. In der türkeistämmigen Community wird die Zuwanderung ebenfalls differenziert bewertet.

Auch wenn die TGD davon ausgeht, dass sich die bewegliche Mitte in der türkeistämmigen Community ebenso finden lässt wie in der übrigen Gesellschaft, braucht es hier kontext- und zielgruppenspezifische Formate.

Die Studie zeigt, dass die große Mehrheit der Deutschen tendenziell offen für Einwanderung ist. Dabei lässt sich allerdings eine Skepsis gegenüber der Politik feststellen. Das Fehlen von Transparenz und Angeboten für neue gesellschaftliche Zukunftsvisionen führen zu Frustration und dem Gefühl, nicht anerkannt zu werden.

Die TGD sieht in dem neuen Kompetenznetzwerk eine Chance, neue Narrative zu entwickeln und politische Entwicklungen für die bewegliche Mitte transparent zu machen. Dabei sollen Formate entwickelt werden, die Gemeinsamkeiten suchen statt Unterschiede verstärken. Gemeinsame Werte zu finden und diese in verschiedenen Formaten und Methoden auszuhandeln, wird eine zentrale Aufgabe. Das Netzwerk will die Chance ergreifen und die Offenheit der Bevölkerung nutzen, indem sie Maßnahmen und Konzepte für eine zukunftsweisende, moderne und gerechte Migrationsgesellschaft entwirft. ■

Dr. Cihan Sinanoğlu ist wissenschaftlicher Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD).
Die TGD koordiniert das Kompetenznetzwerk für Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft, das neben anderen Kompetenznetzwerken im Rahmen der Neuaufstellung des Programms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Beginn des Jahres seine Arbeit aufgenommen hat. Weitere Mitglieder dieses Netzwerkes sind der BVRE – Bundesverband russischsprachiger Eltern, die Schwarzkopf Stiftung Junges Europa, neue deutsche organisationen e. V. und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

Mit neuen Bildungsformaten die demokratische Mitte stärken

Lala Süsskind ist langjähriges Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und seit diesem Jahr eine der drei geschäftsführenden Gesellschafter des gemeinnützigen Unternehmens „Jehi 'Or" Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus (Jehi 'Or JBDA). Wir fragten, wie sie die Veränderungen in der gesellschaftlichen Mitte wahrnimmt, und was aus ihrer Sicht nun geschehen müsse.

In den öffentlichen Debatten werden ein hoher Grad an Polarisierung und eine zunehmende Verrohung der Sprache beobachtet. Ausgleichende, abwägende Positionen, die es möglich machen würden, aufeinander zuzugehen, scheinen derzeit kaum noch Gehör zu finden. Was für Auswirkungen hat diese Entwicklung aus Ihrer Sicht auf den Zustand der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland?

Das Logo von Jehi 'Or JBDA.

Die gesellschaftliche und politische Mitte in Deutschland – und in vielen anderen Ländern – ist in Gefahr zu erodieren. Wir tun gut daran, uns zu erinnern, dass in Deutschland die erste demokratische Republik weniger an der Stärke der demokratiefeindlichen Ränder, sondern vor allem an der Schwäche der demokratischen Mitte gescheitert ist. Dieses Scheitern ermöglichte es den Nationalsozialisten, ihre Schreckensherrschaft zu errichten, die in die Schoah mündete.

Heute reichen Polarisierung, Radikalisierung und Verrohung der politischen Debatten, die Erosion der aufgeklärt-humanistischen Grundlagen der freiheitlichen Demokratie wieder bis in die „Mitte der Gesellschaft" – auch in Verbindung mit Antisemitismus, Rassismus sowie auf Kultur, Sprache, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht und sexuelle Identität bezogenem Chauvinismus. Die Stimmen der Mäßigung, der abwägenden Vernunft und des demokratisch-bürgerschaftlichen Anstands scheinen in dieser Mitte immer weiter zu verstummen, während eifernde Demagogen lautstark alten Ungeist in neuen Gewändern hineintragen.

Sie warnen davor, den Ernst der Lage für die Zukunft der Demokratie in Deutschland zu unterschätzen. Welche Punkte machen Ihnen besondere Sorgen?
Natürlich machen mir das offene Wiederaufleben des Antisemitismus und der Umstand Sorge, dass er als „Brückenideologie" unterschiedliche extremistische Lager verbindet und bis in die gesellschaftliche Mitte reicht. Auch weil es dabei vor allem um die Zunahme von Militanz und Gewaltbereitschaft geht.

Dabei ist der Antisemitismus in seiner Besonderheit als Lackmustest für die deutsche Demokratie nach der Schoah und als eine übergreifende irrationale antimodernistische „Welterklärung" zu betrachten. Zugleich muss er jedoch auch im Zusammenhang mit der Entwicklung anderer Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betrachtet werden – etwa rassistisch, kulturalistisch, sexistisch oder homophob motivierter Gewalt. Antisemitismus ist in der Regel mit autoritären Orientierungen und autoritärer Aggression, mit der Ablehnung der freiheitlichen Demokratie sowie ihrer Grundlagen, Institutionen und Repräsentanten verbunden. Er nimmt derzeit wohl auch mit der Bedeutung anonymer Kommunikation in virtuellen Netzwerken und gegeneinander abgegrenzten „Filterblasen" oder „Echokammern" zu.

Wo unmäßige Vereinfachungen und Verallgemeinerungen, menschenverachtende Stereotype und Feindbilder sowie der Appell an die niedrigsten Instinkte Raum greifen, wird es aber nicht nur für Menschen eng, die mit dem Judentum assoziiert werden.

Wie erleben Sie die Reaktionen innerhalb der jüdischen Community auf diese Veränderungen und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus für Ihre Arbeit?
Die Gründung des Jehi 'Or JBDA ist auch eine Reaktion auf Tendenzen, die uns Sorge bereiten. Wir glauben, dass es nicht mehr ausreicht, vor gefährlichen Entwicklungen zu warnen. Es kommt vor allem darauf an, etwas Konstruktives zu tun – FÜR unsere freiheitliche Demokratie! Wir glauben, dass dafür Bildung wichtig ist. Aber die Formen und Formate der politischen Bildung müssen weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt mit Blick auf die Stärkung der demokratischen Mitte, auf die Pluralisierung und Versachlichung von Debatten sowie auf die Zielgruppe der Menschen, die sich als Verlierer des gesellschaftlichen Wandels der vergangenen 20 Jahre empfinden. Das heißt, es müssen verstärkt auch andere Milieus als bildungsorientierte, kosmopolitisch-liberale und linke in einen allgemeinen bürgerschaftlichen Dialog einbezogen werden.

Beobachten Sie in den jüdischen Gemeinden ebenfalls Zuspitzungen in den Debatten? Es gibt zum Beispiel ja auch Stimmen, die sich gegen eine Aufnahme einer größeren Zahl muslimischer Flüchtlinge aussprechen, weil sie dadurch eine weitere Zunahme antisemitischer Stimmungen in Deutschland befürchten. Die muslimfeindliche AfD versucht dies zu nutzen und stellt sich unter anderem als Interessenvertreter für jüdische Belange dar. Welche Wirkung hat diese Strategie auf die jüdischen Gemeinden?
Die jüdischen Gemeinschaften sind nicht immun gegen besorgniserregende gesellschaftliche Trends. Tatsächlich gibt es sogar Jüdinnen und Juden, die antisemitische Kampagnen wie „Boycott, Divestment and Sanctions" unterstützen. So mag sowohl der Versuch, sich judenfreundlich zu geben, bei einigen Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft Anklang finden, als auch der Versuch, deren Sorge vor muslimischem Antisemitismus für muslimfeindliche Demagogie zu missbrauchen. Insgesamt sehe ich aber nicht, dass sich jüdische Gemeinden von muslimfeindlichen Rechtsnationalisten vereinnahmen lassen. Im Gegenteil: Die Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinschaften in Deutschland grenzen sich sehr konsequent und deutlich gegenüber jenen ab, die unsere demokratische Erinnerungskultur hinsichtlich der Nazi-Diktatur verunglimpfen, die historische Verantwortung Deutschlands für den Zivilisationsbruch der Schoah kleinreden und den alten Ungeist des völkischen Nationalismus in neurechten Gewändern zumindest tolerieren. Persönlich könnte ich es auch nicht ertragen, wenn das anders wäre.

Haben Sie Vorschläge oder Forderungen, was geschehen muss, um eine weltoffene Mehrheit in Deutschland zu stärken?
Das Projekt „Berlin – Solidarisch gegen Hass", das vom Jehi 'Or JBDA koordiniert wird, versucht Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass die freiheitlich-demokratische Mehrheit der Gesellschaft als solche sichtbar wird. Bei dem Projekt geht es vor allem um die Solidarität mit den von Hasskriminalität Betroffenen. Aber es will auch zeigen, dass die Verächter der Demokratie in der Minderheit sind – und dass sie weder „das Volk" oder „die Deutschen" noch „die Muslime" oder irgendeine „Avantgarde" irgendeiner nennenswerten Bevölkerungsgruppe sind. Solche Möglichkeiten, die freiheitliche demokratische „Mitte der Gesellschaft" sichtbar zu machen, sollten stärker und auch über Berlin hinaus gefördert werden.

Foto: Flickr/Christliches Medienmagazin Pro

Lala Süsskind

Unsere Bildungsarbeit zielt vor allem darauf ab, für (nicht nur junge) Menschen nachvollziehbar zu machen, worauf man in unserer freiheitlichen Demokratie stolz sein kann, wenn man aktiv zu ihrer Bewahrung, Verankerung und Verwirklichung im eigenen Wirkungskreis beiträgt. Es geht uns darüber hinaus darum, die Beiträge des Judentums und seiner Angehörigen zur Idee des Humanismus, zur Aufklärung und zu den zivilisatorischen Errungenschaften unserer Zeit sichtbar zu machen, statt das Jüdischsein auf eine Opferrolle zu reduzieren. Wie Martin Luther King sagte: „Finsternis kann keine Finsternis vertreiben. Das gelingt nur dem Licht." – „Jehi 'Or", das heißt: „Es werde Licht!" ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Interview

Wenn Politiker um ihre Sicherheit fürchten müssen

Markus Nierth, ehemals Bürgermeister von Tröglitz in Sachsen-Anhalt, trat im Jahr 2015 von seinem Amt zurück, weil Rechtsextreme ihn und seine Familie bedrohten. Anschließend gab es einen bundesweiten medialen Aufschrei. Seitdem sind mehrere Bürgermeister tatsächlich tätlich angegriffen worden, so die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker 2015 durch einem Messerangriff, ebenso wie zwei Jahre später der Bürgermeister von Altena im Sauerland, Andreas Hollstein. Im vergangenen Jahr erschoss ein mutmaßlicher Rechtsextremist den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Zu Beginn dieses Jahres wurde das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby in Halle beschossen. Die Bürgermeisterin des sächsischen Arnsdorf gab ihr Amt auf, weil sie attackiert und bedroht wurde. Ein Bürgermeister aus Nordrhein-Westfalen hat zu seiner Sicherheit einen Waffenschein beantragt.

Foto: Wikipedia/Ralf Lotys

Auf das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby in Halle wurde im Januar scharf geschossen. Diaby ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Mittlerweile ist der Eindruck entstanden, dass Bedrohungen von Kommunalpolitikern in Deutschland alltäglich geworden sind. Markus Nierth, der sich gemeinsam mit seiner Frau Susanna bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. engagiert, hat Kontakt zu einigen zurückgetretenen Bürgermeistern. Ihn bedrückt, wie tief die Betroffenen und ihre Familien von diesen Erfahrungen erschüttert werden. „Die psychischen Nachwirkungen sollte man nicht unterschätzen, wenn man zum Zielobjekt solcher Angriffe wird. Auch wir merken das als Familie noch immer", sagt Markus Nierth. Er weist darauf hin, dass dieses Problem nicht ausschließlich Politiker betrifft. Sanitäter, Polizisten, engagierte Ehrenamtliche in anderen Bereichen sind genauso zur Zielscheibe geworden. „Wir müssen an die Ursachen in der Gesellschaft gehen. Es geht um Verrohung, um Radikalisierung und um einen unbarmherzigen Zeitgeist, denen wir entgegenwirken müssen", sagt der ehemalige Bürgermeister.

Der Wert lokalpolitischer Arbeit, der Wert ehrenamtlichen Engagements müsse verdeutlicht und gewürdigt werden, ebenso die Bedeutung der Arbeit zum Beispiel von Sanitätern. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen zusammenstehen und sich schützend vor die Betroffenen stellen", sagt Nierth. „Sonst wird die Mitte der Gesellschaft am Ende selbst die angegriffene sein. Wenn den Radikalisierungs- und Verrohungstendenzen nicht Einhalt geboten wird, bekommen dies am Ende alle zu spüren."

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) erklärt Uwe Lübking hier im Interview seinen Eindruck von der Situation. Lübking ist Beigeordneter des DStGB für Recht, Soziales, Bildung und Sport.

Sind die Anfeindungen gegen Politikerinnen auf lokaler Ebene tatsächlich so alltäglich geworden?

Uwe Lübking: Die Zahl der Übergriffe auf Kommunalpolitiker*innen, aber auch auf Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen nimmt stark zu. Innerhalb von zwei Jahren ist die Zahl von Übergriffen auf Bürgermeister*innen nach einer repräsentativen Umfrage von FORSA/KOMMUNAL um 25 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr gab es allein 1.200 politisch motivierte Angriffe auf Amts- und Mandatsträger in Kommunen. Wir gehen dabei von einer nicht unerheblichen Dunkelziffer aus, da zahlreiche Kommunalpolitiker*innen insbesondere die Hasskriminalität gegen sie nicht öffentlich machen.

Aus welchen Zusammenhängen stammen nach Ihren Erkenntnissen die Täter, sind das vor allem organisierte Rechtsextremisten oder auch ganz normale, ansonsten unauffällige Bürger?

Nach Erkenntnissen aus Nordrhein-Westfalen, die auf andere Bundesländer übertragen werden können, kommen die Anfeindungen zu über 50 Prozent aus der rechten Szene. Demokratische Kommunalpolitiker*innen gehören zu den Feindbildern der rechtsextremen Szene, die auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckt. Allerdings geht der Rest der Übergriffe ungefähr hälftig auf das Konto der linken Szene und auf Personen, die keinem Bereich zugeordnet werden können. Letztere Gruppe fühlt sich durch die Kommune schlecht behandelt und greift dann zu diesen Mitteln. Hier zeigt sich deutlich das zunehmende Problem, andere Meinungen und Rechts-

auffassungen nicht mehr zu akzeptieren und notfalls mit Hass- und Gewaltkriminalität zu reagieren. Die Gruppe derjenigen, die politische Entscheidungen nicht akzeptieren wollen, wird immer stärker.

Und welche Politiker sind vornehmlich betroffen?
Es hat 2015 einen Anstieg der Hass- und Gewaltkriminalität gegen Kommunalpolitiker*innen und Personen gegeben, die sich in der Flüchtlingspolitik engagieren. Aktuell haben die Anfeindungen aber vielfach nichts mehr damit zu tun. Es geht dann um politische Entscheidungen vor Ort, zum Beispiel um die Grundsteuer oder den Klimawandel.

Was für Fehlentwicklungen stecken aus Ihrer Sicht dahinter, wenn die häufig ehrenamtlichen Bürgermeister*innen jetzt zu Sündenböcken für vermeintliche Missstände gemacht werden und Menschen sich bemüßigt fühlen, mit Drohungen und Angriffen gegen sie vorzugehen?
Der zunehmende Hass und die Gewalt gegen Mandatsträger*innen liegt auch im raueren Ton in der politischen Auseinandersetzung und der Polarisierung der Gesellschaft. Die sozialen Medien als Echokammer sind ein weiterer Faktor. Hier findet jeder für jede noch so groteske Meinung einen weiteren Verbündeten. Die Suche nach Anerkennung durch Provokation steht immer mehr im Vordergrund, immer geht dieser Weg über das Brandmarken einzelner Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.
Wenn Kommunalpolitiker den Entschluss fassen, ihre Ämter niederzulegen, liegt die Vermutung nahe, dass dies nicht nur aus Angst vor Übergriffen geschieht, sondern dass es auch ein Gefühl gibt, in so einer Situation generell zu wenig Rückhalt in der Stadt oder in der Gemeinde zu erfahren. Was haben Ihnen Betroffene erzählt, können Sie diese Vermutung bestätigen?
Primär treten Amtsträger*innen zurück, wenn die Anfeindungen auch die Familie betreffen. Anlass, das Amt aufzugeben, sind Sätze wie: „Wir wissen, wo deine Kinder zur Schule/Kita gehen." Oder: „Deine Frau muss auch dran glauben." Einer Bürgermeisterin wurde ständig vorgehalten, sie sei als Frau nicht geeignet, das Amt auszuüben, und musste dann noch Übergriffe erleben, bevor sie ihr Amt aufgab. Häufig hört man den Satz: „Wir wollen nicht länger der Fußabtreter sein." Dies ist ein ernsthaftes Problem, denn auf Dauer verlieren wir die Menschen, die sich für diese Ämter zur Verfügung stellen. Dies bedroht die lokale Demokratie. Wir müssen die Bürger*innen sensibilisieren und motivieren, den Betroffenen beizustehen und öffentlich für sie einzustehen.

Foto: Bernhardt Link

Uwe Lübking

Was fordern Sie darüber hinaus? Was muss getan werden, damit Politiker in den Kommunen zukünftig keine Angst mehr um ihre Sicherheit haben müssen?
Um gegen Bedrohungen, Beleidigungen und Gewalt entschlossen vorzugehen, braucht es unterschiedliche Ansätze. Zum einen brauchen wir einen wehrhaften Rechtsstaat, der die bestehenden strafrechtlichen Vorschriften konsequent umsetzt. Das bestehende Recht muss aber verschärft werden. Das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Es sollte aber darüber hinaus der Straftatbestand des „Politikerstalkings" eingeführt werden. Wir begrüßen, dass die Länder weitere Maßnahmen ergreifen, von Schwerpunktstaatsanwaltschaften über Anlaufstellen für bedrohte Kommunalpolitiker*innen bis hin zu Schulungen für Kommunalpolitiker*innen im Umgang mit Hass und Hetze. Zur Anerkennung von kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen brauchen wir aber auch mehr Aufklärung, mehr politische Bildung in den Schulen und mehr Austausch von Angesicht zu Angesicht. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Stellungnahme des Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. vom 23. Januar 2020 zu den Drohungen gegen Kommunalpolitiker

Eine neue höchst bedenkliche Tendenz signalisiert die völlige Verrohung der Formen politischer Auseinandersetzung: Kommunalpolitiker und andere Politiker werden an Leib und Leben bedroht. Und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, dass aus Drohungen Taten werden können. Dies kann keinesfalls hingenommen werden.

Es geht um das Leben von Politikern, die ausgesprochen bürgernah für das Gemeinwohl arbeiten, deshalb keine Distanz zu den Menschen haben. Ohne gewählte Repräsentanten kann Demokratie nicht funktionieren. Es geht deshalb auch um unsere Demokratie, die kommunale Selbstverwaltung und die Zivilgesellschaft.

Sicherlich ist die Polizei in besonderer Weise gefordert. Sie hat Sicherheitskonzepte zu entwickeln; die Bewaffnung der Bürgermeister erscheint nicht als Weg, den Bedrohungen zu begegnen.

Vor allem aber sind wir Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, unsere Demokratie zu verteidigen und uns mit ihren Repräsentanten nachdrücklich zu solidarisieren. Sicherheit ist die Voraussetzung bürgerschaftlichen Lebens. Es gilt unmissverständlich deutlich zu machen: Wer mit Gewalt droht, verlässt die zivile Gesellschaft und muss vom demokratischen Staat mit allen Mitteln in die Schranken gewiesen werden. Unsere wehrhafte Demokratie hat sich in dieser Situation zu bewähren.

gez.: Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Bernd Faulenbach

Gedenktag zum 27. Januar: Eine Nachbetrachtung

Diesen Medien-Hype hatten wohl die meisten nicht erwartet: Anlässlich der 75. Wiederkehr des Tages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz wurde die Würdigung dieses Geschehens tagelang zum Thema in Deutschland, Israel und in Europa. Wesentlichen Anteil daran hatten Israel in Yad Vaschem mit einer spektakulären internationalen Veranstaltung, Polen mit einer Gedenkfeier am historischen Ort, die durch Überlebende geprägt wurde, und der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin und der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer eindrucksvollen Erinnerungs- und Reflexionsstunde im Deutschen Bundestag.

Foto: DBT/von Saldern

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (2.v.l.), Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (mitte) und der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin (2.v.r.) bei einer Gesprächsrunde mit Jugendlichen im Bundestag zum Auschwitz-Gedenktag.

Was hebt den 27. Januar, der seit 1997 in Deutschland und seit 2005 in der EU und von der UNO als Gedenktag begangen wird, für viele Menschen heraus? Er erinnert an ein einzigartiges Geschehen der Menschheit, ein Menschheitsverbrechen. Der Tag symbolisiert den Holocaust, den Mord an den europäischen Juden. Insbesondere erinnert er an den mit industriellen Mitteln durchgeführten millionenfachen Mord. Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass eine mindestens ebenso große Zahl an Menschen auf andere Art, vor allem auf barbarische Art durch Massenerschießungen, ihr Leben verlor. Wir müssen uns dem Geschehen in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit stellen. Vieles ist erst seit 1989 systematisch erforscht worden.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust (von jüdischer Seite Shoah genannt) hat ihren Zweck in sich. Sie ist eine anthropologische Notwendigkeit, weil der Holocaust eine menschliche Möglichkeit war. Sie zwingt zu den Fragen nach den Ursachen, nach dem Prozess der Realisierung wie nach den Folgen und der Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Sie erfordert hohe Sensibilität gegenüber allen Formen personenbezogener Menschenfeindlichkeit, vorrangig aber im Hinblick auf den Antisemitismus, der sich in jüngster Zeit auch bei uns verstärkt, womit wir uns nicht abfinden dürfen.

Es ist also mehr als legitim, aus dem Holocaust und den anderen Verbrechen des Nationalsozialismus lernen zu wollen. In der Tat wurde durch die Geschichte 1933 bis 1945, insbesondere des Krieges, überaus deutlich, wohin es führt, wenn Menschen- und Bürgerrechte keine Geltung haben, keine Gewaltenteilung herrscht, Parlament und Parteien ausgeschaltet sind und der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt ist. Das Geschehen begründet gleichsam ex negativo eine werteorientierte Demokratie.

So berechtigt dies ist, so ist jedoch davor zu warnen, den Holocaust unmittelbar zu instrumentalisieren, wie das manchmal geschieht – etwa um hehrer Ziele der politischen Bildung willen. Zunächst muss es um das Geschehen und seine Opfer gehen.

Wir müssen dementsprechend das Geschehen in den konkreten historischen Kontexten betrachten. Dabei wird seine Konstellationsbedingtheit erkennbar: der Zusammenhang mit dem Krieg und der Atmosphäre der Gewalt ist offensichtlich. Hitler hat mehrfach vor dem Krieg die „Endlösung der Judenfrage" für den Fall des Krieges angekündigt. Und während des Krieges haben überzeugte Antisemiten wie etwa Joseph Goebbels ihre Erwartung formuliert, dass es nun um diese Lösung gehen müsse. Er und andere haben dann aus den militärischen Rückschlägen an der Front im Osten zusätzliche Motivation zum Judenmord geschöpft – eine unglaubliche Geschichte. Am Ende war der Judenmord das einzige Kriegsziel, das die Nazis erreichten. An den Zusammenhang von Krieg und Holocaust wird auch bei der 75. Wiederkehr des Kriegsendes im Mai dieses Jahres zu erinnern sein.

Bemerkenswert an diesem 27. Januar 2020 war die europäische Dimension der Erinnerung. Ich meine dabei weniger den russisch-polnischen Konflikt, als dass zum Beispiel der niederländische König Willem-Alexander einräumte, die Behörden seines Landes hätten die Implementierung des Holocausts allzu willig unterstützt; tatsächlich ist der Anteil

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

der geretteten Juden in diesem Land besonders klein. Schon Mitte der 1990er Jahren hatte der französische Staatspräsident Jacques Chirac für Frankreich eine ähnliche Erklärung abgegeben. Es ist wohl an der Zeit, die europäische Dimension nicht nur im Hinblick auf die Millionen jüdischer Opfer, sondern auch hinsichtlich von Kollaborationen offener anzusprechen. Selbst die alliierte Kriegsführung ist in ihrer Prioritätensetzung umstritten. Niemand nimmt Deutschland die gewaltige Verantwortung für den Holocaust ab. Und doch handelte es sich beim Holocaust auch um ein europäisches Geschehen. Joachim Gauck hatte als Bundespräsident zu Recht betont, dass der Holocaust als Komponente deutscher Identität zu betrachten ist. Er ist aber auch eine Frage an Europa. Ein Schlussstrich ist für die Deutschen und für die Juden unmöglich, doch auch die europäische Diskussion ist unabgeschlossen. Gravierend bleibt für alle die Frage nach den Faktoren, die dieses Menschheitsverbrechen ermöglichten. Sie ist nicht nur eine historische Frage. ■

Eindrücke von der Internationalen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages

Über die Vermittlung der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. konnten in diesem Jahr zwei Schüler aus Darmstadt und Bensheim an der einwöchigen internationalen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages teilnehmen, die jedes Jahr zum Holocaust-Gedenktag stattfindet. Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durften sie darüber hinaus bei der zentralen Gedenkfeier am 27. Januar in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau anwesend sein. Auf der folgenden Seite schildern die beiden Abiturienten Elias Sumalowitsch vom Goethe-Gymnasium in Bensheim und Ilias Nagy von der Bertolt-Brecht-Schule in Darmstadt ihre Eindrücke von dieser außergewöhnlichen Jugendbegegnung. »

Die Gedenkfeier in Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 2020 mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages – mit auf dem Bild Ilias Nagy (r.).

Foto: DBT/von Saldern

Foto: privat

» **Elias Sumalowitsch**

„Zwei Generationen nach der Shoa gibt es nur noch wenige Menschen, die dieses Grauen erlebt haben und davon berichten, mahnen können. Deswegen war es für mich und auch für viele andere Teilnehmer sehr wichtig, die Zeitzeuginnen Walentyna Ignaszweska-Nikodem und Lidia Maksymowicz anzuhören und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es könnte die letzte Chance für uns sein. Ein bedrückender Gedanke, der die ganze Woche über der Veranstaltung schwebte.

Noch viel bedrückender und wichtiger waren aber ihre Erzählungen. Vor allem Lidia Maksymowicz hat mich zutiefst beeindruckt. Mit nur drei Jahren kam sie nach Auschwitz-Birkenau, überlebte die Selektion und dann die pseudomedizinischen „Experimente" des SS-Arztes Mengele. Nach der Befreiung durch die Rote Armee wurde sie von einer Familie aus Oświęcim adoptiert. Ihre Erlebnisse hat sie laut eigener Aussage nie ganz verarbeitet, bis heute lebt sie in einem ständigen Alarmzustand.

Aber sie hat überlebt und weitergelebt. Sie ist wohl die stärkste und reflektierteste Person, die ich je kennenlernen durfte.

Wie wichtig aber auch die Instandhaltung von Auschwitz-Birkenau und die Führungen sowie das Museum sind, wurde mir bei unserer Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz I schlagartig bewusst. Ohne Hintergrundwissen hätte ich auf einer Lichtung, neben ein paar Steinmauern, in einem Birkenhain gestanden. Hinter mir ein kleiner Teich und in den Bäumen Vogelgezwitscher. Mit Hintergrundwissen stand ich jedoch auf einem Massengrab und neben einem von den Nazis gesprengten Krematorium. Und der so unscheinbare kleine Teich diente als Entsorgungsort menschlicher Asche.

Sehr beeindruckt hat mich die Rede des 95-jährigen polnisch-jüdischen Journalisten Marian Turski bei der Gedenkfeier in der Gedenkstätte Auschwitz am 27. Jananur, der trotz seines beträchtlichen Alters politisch aktiv ist und klar Stellung bezieht. „Das elfte Gebot lautet: ‚Seid nicht gleichgültig'", war wohl einer der wichtigsten Sätze an diesem Tag. Denn Genozide geschahen und geschehen auch heute noch nicht aus dem Nichts. Sie kündigen sich an, durch Ausgrenzung, Hass, Rassismus.

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und Israels Präsident Reuven Rivlin haben sich dazu klar geäußert. Dies konnten wir zwei Tage später in Berlin direkt vor Ort im Bundestag mitverfolgen. Zudem durften wir in einer anschließenden kurzen Podiumsdiskussion unsere Fragen persönlich an die Politiker richten.

Die Vergangenheit lässt sich nicht ungeschehen machen und muss gegen Revisionisten und Relativisten verteidigt werden. Die Zukunft jedoch ist nicht determiniert. Somit ist es unsere Pflicht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern, jeden Angriff auf die unantastbare Würde des Menschen als solchen zu benennen und ihn zu bekämpfen. Und nicht gleichgültig zu sein."

Foto: privat

Ilias Nagy

Gemeinsam mit etwa 50 Jugendlichen aus Ländern wie Frankreich, Polen, Russland, den USA, Israel und Deutschland, die sich in vielfältigen historischen, gesellschaftspolitischen und sozialen Projekten engagieren, bin ich in diesem Jahr als Teilnehmer der Jugendbegegnung nach Berlin eingeladen worden. Nach der Ankunft in Berlin starteten wir am gleichen Tag mit einer informativen Führung durch den Bundestag. Am nächsten Morgen verließen wir Berlin früh schon wieder in Richtung Oświęcim. Wir bildeten Teams, in denen wir die nächsten Tage das Programm bestreiten und einen selbstreflexiven Umgang mit den Erfahrungen entwickeln konnten.

Die Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz I nahm ich als stark touristisch wahr. Stets bedrängt von anderen Gruppen, wurden wir eher über das Gelände geschoben als geführt. Bleibende Eindrücke hinterließ jedoch die Dauerausstellung „SHOAH" im Block 27 des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau. Die Darstellung der jüdischen Kultur vor dem Nationalsozialismus ist durch Bilder und Filme, aber besonders auch durch Kinderzeichnungen sehr authentisch gestaltet. Danach führte unsere Gruppe ein Zeitzeugengespräch mit der ehemaligen Inhaftierten Lidia Maksymowicz, die als Kind deportiert und von Josef Mengele als Versuchsobjekt missbraucht wurde.

Im Vergleich zu Auschwitz I war die Gedenkstätte Auschwitz II-Birkenau überraschend leer. Dieses Mal besichtigte jeder das ehemalige Lagergelände etwas selbstständiger. Anschließend hatten wir ein weiteres Zeitzeugengespräch mit Walentyna Ignaszweska-Nikodem. Sie war als „Verbindungsfrau" im Widerstand tätig und appellierte am Ende des Gesprächs an die Teilnehmer, dem Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten. Wissend, dass wir die letzte Generation sind, die Gespräche mit Zeugen des Holocaust wahrnehmen können, gingen uns die Gespräche sehr nahe.

Am Montag erhielt unsere Gruppe eine Stadtführung durch das nahegelegene Städtchen Oświęcim, das von den Nationalsozialisten in Zusammenarbeit mit der IG-Farben als „Vorzeigestadt" geplant war. Danach nahmen wir am Jubiläum des 75. Befreiungstages in Auschwitz teil. Der Fokus der Veranstaltung lag dabei auf den Überlebenden, doch auch politische Amtsträger wie der polnische Präsident Andrzej Duda hielten Reden. Besonderen Applaus bekam die Rede des Zeitzeugen Marian Turski, der uns sagte: „Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen."

Die Rückreise nach Berlin zur Gedenkfeier im Deutschen Bundestag nutzten wir, um Fragen zu formulieren, die wir am nächsten Tag Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier und dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin stellen durften. Gewünscht hätte ich mir, dass auch Fragen zu Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart und Diskussionen über die Singularität und Vergleichbarkeit von Genoziden aufgegriffen worden wären. Gerade bei solchen Jugendbegegnungen finde ich aktuelle Bezüge wichtig.

Der Zeitplan war angesichts der Thematik fordernd und ich bin froh, wieder zu Hause zu sein. Genau so froh bin ich jedoch darüber, dass ich die Möglichkeit hatte, mich mit so vielen anderen engagierten Menschen aus allen Teilen der Welt auszutauschen. ■

Bernd Faulenbach

Gespaltene Gesellschaft?

Gesellschaftliche Konfliktlinien und Aufgaben demokratischer Politik

Zurzeit werden unsere Gesellschaft und Demokratie in Publizistik und Wissenschaft oftmals sehr kritisch gesehen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Kritik begründet ist und Politik sich mit dieser auseinandersetzen muss. Zugespitzt lässt sich fragen: Ist die lange Zeit als nivellierte Mittelstandsgesellschaft beschriebene Gesellschaft inzwischen durch Polarisierungen gekennzeichnet, die nicht zuletzt in soziokulturellen Gegensätzen ihre Ursachen haben und den Grundkonsens unserer demokratischen Ordnung tangieren?

I.

Zu Recht wird auf die Veränderung des Stils der Auseinandersetzung hingewiesen: das Vordringen der Hasssprache, insbesondere in den sozialen Medien, angefeuert von Rechts- und auch von Linksextremen, nicht zuletzt die Androhung und Anwendung von Gewalt, die Verrohung der Formen der Auseinandersetzung. Nicht zu übersehen ist der Verlust gegenseitigen Respekts. Gestört ist offensichtlich das gesamtgesellschaftliche Gespräch, es dominiert die Kommunikation mit dem eigenen „Lager". Das Internet erleichtert es, nur noch in der jeweiligen „Blase" miteinander zu reden und dabei einander zu bestätigen. Inwieweit die seriösen Medien, etwa die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten gegensteuern oder auch Teile des Problems sind, ist strittig.

Nun glauben Publizisten und Wissenschaftler, neben den traditionellen Konflikten wie etwa dem zwischen Kapital und Arbeit vor allem einen soziokulturell geprägten Konflikt als dominant diagnostizieren zu können: den von David Goodhart als Gegensatz zwischen einer transnational orientierten Elite der „anywheres" und den in ihrer Region oder Nation verwurzelten „somewheres" bezeichneten Konflikt. Andere bezeichnen diesen Konflikt als einen zwischen „Kosmopoliten" und „Kommunitaristen", das heißt zwischen einer gut ausgebildeten Elite, die vor allem sich selbst verwirklicht, und der alten Mittelschicht, die teilweise durch die Globalisierung ins Hintertreffen geraten ist. Die von dieser Schicht vertretenen kommunitarischen Positionen sind demnach anfällig für den Rechtspopulismus, zumal sie in den Medien nur wenig Unterstützung finden. Der Soziologe Andreas Reckwitz sieht die Struktur der spätmodernen Gesellschaft charakterisiert (unterhalb der weiterhin sehr kleinen Oberklasse) durch »

Viele Menschen kommunizieren online nur unter Gleichgesinnten, was Radikalisierungen und eine zunehmende Polarisierung der Meinungen begünstigt.

Vorlage: clipdealer/ halfpoint

» die sich vorrangig auf kulturelles Kapital abstützende neue Mittelklasse, durch die gleichsam abgestiegene alte Mittelklasse sowie durch die neue Unterklasse/prekäre Klasse. Diese Struktur, die die traditionelle Zwiebelstruktur der industriellen Mittelstandsgesellschaft ersetzt, determiniert gleichsam das politische Verhalten, wie sich insbesondere in der Flüchtlingsfrage (konkret der Verteidigung der Grenzen) zeigt.

Doch ist diese Sicht, nach der der politische Gegensatz von Grünen und AfD eine gesellschaftliche Polarisierung verkörpert, wirklich begründet?

II.

In den Sozialwissenschaften gibt es nicht selten die Tendenz, anspruchsvolle Begriffe zu definieren, die dabei festgelegten Inhalte aber für Realität zu halten, das heißt die Begriffe zu ontologisieren. Diese Tendenz scheint sich auch bei der Definition von „Kosmopolitismus" (kosmopolitischer Elite) und „Kommunitarismus" (z. T. verengt auf Rechtspopulismus) zu zeigen. Im Grunde handelt es sich um Idealtypen, die in der Diskussion an die Stelle einer differenziert zu erfassenden komplexen Realität gestellt werden. Die Begriffe sind im Übrigen zu erläutern, was in vielen Diskussionen nicht gemacht wird. Vor allem ist zur Kenntnis zu nehmen, dass viele Menschen nach Kompromissen suchen, etwa in der Flüchtlingsfrage. Dass die „Kosmopoliten" alle keinerlei Bindung zu Deutschland haben, ist ebenso unzutreffend wie die Annahme, dass die Kommunitaristen sich alle an einem ethnisch geprägten Volksbegriff orientieren. Eine neue große Flüchtlingswelle wie 2015 wünscht sich offensichtlich allenfalls eine Minderheit. Auch sind keineswegs alle, die die Einwanderung steuern wollen, AfD-Anhänger. Und man sollte sie auch nicht durch Etikettierung dazu machen. Dass der vielfach dauerhafte Zuzug für die sozial Privilegierten etwas anderes bedeutet als für die sozial Schwächeren – etwa bezogen auf den Arbeitsmarkt oder die Wohnungsfrage – ist allerdings zur Kenntnis zu nehmen.

Manche Probleme sind bislang noch nicht gelöst. Die Integration ist nicht allein mit der Wohnungs- und Arbeitsplatzfrage bewältigt. Die Begegnung verschiedener Kulturen ist ein komplizierter Prozess, bei dem die Zuwanderer keineswegs jede kulturelle Eigenständigkeit aufgeben müssen. Und doch sollten sie die Grundlagen der Mehrheitsgesellschaft anerkennen. Aber die Menschen können nur in einem längeren Prozess für unsere demokratische Ordnung gewonnen werden, die das Ergebnis schmerzhafter historischer Erfahrungen ist.

Über derartige Fragen, zu denen auch die kulturellen Interessen breiterer Schichten gehören, gilt es sachliche Gespräche zu führen. Zu Recht hat Joachim Gauck gefordert, Gespräche nicht vorschnell auf die Leute zu verengen, die uns zustimmen.
Allerdings gilt es, bestimmte Tatbestände klarzustellen: Volk und Nation waren niemals homogen und auf das Ziel einer Homogenisierung ist in einer offenen Gesellschaft zu verzichten – gerade vor dem Hintergrund deutscher Geschichte. Klar ist auch, dass eine Identität von Regierenden und Regierten in Großstaaten unmöglich ist. Wer sie propagiert, ist in der Regel auf dem Weg zu einer Diktatur. Auch ist darauf hinzuweisen, dass viele Fragen – etwa die Klimaproblematik – gewiss nicht auf nationaler Ebene lösbar sind, hier bedarf es großer internationaler Anstrengungen. Andererseits ist einzuräumen, dass die sozialen Sicherungssysteme auf unabsehbare Zeit auf den Nationalstaat bezogen sein werden – die nationale Orientierung ist keineswegs in jedem Fall ideologisch. Gespräche ohne Denkverbote erscheinen über Nationalstaat und Europa nötig.

III.

Nicht vorbeizukommen ist an der Frage nach dem Verbindenden in unserer pluralistischen Gesellschaft, das eine einigende Funktion hat. Die Formen der Auseinandersetzung lassen Zweifel daran aufkommen, dass es einen die politische Kultur prägenden Konsens noch gibt. Manches spricht dafür, dass wir an dem Verbindenden arbeiten müssen und der Konsens eine politische Aufgabe ist.

Konsens ist vermutlich nicht in einer vorpolitischen Leitkultur zu sehen. Vieles spricht dafür, das Grundgesetz und das ihm zugrundeliegende Wertesystem – beides Ergebnisse historischer Erfahrungen, über die man etwas wissen muss, wenn man an dieser Gesellschaft partizipieren will – als Grundlage zu betrachten. Die Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten, der Gewaltenteilung, der demokratischen Institutionen, die Herrschaft auf Zeit im parlamentarischen System ermöglichen, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit bilden Fundamente, auf denen durch Teilhabe eine politische Grundhaltung erwächst. Diese Haltung kann man – mit Dolf Sternberger und Jürgen Habermas – als „Verfassungspatriotismus" oder mit Julian Nida-Rümelin als „Republikanismus" bezeichnen. In seinem Aufsatz „Republikanischer Kosmopolitismus" führt er aus, dass der Republikanismus neben Liberalismus und Kommunitarismus einen dritten Pol bilde, „der die Zugehörigkeit zu einer demokratisch verfassten Staatlichkeit, getragen von sozialer Kooperation, einsetzt, um sowohl den Individualisierungstendenzen eines entfesselten Wirtschaftsliberalismus zu begegnen wie den Partikularisierungstendenzen des Multikulturalismus". Die demokratische Teilhabe stifte „eine kollektive, eben republikanische, genuin politische Identität, die den Kollektivismus partikularer Identität ebenso wie den Atomismus kapitalistischer Marktgesellschaften auf ein ziviles Maß beschränkt".

*

Joachim Gauck, dem Ehrenvorsitzenden unseres Vereins, ist unbedingt zuzustimmen. Wir haben die Intoleranten zu bekämpfen, doch das Gespräch mit denen zu suchen, die gesprächsbereit sind, auch wenn wir ihre Positionen ablehnen oder sie uns nicht unbedingt sympathisch sind. Wir dürfen uns als Demokraten mit manchen Tendenzen nicht abfinden, die die bislang tragfähige politische Mitte gefährden. Einem Radikalismus der Mitte ist vorzubeugen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Jürgen Vits

Wir müssen antidemokratisches Denken der Neuen Rechten ernst nehmen

Die Welt bewegt sich in einer Phase der Umbrüche, Konflikte und autoritären Regime. Da ist es keinesfalls ausgemacht, dass Deutschland eine Insel der politischen und wirtschaftlichen Stabilität bleiben wird. Wie eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im November 2019 ergab, ist innerhalb weniger Jahre das Vertrauen der Deutschen in die politische Stabilität des Landes „geradezu erdrutschartig verfallen". Besonders dramatisch ist der Vertrauensverlust in Ostdeutschland: Wenn dort 57 Prozent der Bürger den deutschen Staat als schwach und nicht handlungsfähig bewerten, ist dies eine mögliche Erklärung dafür, dass eine in Teilen rechtsextreme Partei vermehrte Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft findet. Bei der Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019 kam die AfD auf einen Stimmenanteil von 23,4 Prozent. Sie konnte damit ihr Wahlergebnis von 2014 verdoppeln.

Angesichts dieser Entwicklungen sind alle politischen Parteien der Mitte, aber auch die Medien und die Zivilgesellschaft gefordert. Verunsicherte Wählerinnen und Wähler dürfen mit ihren Ängsten und Sorgen nicht demokratieverachtenden Parteien überlassen werden. Aus meiner Sicht ergeben sich **vier Handlungsfelder**:

1. **Wahrnehmung:** Wir Demokraten sollten die Reden, Texte und „digitalen Stammtische" der neuen Rechten ernst nehmen und uns mit ihren Ideologemen, Narrativen, Thesen, Begriffen und Strategien vertraut machen und kritisch auseinandersetzen.

2. **Debattenkultur:** Politik und Medien sollten aufhören, die parlamentarische Rechte pauschal zu verdammen, sondern diese in der politischen Auseinandersetzung selbstbewusst und argumentativ herausfordern. Ausgrenzung und empörte Reaktionen auf Provokationen und kalkulierte Tabubrüche bewirken lediglich, dass die AfD aus ihrer Eigenstilisierung zum „Opfer" weiterhin Nutzen ziehen kann.

3. **Sprache:** Wir sollten als Demokraten verhindern, dass Begriffe, historische Persönlichkeiten und Handlungsstätten sowie freiheitliche Symbole und Bewegungen von Rechtspopulisten für ihre Zwecke vereinnahmt werden (Beispiele: Patriotismus, Deutschlandfahne, Gustav Stresemann, Hambacher Schloss, „Wir sind das Volk"). Darüber hinaus ist Wachsamkeit geboten, damit Kampfbegriffe der neuen Rechten nicht gedankenlos Eingang in unsere Alltagssprache finden.

4. **Repräsentanz:** Die demokratischen Parteien sollten die entstandene „Repräsentanzlücke" (Joachim Gauck) auf der konservativen Flanke des politischen Spektrums unbedingt schließen. Insbesondere die CDU/CSU ist programmatisch gefordert, ihre verlorene Bindungskraft für konservative Wählerschichten wiederherzustellen. Linksliberale und linke Milieus sind gefordert, von ihnen geprägte politische Diskurse offen zu gestalten und ihre favorisierten Lösungen nicht als alternativlos hinzustellen – beispielsweise in der Migrationspolitik, Energiepolitik oder Klimapolitik.

Wer wissen möchte, wie die Vordenker der neuen Rechten Deutschland verändern wollen und welches Weltbild sie zugrunde legen, sollte das Buch des Thüringer AfD-Landeschefs Björn Höcke lesen. Höcke gilt als zentrale Figur des rechtsnationalen „Flügels" der AfD. Noch am Wahlabend des 27. Oktober 2019 sagte Alexander Gauland, AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag: „Herr Höcke rückt die Partei nicht nach rechts, Herr Höcke ist die Mitte der Partei."

Höckes 2018 erschienener Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluss" gewährt tiefe Einblicke in seine Gedankenwelt. Das Buch fand bisher nur wenig Beachtung, doch seine Lektüre ist aufschlussreich. In Gesprächsform skizziert Höcke darin seinen Werdegang, sein Deutschlandbild und seine politischen Vorstellungen. In seinen Ausführungen variiert er immer wieder die Tonlage: von abwägend-beschwichtigend zu mehrdeutig-drohend. Die Vorgeschichte der NS-Diktatur lehrt uns, derartige Schriften ernst zu nehmen. Höckes politische Ansichten und Absichten zeigen eine beunruhigende Nähe zu den rechtsnationalen Strömungen der „Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik. Er bezieht sich sogar explizit auf sie:

Seite 260–261: *„Auch die Strömungen der sogenannten Konservativen Revolution in der Weimarer Republik hatten verschiedene Lösungsansätze entwickelt, bedenkenswerte und ungeeignete. So konnten die Niedergangsprozesse eine Weile aufgehalten und gebremst werden. Die Staatlichkeit […] verfiel aber mit der zunehmenden Dominanz der Parteien und ihrer Okkupation öffentlicher Institutionen."*

Den totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts unterstellt er allen gleichermaßen die positive Absicht, mit ihrem Vorgehen die Krisen der Moderne bewältigen zu wollen:

Seite 260–261: *„Der Nationalsozialismus und Faschismus sowie der Kommunismus versuchten Anfang des 20. Jahrhunderts mit brachialen Mitteln und Methoden die Krisen der Moderne in den Griff zu bekommen, scheiterten aber dramatisch und hinterließen Trümmerfelder, auf denen sich der zersetzende Materialismus noch ungezügelter ausbreiten konnte."*

Absage an die liberale parlamentarische Demokratie

Höckes Zustandsdiagnose erinnert an die Thesen und Angriffe rechter Antidemokraten auf die Weimarer Demokratie: Er zeichnet die aktuelle gesellschaftliche und politische Lage Deutschlands in düsteren Farben und konstatiert eine Periode des Niedergangs und Verfalls. Die „Alt-Parteien" verunglimpft Höcke als „Politelite", „Machtkartell", „Etablierte" und Vertreter von Partikularinteressen. In seiner antipluralistischen Haltung beklagt er das Fehlen eines „einheitlichen Volkswillens". Am liberalen »

» Parlamentarismus westlicher Prägung und vor allem an den Parteien lässt er kein gutes Haar: Die Parteien-Demokratie sei ein dem deutschen Volk nach 1945 von den westlichen Siegermächten auferlegtes „System" und Ursache für Deutschlands heutige Schwäche und Ohnmacht. Er schreibt:

Seite 226–227: *„Die Fraktionierung der Gesellschaft in kleine Gruppen, den daraus resultierenden Schwund des Gemeinschaftssinns und den wachsenden Gruppenegoismus, die private Macht- und Bereicherungsgier, den Verlust des politischen Ethos und der Vaterlandsliebe, die Erosion des moralischen und religiösen Bewusstseins, die Umwertung der traditionellen Werte: Hohes und Gutes wird als lächerlich angesehen, Niedriges und Böses dagegen bewundert […]. Unsere Parteiendemokratie ist über den Weg einer Oligarchie zu eine Ochlokratie, einer Herrschaft der Schlechten, verkommen."*

Treiber der vermeintlichen Selbstaufgabe Deutschlands ist für Höcke der Umgang mit der Einwanderung, durch die nach einem verdeckten Plan („Migrations-Projekt") das deutsche Volk ausgetauscht werden solle. Für ihn gibt es zwar nichts Wichtigeres und Höheres als das eigene Volk, allerdings bleibt er nebulös, wenn er das deutsche Volk definieren soll, dessen „bevorstehender Volkstod durch den Bevölkerungstausch" er fürchtet.

Höcke geht es daher um eine vollständige Umwälzung und Neuordnung der politischen Verhältnisse:

Seite 232–233: *„Die Überwindung des Parteigeistes und die enge Verbindung mit den neutralen, sachkompetenten staatlichen Institutionen halte ich für entscheidend bei der Lösung der anstehenden Probleme. Bis dahin ist es die Aufgabe der AfD, eine unüberhörbare parlamentarische Stimme und Vertretung der Volksopposition im Land zu sein […]. Die „Festung der Etablierten" muss von mindestens zwei Seiten in die Zange genommen werden: von der protestierenden Bürgerbasis und von uns als parlamentarischer Speerspitze der Bürgeropposition. Wichtig wäre noch eine weitere Front aus den frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates […]."*

Seite 257–258: *„[…] an dem heruntergekommenen deutschen Haus sind umfassende Renovierungsarbeiten vonnöten. Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen. Dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt […]."*

Idealisierung des autoritären Staates

Bei Höcke spielen historische Mythen eine zentrale Rolle als mental-seelische Grundlage seiner politischen Zukunftsvisionen. Von romantischer Sehnsucht und einem heroischen Selbstbild angetrieben, wird die Erlösung Deutschlands für ihn zur politischen Mission. In seinem nationalen Pathos sieht Höcke nur die radikalen Alternativen „Selbstbehauptung" oder „Untergang". Höckes Vorstellungen vom „richtigen" Staat sind inspiriert vom Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985; Seiten 274/283). Für diesen konnte eine repräsentative parlamentarische Demokratie keinen starken und mächtigen Staat garantieren. Schmitt zufolge sollte ein Staat die pluralistische „Anarchie" im Inneren durch seine souveräne Entscheidungsgewalt in Ordnung verwandeln und nach außen Macht repräsentieren. Parlamente seien nur Schauplätze pluralistischer Machtkämpfe von Interessenvertretern. Mit seiner Pauschalkritik am Parteienstaat, der Idealisierung Preußens und der Idee von einem „starken Staatsmann" erweist sich Höcke zudem als Anhänger des politischen Schriftstellers Oswald Spengler (1880–1936; Seite 285). Höckes autoritäres Staatsverständnis verbindet sich mit einer befremdlichen Idealisierung Preußens als Leitbild für eine künftige Umgestaltung. Selbst dem Faschismus kann er positive Seiten abgewinnen:

Seite 141–142: *„[…] der Faschismus ist eine geschichtlich und räumlich begrenzte Erscheinung gewesen […]. Man wird wohl kaum seine historische Wirkkraft und seine ernsthaften Versuche, die liberalistischen Krisen Anfang des 20. Jahrhunderts zu überwinden, bestreiten können […]. Das „unbequeme Leben", das Mussolini seinen Landsleuten abforderte, erinnert zumindest ein bisschen an die kratzige, aber wärmende preußische Jacke, von der Bismarck sprach. […] schätzten die Italiener bekanntlich am Faschismus die Ausschaltung der Mafia, die Trockenlegung der Sümpfe, die guten Straßen und die pünktlichen Züge. Auch die heute noch wahrnehmbare moderne Urbanität, beispielsweise von Turin, Florenz und Rom, verdankt sich einem „faschistischen Stil", der in seiner nüchternen Klarheit durchaus Anlehnungen an die preußische Epoche der Schinkel, Schadow und Rauch aufweist.*

Es bleibt Höckes Geheimnis, wie er in Deutschland eine reaktionäre Transformation zu einem nationalen Obrigkeitsstaat verfassungskonform, also auf dem Boden des Grundgesetzes, erreichen will. Im Buch entzieht er sich einer Konkretisierung. Das Migrationsproblem und die wahrgenommene „Überfremdung" möchte Höcke über ein konsequentes „Remigrationsprojekt" lösen. Er wäre dafür bereit, humanitäre Grundsätze aufzugeben. Das Vorhaben liest sich wie ein Deportationsplan für alle in Deutschland nicht Erwünschten:

Seite 254: *„[…] neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit", wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden."*

Konkreter wird er auch hier nicht. Die Verantwortung für diesen Plan schiebt er denjenigen zu, „die die Notwendigkeit dieser Maßnahme mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben". Höcke träumt von einer „Wendezeit" und artikuliert Aufstands- und Umsturzfantasien:

Seite 111–112: *„Die Entladung des aufgestauten Drucks wird irgendwann kommen, die geballten Fäuste werden dann in die Luft gerissen und das Volk […] an den Festungstoren der Machthaber rütteln […]. Vor allem Männer werden aufwachen und sich ihrer besonderen Verantwortung für das Ganze bewusst werden."*

Seite 221: *„[…] Ich bin durch Verlockungen des Establishments nicht korrumpierbar. Ein wie auch immer geartetes Arrangement wird es mit mir nicht geben. Ich stehe für eine grundlegende Wende in unserem Land und bei der […] werden diese abgewirtschafteten Eliten keine Rolle mehr spielen.*
Seite 222: […] wir müssen gelassen blei-

ben. Die Zeit des alten Machtkartells läuft ab, unsere Zeit kommt. Alles, was die Alt-Parteien heute noch zustande kriegen, ist zähe Konkursverschleppung."

Erinnerungspolitische Wende

Höcke verliert in seinem Buch weder ein Wort über den Holocaust in seiner Dimension als Zivilisationsbruch und Menschheitsverbrechen noch über den rechtsextremen NSU-Terror. Stattdessen bagatellisiert er die NS-Verbrechen und stellt sie als bedauerlichen Betriebsunfall der ansonsten ruhmreichen deutschen Geschichte dar. Mehr noch: In einer Täter-Opfer-Umkehr wird das deutsche Volk selbst zum Opfer erklärt. Die gegenwärtige Erinnerungskultur sei den Deutschen seit 1945 im Rahmen einer alliierten Umerziehung von außen auferlegt worden, um sie mental zu schwächen und ihr nationales Selbstbewusstsein zu unterminieren. Mit Blick auf das neu zu weckende Selbstwertgefühl des deutschen Volkes fordert er eine erinnerungspolitische Wende:

Seite 69: *„[…] wir brauchen sogar eine erneute Beschäftigung mit unserer Geschichte, aber eben eine ganz andere als die wir heute erleben […]. Es geht nicht um das „Weißwaschen" anstelle eines „Braunfärbens". Schon wer den Begriff „Vergangenheitsbewältigung" für die heutige Art und Weise der Geschichtsverarbeitung verwendet, unterliegt einem semantischen Irrtum: Bewältigt soll hier gar nichts – das wäre ja innere Reifung und Stärkung –, sondern nur unser nationales Selbstwertgefühl unterminiert werden."*

Seite 216: *„Die beiden furchtbaren Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts, in denen die Alliierten nicht nur gegen die Militaristen und Nazis, sondern laut Roosevelt gegen die Deutschen an sich kämpften, hatten ja neben der materiellen auch eine psychologische Dimension, die bis in unsere Tage fortwirkt. Und auf dieser mentalen Ebene des Krieges gab und gibt es zahlreiche „Verwundete" in unserem Volk, um die wir uns kümmern sollten […]."*

Sprache als Propagandainstrument

Der Philologe und NS-Verfolgte Victor Klemperer (1881–1960) stellte fest: „Was jemand willentlich verbergen will, sei es nur vor andern, sei es vor sich selber, auch was er unbewusst in sich trägt: die Sprache bringt es an den Tag." Dies gilt auch für das antidemokratische Denken der neuen Rechten. Manche Sprachbilder erinnern an den NS-Jargon. In der rechten Rhetorik und Agitation geht es meist um eine radikal vereinfachende Freund-Feind-Sicht. Immer wieder ist in konfrontativer Absicht von „wir" in Abgrenzung zu den „anderen" die Rede. Der neuen Rechten geht es mit ihren Reizvokabeln und Tabubrüchen um Deutungshoheit gegen „Political Correctness", um eine Ausweitung der Grenzen des Sagbaren sowie um Steuerung der öffentlichen Debatte mittels gezielter Mehrdeutigkeiten. (Auf weiterführende Analysen wird im Kasten hingewiesen.)

Auch in Höckes Buch finden sich zahlreiche Beispiele manipulativer Rhetorik: So stehe die „Volksopposition" einem „Altparteienkartell", einem „anti-nationalen Meinungskartell", den „Machthabern", der „politisch-medialen Klasse", einer „transatlantischen Politelite" und den „Mainstreammedien" gegenüber. Die Einwanderungspolitik basiere auf einer „liberalistischen No-Border-No-Nation-Ideologie" und führe zu einem „Volkstod" bzw. einer „kulturellen Kernschmelze". Aus Erinnerungskultur wird bei ihm „Erinnerungszwang". Daneben treten neue Begriffsprägungen wie „Solidarischer Patriotismus". Die deutsche Demokratie wird als „System" bezeichnet. Die Feinde der Weimarer Republik wählten zum Teil ähnliche Worte.

Der scharfe Beobachter Victor Klemperer wusste es aus eigener leidvoller Erfahrung: „Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da." ■

Weiterführende Literatur:

Heinrich Detering
Was heißt hier „wir"? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten.
Reclam Verlag, Stuttgart 2019
ISBN 978-3-15-019619-9 · 6,00 €

Joachim Gauck
Toleranz: einfach schwer
Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2019
ISBN 978-3-451-38324-3 · 22,00 €

Victor Klemperer
LTI – Notizbuch eines Philologen
Reclam Verlag, Berlin 1947.
Neuausgabe, Stuttgart 2018
ISBN 978-3-15-020520-4 · 12,95 €

Kurt Sontheimer:
Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik.
Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1978
ISBN 3-423-04312-1
(wird nicht mehr verlegt)

Enno Stahl:
Die Sprache der neuen Rechten.
Kröner Verlag, Stuttgart 2019
ISBN 978-3-520-72101-3 · 14,90 €

Jürgen Vits ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main.

Björn Höcke
Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig
Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Lüdinghausen und Berlin 2018
Broschiert, 304 Seiten
ISBN 978-3-944872-72-8 · 18,90 €

Mitgliederversammlung und Preisverleihung in Karlsruhe

Mit Sorge und Selbstbewusstsein

Die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im November 2019 im Rathaus Karlsruhe stand stark unter dem Eindruck der vorangegangenen Landtagswahlen in mehreren Bundesländern. Die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) hatte bei allen Wahlen außer in Bremen mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten. Viele Mitglieder waren bei der Diskussion nachdenklich gestimmt. Deutlich wurde eine Verunsicherung darüber, wie man auf Teile der Bevölkerung zugehen kann, für die es heute eine Option darstellt, einen Politiker wie den AfD-Landesvorsitzenden von Thüringen Björn Höcke zu wählen (s. Seite 21).

Bei den Wortbeiträgen standen zwei nur scheinbar gegensätzliche Überlegungen im Mittelpunkt: Zum einen wurde die Notwendigkeit angesprochen, mehr Präsenz in Regionen zu zeigen, in denen rechtspopulistische Strömungen stark sind. Es sei nötig, sich mit den realen Sorgen und Nöten hinter der Wut der Bürger zu beschäftigen, um gemeinsam Lösungen finden zu können. Die stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Iris Gleicke sagte, dass die spezifische Situation und die Perspektive der Menschen im Osten Deutschlands in der Diskussion berücksichtigt werden müssten.

Darüber hinaus sei es angezeigt, in Debatten auch andere Meinungen zuzulassen. Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Prof. Dr. Bernd Faulenbach sagte in seiner Rede: „Offensichtlich kann man bei Versuchen, sich mit Populismus und Radikalismus auseinanderzusetzen, auch Fehler machen. Aggressive Gesprächsverhinderungen, wie wir sie an verschiedenen Universitäten in jüngster Zeit erlebt haben, sind kontraproduktiv (wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Recht kritisiert hat). Wir brauchen die intellektuelle Auseinandersetzung – auch mit manchen Positionen, die uns gar nicht gefallen."

Auf der anderen Seite wurde dafür plädiert, dass sich Demokraten selbstbewusst und entschlossen wehren müssten, wenn die Grundprinzipien der Demokratie infrage gestellt werden. Vorstandsmitglied Prof. Dr. Hansjörg Geiger sagte, es sei auch zu veranschaulichen, dass Demokratie mehr bedeutet als Wahlen und Mehrheitsentscheidung. Geiger: „Die Mehrheit kann nicht alleine bestimmen. Wir haben einen grundgesetzlich garantierten Minderheitenschutz und das Prinzip, dass jedem die gleichen Rechte zustehen." Die Politik der derzeitigen Regierungen in Polen und Ungarn zeige jedoch, dass diese Auffassung auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Faulenbach sprach von teilweise überhöhten Erwartungen an Politik und ungenaue Vorstellungen, wie sie funktioniere. Es gebe Handlungsbedarf, ein realistisches Bild von der Funktionsweise der repräsentativen Demokratie und ihres Parlamentarismus zu vermitteln.

Darüber hinaus zeigte sich auch, dass der demokratiegeschichtliche Ansatz von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Verein eine tiefere Verankerung erfahren hat und immer mehr Regionale Arbeitsgruppen Angebote zu dem Themenbereich aufgreifen. Zu der weiterhin intensiven Beschäftigung mit den NS-Verbrechen und der SED-Diktatur tritt damit ein Arbeitsfeld für den Verein hinzu, das eine Identifizierung mit der Demokratie in Deutschland befördert. Bernd Faulenbach sagte: „Es gilt, Menschen aufzuklären über den schwierigen Weg, auf dem die Demokratie in unserem Land durchgesetzt werden musste. Für Demokratie und Freiheit haben Menschen gekämpft und Opfer gebracht."

Foto: vokopress

Die Mitgliederversammlung fand im Karlsruher Rathaus statt.

Geschäftsführer Dr. Michael Parak konnte in seiner Rede zum Geschäftsbericht vermelden, dass 2019 das erfolgreichste Jahr für den Verein war, sowohl das Haushaltsvolumen als auch die Anzahl der Veranstaltungen betreffend. Die zahlreichen Ehrenamtlichen des Vereins machen vor, was Vorstandsmitglied Uta Leichsenring einfordert: „Dass die Sorge um unsere Demokratie zu noch mehr Engagement führt." ■

Verein ehrt Schülerinnen aus Nagold und Hans Otto Bräutigam

Höhepunkt der Mitgliederversammlung im Rathaus von Karlsruhe waren die feierlichen Preisverleihungen am Abend. Mit dem Waltraud-Netzer-Jugendpreis wurden Schülerinnen der Christiane-Herzog-Realschule Nagold geehrt. Sie haben den mit 1.500 Euro dotierten Preis für mehrere Stadtführungskonzepte zur Nagolder NS-Geschichte erhalten.

Die Schülerinnen haben mit intensiver Archivrecherche und der praktischen Aufbereitung ihrer Ergebnisse große Verdienste um die Erinnerungsarbeit in der ehemaligen NS-Hochburg Nagold erworben. Ein halbes Jahr arbeiteten sie an ihren Konzepten, während der Schulzeit, zu großen Teilen aber auch in ihrer Freizeit. Das von ihnen erfasste Themenspektrum ist dabei bemerkenswert groß. So haben sich die Nagolder Jugendlichen unter anderem mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten, den „Euthanasie"-Verbrechen, Widerstand und Verfolgung sowie dem Kriegsende in der baden-württembergischen Kleinstadt auseinandergesetzt.

Foto: vokopress

Die geehrten Schülerinnen der Christiane-Herzog-Realschule Nagold bei der Preisverleihung mit dem Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Prof. Dr. Bernd Faulenbach (l.). Außerdem dabei: Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe Dr. Frank Mentrup, Preisstifter Dr. Nikolaus Netzer und der Geschichtslehrer der Schülerinnen Gabriel Stängle (hinten, v.r.)

Emily Braun und Afrora Kolgeci erzählten stellvertretend für ihre Mitschülerinnen, was ihnen diese besondere Arbeit mit der Stadtgeschichte bedeutete. So ging es für Afrora Kolgeci vor allem darum, an die Menschen zu erinnern, die während der NS-Zeit verfolgt wurden, und deren Namen bekannt zu machen. Für Emily Braun war es etwas Besonderes, sich über den Lehrplan hinaus selbstständig und auf eine persönliche Weise mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Auf die Frage von Moderatorin Carola Schede, was sich persönlich seitdem für sie verändert habe, sagt Afrora Kolgeci: „Man geht jetzt ganz anders durch die Stadt, sieht mit anderen Augen auf die Gebäude."

Die Arbeit der Schülerinnen ist in mehrfacher Hinsicht von praktischem Nutzen: Die von ihnen zusammengestellten Informationen stehen künftig den professionellen Stadtführerinnen und Stadtführern zur Verfügung. Außerdem planen die Preisträgerinnen nun, die Ergebnisse über eine App auf unkomplizierte, interessante Weise zugänglich zu machen.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., äußerte die Hoffnung, dass die Schülerinnen ihre sehr nahegehenden Erfahrungen mit der Geschichte weitertragen und sich auch nach der Schulzeit weiter engagieren werden.

Gesprächsrunde zum Transformationsprozess in Brandenburg

Den Hauptpreis nahm der ehemalige Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR und ehemalige Justizminister von Brandenburg Dr. Hans Otto Bräutigam entgegen. Er wurde mit dem mit 7.500 Euro dotierten Preis für sein Lebenswerk geehrt.

Bernd Faulenbach sagte: „Im gesamten Wirken Hans Otto Bräutigams zeigt sich das grundlegende demokratische Prinzip, dass Verständigung auf Haltung, Kompromissbereitschaft und Dialog beruht."

Als Mitarbeiter und späterer Leiter der Ständigen Vertretung half Bräutigam vielen Menschen in Ost und West, den Alltag im geteilten Deutschland zu erleichtern. Durch Zusammenarbeit trug er zum Abbau von Feindbildern bei und half, eine Grundlage dafür zu schaffen, dass eine Vereinigung möglich wurde. Seit 1990 gestaltete Bräutigam als Justizminister in Brandenburg den schwierigen Transformationsprozess in den Landesbehörden, im Strafvollzug und bei der Aufarbeitung des DDR-Unrechts mit.

Über diesen Transformationsprozess in Brandenburg berichtete der Preisträger in einer gemeinsamen Gesprächsrunde mit den Vorstandsmitgliedern Uta Leichsenring und Prof. Dr. Hansjörg Geiger. Leichsenring war nach der Vereinigung Polizeipräsidentin der brandenburgischen Kreisstadt Eberswalde, Geiger war in den 1990er Jahren Direktor der Stasi-Unterlagen-Behörde unter dem Beauftragten Joachim Gauck. Im Folgenden geben wir eine gekürzte Fassung des Gesprächs wieder, das von Moderatorin Carola Schede geleitet wurde:

Carola Schede: Sie waren 1989 Botschafter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen in New York. Sie waren also nicht in Deutschland, als die Mauer fiel, nachdem Sie so lange Zeit die deutsch-deutschen Beziehungen maßgeblich mitgestaltet hatten.
Hans Otto Bräutigam: Das bedaure ich heute noch.

Carola Schede: Was haben Sie damals gedacht, als Sie vom Fall der Mauer hörten?
Hans Otto Bräutigam: Spät am Abend in New York habe ich über die Deutsche Welle gehört, dass die Mauer geöffnet ist. Ich habe gedacht: „Das kann doch nicht wahr sein! Warten wir mal ab, sie werden die Grenze wieder schließen." Am nächsten Tag stellte sich heraus: Ich hatte Unrecht.

Carola Schede: Sie gingen dann nach der Vereinigung als Justiz- und Europaminister nach Brandenburg in das Kabinett von Manfred Stolpe. Welche Schwierigkeiten fanden Sie dort vor?
Hans Otto Bräutigam: Es gab große, ganz praktische Schwierigkeiten. Ich erzähle Ihnen eine kleine Geschichte aus der Zeit: In den »

Foto: vokopress

Im Gespräch: Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Moderatorin Carola Schede, Dr. Hans Otto Bräutigam, Uta Leichsenring.

» ersten Wochen nachdem das Recht der BRD automatisch und über Nacht auf das Gebiet der ehemaligen DDR erstreckt worden war, habe ich die Kreisgerichte in Brandenburg besucht. Dort stellte ich fest: Die Juristen kannten das neue Recht noch gar nicht. Sie hatten noch keine Gesetzestexte der Bundesrepublik. Dann habe ich gefragt: „Was machen Sie denn, wenn Sie Gesetze anwenden sollen, die Sie gar nicht kennen?" Eine ehemalige DDR-Richterin antwortete mir: „Wir wissen doch, was rauskommen soll." Da musste ich lachen und dachte: „Na ja."

Später dachte ich noch einmal über die Aussage nach. Die Richterin praktizierte tatsächlich eine Rechtsprechung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen – im Grunde war das eine brillante Idee, mit dieser schwierigen Situation umzugehen. Ob es allerdings eine so gute Idee war, das bundesdeutsche Recht über Nacht auf das Gebiet der ehemaligen DDR zu erstrecken, will ich jetzt nicht diskutieren.

Carola Schede: Frau Leichsenring, Sie haben mir über Ihre Arbeit als Polizeipräsidentin von Eberswalde gesagt, dass sich diese Zeit des Übergangs bei der Polizei durch einen Wunsch nach einem neuen Selbstverständnis auszeichnete. Was genau meinen Sie damit?

Uta Leichsenring: Eine Polizei aus einer Diktatur in eine Demokratie zu überführen, ist eine große Aufgabe. Man kann sich eine demokratische Polizei ja nicht einfach backen. Es ging uns ähnlich wie den Richtern. Die neuen Rechtsgrundlagen lagen anfangs noch nicht überall vor. Weder gab es sie in Schriftform vor Ort, noch waren sie in den Köpfen verankert. Wir mussten uns intensiv damit beschäftigen, was es überhaupt bedeutet, in einem Rechtsstaat das Gewaltmonopol zu haben. Das war ein ganz langer Prozess. Im Gegensatz zur Justiz gab es bei der Polizei dabei noch eine andere Herausforderung: Wir mussten auf den gesamten Apparat aus der DDR zurückgreifen. Die Justiz hatte dagegen Unterstützung von Richtern, die aus dem Westen kamen. Die Unterstützung durch unser Partnerland Nordrhein-Westfalen war lediglich für wenige ausgewählte Führungsfunktionen möglich.

Hans Otto Bräutigam: Ja, das war für die Justiz eine ganz große Hilfe, keine Frage. Die Unterstützung der Richter und Staatsanwälte aus unserem Partnerland Nordrhein-Westfalen war sehr wichtig, zumal es Wochen gedauert hat, bis die notwendigen Gesetzestexte gedruckt und verteilt waren.

Carola Schede: Herr Geiger, als Direktor der Stasi-Unterlagen-Behörde hatten Sie auch mit Fällen aus Brandenburg zu tun. Können Sie sich an eine Geschichte besonders deutlich erinnern?

Hansjörg Geiger: Ja, über einen Fall kann ich hier gern berichten. Es war unsere Aufgabe, mit der Recherche von Unterlagen dazu beizutragen, dass Beamte und Richter, die eine nennenswerte Stasiverstrickung aufwiesen, nicht in den neuen Sicherheitsapparaten weiterbeschäftigt wurden. Die Behörde hatte anfangs große Mühe, die entsprechenden Dokumente zusammenzutragen. Ich erinnere mich daran, dass mich eines Abends eine empörte Richterin anrief. Sie sagte: „Ein Skandal. Ich denke, wir leben jetzt in einem Rechtsstaat. Gerade habe ich erfahren, dass ich nicht in den Richterdienst übernommen werden soll." Dabei habe sie sich nichts zuschulden kommen lassen. Ich sagte ihr, dass ich mir ihren Fall ansehen würde.

Diese Richterin war Familienrichterin, sie hat sich also mit Ehescheidungen und anderen Familienkonflikten befasst. In einer solchen Rolle erfährt man sehr viel über die Menschen. Sie war eine für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sehr wertvolle Inoffizielle Mitarbeiterin. Aber die Richterin war auch eine sehr kluge Frau. Sie hatte sich schon Anfang 1990 an das Bürgerkomitee gewandt, das damals die Stasizentrale besetzt hatte und die Akten verwaltete. Sie bot rechtliche Hilfe an, damit dort keine Fehler geschehen. Die Richterin durchschaute das System der Aktenführung schnell und wusste, wo Karteikarten und die entsprechenden Akten abgelegt waren. Sie vernichtete dann sowohl ihre eigene Karteikarte als auch ihre Akte.

So hatte sie eigentlich dafür gesorgt, mit einer reinen Weste dazustehen. Was sie nicht bedachte: Ihr Ehemann war ebenfalls Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Da beide die Verschwiegenheitsverpflichtung des MfS einhielten, wussten jedoch weder sie noch er, dass der jeweilige Ehepartner bei der Stasi war.

Nun hatte die Stasi dem erfolgreichen Ehepaar einmal etwas Gutes tun wollen. Sie wollte dem Ehemann ein Haus am See schenken, das frei geworden war, nachdem der Voreigentümer ausgereist war. Um die Schenkung zu begründen, hatte man eine Kopie der Akte der Ehefrau in die Akte des Ehemanns gelegt. Damit sollten die besonderen Verdienste belegt werden. Das wusste die Frau aber nicht.

Bei der sorgfältigen Recherche in der Potsdamer Außenstelle der Unterlagenbehörde wurde diese Kopie der Akte gefunden. Als die Frau dann in mein Büro kam, um die Akten einzusehen, dauerte es keine fünf Sekunden, bis sie wieder aufsprang und davonrannte. Sie wusste, sie hatte keine Chance mehr.

Es gab aber viele Fälle, in denen die Sachlage keinesfalls so eindeutig war. Hier ging es darum, mit Augenmaß zu entscheiden. Es war ein Glücksfall, dass jemand wie Sie, Herr Bräutigam, der über Jahrzehnte Erfahrungen in der Ständigen Vertretung gesammelt hatte und sich in das Leben der Menschen in der DDR besonders einfühlen konnte, die Bewertung in Brandenburg vorgenommen hat.

Hans Otto Bräutigam: Mir war bei jeder Einzelfallprüfung wichtig, dass die Umstände berücksichtigt werden, nicht nur die formale Frage, ob es sich um Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi handelte. Das hat sich auch bewährt. Aber es war eine große Belastung. Ich muss gestehen, dass ich vor allem zu Beginn ziemlich darunter gelitten habe, jeden Tag wieder mit solchen Fragen zu tun zu haben. Und ich war froh, als es eines Tages ausgestanden war.

Carola Schede: Es klingt aus Ihren Worten heraus, mit welcher Besonnenheit Sie vorgegangen sind. Sie hatten die Kraft zuzuhören, auch wenn es gegen die eigene Überzeugung ging. Welche Haltung steckt hinter dieser Art, Menschen – auch Gegnern – gegenüberzutreten.
Hans Otto Bräutigam: Das beruht auf meinen Vorstellungen von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bezieht sich auf den einzelnen Menschen, nicht auf formale Gesichtspunkte. Es wurde damals ein Ausschuss aus ostdeutschen Landtagsabgeordneten und ehemaligen DDR-Juristen eingesetzt, der die Entscheidungen treffen sollte, welche Richter und Staatsanwälte im Amt bleiben durften. Dieser Ausschuss leistete eine sehr gute Arbeit. Der Justizminister hatte dabei die Aufgabe, entsprechende Vorschläge an den Ausschuss zu geben. Etwa die Hälfte der Betroffenen wurde über dieses Verfahren in den jeweiligen Ämtern bestätigt.

Carola Schede: Jetzt leben wir 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Ich frage mich, was seitdem verloren gegangen ist – nach der großen Euphorie, dieser Erhebung eines Volkes. Heute wählen mehr als 20 Prozent im Osten die AfD. Frau Leichsenring, wie ziehen Sie Bilanz?
Uta Leichsenring: Man muss mehrere Dinge bedenken. Zum Ersten: Es war nicht das ganze Volk der DDR, das damals den Mut hatte, auf die Straße zu gehen, und für Veränderung eintrat. Zum Zweiten: In den 1990er Jahren erlebten wir die erste Welle von Rechtsextremen, die an die Öffentlichkeit traten. Es hatten sich rechtsextreme Jugendgruppierungen gebildet, schon in der DDR. Von der anderen Seite versuchten die rechtsextremen Parteien aus der Bundesrepublik im Osten Fuß zu fassen. In Eberswalde gab es zum Beispiel die Jungen Nationalen der NPD. Vorherrschend waren in den 1990ern lose Gruppierungen, die rassistische, oft auch antisemitische Straftaten begingen und das Leben auf der Straße unsicherer machten.

Im Laufe der 1990er Jahre hat sich dann langsam eine engagierte Zivilgesellschaft entwickelt, die dem etwas entgegensetzte. Die Menschen wehrten sich und gingen auf die Straße, auch in kleinen Städten.

Was in dieser Zeit gefehlt hat, ist eine angemessene Aufmerksamkeit für das Leben der Menschen. Es wurde nicht ausreichend beachtet, was viele Menschen durch diese großen Umbrüche nach der Friedlichen Revolution persönlich durchmachen mussten.

Hans Otto Bräutigam: Ein so komplizierter Vorgang wie diese Vereinigung zweier Staaten kann ja nicht fehlerlos verlaufen. In der deutschen Geschichte hatte es Vergleichbares noch nicht gegeben. Doch es gab Demütigungen, es gab Enttäuschungen, und man muss die große Arbeitslosigkeit in Erinnerung rufen. Eine lange Reihe von staatlichen Institutionen ist abgewickelt worden, die betroffenen Funktionäre wurden in den Wartestand versetzt und schließlich entlassen. Dies hat zu einer starken Verunsicherung in der gesamten Bevölkerung geführt. Wenn wir heute davon hören, dass eine schlechte Stimmung herrscht, hat dies auch mit den Enttäuschungen in dieser ersten Zeit nach 1989 zu tun.

Es gab weitere Problembereiche: etwa die Regelung der offenen Vermögensfragen nach dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung". Oder die Überführung der DDR-Renten in das westdeutsche Rentensystem, mit der Folge, dass die Renten im Osten geringer ausfielen als im Westen. Dann gab es bald nach dem Fall der Mauer eine große Abwanderung aus dem Osten Deutschlands. Junge Leute gingen weg, vor allem die tüchtigen mit guter Ausbildung. Die alten Menschen blieben zurück. In vielen Dörfern wurden die Schulen geschlossen, ebenso die Geschäfte. Da muss man sich nicht wundern, wenn daraus ein Gefühl der Demütigung und Enttäuschung entstand. Dieses Gefühl hat meines Erachtens in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass im Osten rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen viel Zustimmung bekommen haben.

Carola Schede: Herr Bräutigam, wenn Sie jetzt im Bundestag säßen, wie würden Sie mit der AfD umgehen?
Hans Otto Bräutigam: Ich finde es notwendig, dass man mit diesen frei gewählten Abgeordneten redet, dass man ihnen den Rechtsstaat erklärt, dass man sie auffordert, ihre Überzeugungen zu begründen, damit man sich kritisch damit auseinandersetzen kann. Wir brauchen diesen Dialog. Der ist in der jetzigen Situation außerordentlich wichtig. Eine andere Frage ist, ob so eine Partei in eine Koalition einbezogen werden sollte, etwa in den ostdeutschen Bundesländern. Das halte ich für sehr, sehr problematisch. ■

Preisträger Hans Otto Bräutigam (mitte) bei der Übergabe der Preisurkunde mit dem Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Prof. Dr. Bernd Faulenbach (2.v.l.), dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe Dr. Frank Mentrup (r.), sowie den Vorstandsmitgliedern Prof. Dr. Hansjörg Geiger (l.) und Uta Leichsenring.

Foto: vokopress

Dr. Hans Otto Bräutigam war unter anderem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR in Ost-Berlin und nach der Vereinigung Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten in Brandenburg.
Uta Leichsenring ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Sie war unter anderem Polizeipräsidentin von Eberswalde und Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.
Prof. Dr. Hansjörg Geiger ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Er war unter anderem Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Präsident des Bundesnachrichtendienstes und beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz.

RAG Augsburg

Dieter Ferdinand

Was geschah im Ghetto von Krakau?

Die Neuausgabe des Buches „Die Apotheke im Krakauer Ghetto“ wurde in der Stadtbücherei Augsburg präsentiert.

Die Situation in der deutschen Gesellschaft von heute war Anlass für den Immobilienmakler Jupp Schluttenhofer aus Friedberg bei Augsburg, „Die Apotheke im Krakauer Ghetto“ neu herauszugeben. „Der Nationalsozialismus kam nicht als Tsunami, sondern schleichend“, sagt Schluttenhofer. Und heute gebe es erneut gefährliche Bestrebungen „zu selektieren, wer Mensch ist und wer nicht“. So gab er den Reprint des lange Zeit vergriffenen Buches mit Unterstützung von Sarah und Benno Käsmayr vom Augsburger Maroverlag in deutscher Sprache heraus. In Kooperation mit der Augsburger Buchhandlung am Obstmarkt fand im Herbst 2019 nun eine Präsentation der Erinnerungen des Apothekers Tadeusz Pankiewicz statt. „Eine Geschichtsquelle ersten Ranges“, sagt Schluttenhofer.

Foto: © Historical Museum of the City of Kraków

Tadeusz Pankiewicz mit seinen Mitarbeiterinnen (v. l.) Helena Krywaniuk, Aurelia Danek und Irena Droździkowska.

Im bis auf den letzten Platz besetzten S-Forum der Neuen Stadtbücherei führte Stefan Mack von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. durch den Abend und führte das Gespräch mit Jupp Schluttenhofer. Schauspieler Matthias Klösel las in ergreifender Weise ausgewählte Passagen aus dem Buch von Pankiewicz, der seine Erinnerungen 1946/47 aufgeschrieben hat. Die Präsentation wurde eindrucksvoll umrahmt durch das Klezmer-Ensemble „Feygele“ unter Leitung von Josef Strzegowski von der Jüdischen Gemeinde Schwaben-Augsburg.

Was geschah in Krakau während des Zweiten Weltkrieges? Das NS-Regime richtete 1941 im Stadtteil Podgórze südlich der Weichsel ein Ghetto ein, das bis Ende 1943 bestand. Als erste perfide Tat zwangen die Nationalsozialisten die Krakauer Juden, die Mauer um das Ghetto im Stil jüdischer Grabdenkmäler zu bauen. Auch der in Krakau geborene Augsburger Ehrenbürger Mietek Pemper (1920–2011) lebte im Ghetto und berichtete darüber in einem Kapitel seines Buches „Wie es zu Schindlers Liste kam“. Mitten im Ghetto, am Friedensplatz, arbeitete und wohnte der polnische Pharmakologe Tadeusz Pankiewicz. Als einziger Nichtjude erhielt er von den Nazis eine Sondergenehmigung, seine Apotheke weiter zu betreiben und dort auch zu wohnen. Zunächst entwickelte sich im Ghetto ein vielfältiges Leben mit einer jüdischen Zeitung, einem Kinderheim, Kliniken, Altersheimen, einem rituellen Badehaus und einem Tanzcafé. Die Apotheke war Anlaufstelle für alle und Ausgangspunkt für viele Rettungstaten. Sie wurde zum Ort eines geheimen Judaistik-Unterrichts, zum Treffpunkt des Untergrunds und zum Versteck für wertvolle Thora-Rollen.

Als das gezielte Morden im Ghetto begann, sah Pankiewicz, wie die SS mit zunehmender Brutalität vorging. Alle Kinder wurden von den Eltern getrennt. „Die Angst um das Schicksal der Kinder raubt den Menschen den Verstand.“ (S. 206) Alte und kranke Menschen wurden verspottet, misshandelt und ermordet. Die Jüdinnen und Juden, die zur Ermordung geführt wurden, gingen mit Würde und schweigend in den Tod. „Das Schweigen der Opfer versetzte sie (die Deutschen) in Raserei.“ (S.158) 1943 wurden die wenigen noch Lebenden in die KZs Auschwitz, Treblinka oder Plaszów gebracht.

1960 erschien „Die Apotheke im Krakauer Ghetto“ in Polen. Tadeusz Pankiewicz gab darin vielen Ermordeten ihre Namen zurück und benannte zahlreiche polnische Helferinnen und Helfer. Er veröffentlichte die Namen der Täter und sagte bei

Foto: © a3kultur

Buchpräsentation: Moderator Stefan Mack, Herausgeber Jupp Schluttenhofer und Schauspieler Matthias Klösel (v.l.)

Kriegsverbrecherprozessen aus. 1995 erschien die erste deutsche Ausgabe seines Buches. Eine zweite Auflage wurde nicht mehr gedruckt, bis Anfang 2018 Jupp Schluttenhofer den Reprint herausgab.
In der Apotheke am heutigen Plac Bohaterów (Heldenplatz) wurde in den 1980er Jahren ein Museum eingerichtet. Es dokumentiert das Martyrium der Ghettobewohner und das helfende Wirken des Apothekers. Für seinen Einsatz zur Rettung vieler jüdischer Menschen wurde Tadeusz Pankiewicz 1983 mit dem israelischen Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern" ausgezeichnet. Er starb 1993 mit 85 Jahren in Krakau.

In einer Zeit, in der die Leugnung des Holocaust, Antisemitismus und Angriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen zunehmen, ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur Wachsamkeit, gegen das Vergessen und für eine friedvolle Zukunft. ■

Cover: © Jupp Schluttenhofer, Friedberg, 2017

Dieter Ferdinand war von 1990 - 2014 Stadtratsmitglied in Augsburg und ist Autor bei der Zeitschrift *a3kultur* mit Schwerpunkt Theater und Erinnerungskultur.

Buchenpfehlung:

Tadeusz Pankiewicz; Reprint herausgegeben von Jupp Schluttenhofer
Die Apotheke im Krakauer Ghetto
M-Consult, Friedberg 2017
Gebundene Ausgabe, 288 Seiten
ISBN 978-3-00058-237-0* · 25,00 €

* erhältlich im Buchhandel und unter *www.die-apotheke-im-krakauer-ghetto.de*

LAG Baden-Württemberg

Wolfgang Dästner

Die ersten Träger des Rahel-Straus-Preises wurden in Stuttgart gewürdigt

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat am 19. Oktober 2019 erstmalig den Rahel-Straus-Preis an Persönlichkeiten und Vereinigungen verliehen, die sich in vorbildlicher Weise für eine nachhaltige Erinnerungskultur in Baden-Württemberg einsetzen. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert und wird von der Berthold Leibinger Stiftung gespendet. Die Verleihung fand im Foyer der Gedenkstätte Hotel Silber in Stuttgart statt.

Zur Premiere hat sich die LAG entschieden, gleich vier Preisträger zu würdigen, die von Mitgliedern nominiert worden waren. Es handelt sich dabei um:

- Die **AG Gedenktag im Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg, Ravensburg**. Sie leistet bereits seit mehr als 20 Jahren zum Tag des Holocaust-Gedenkens am 27. Januar wertvolle Jugendarbeit in ihrer Region zum Thema Euthanasie im Nationalsozialismus. Der Preis würdigt die Sensibilisierung Jugendlicher für die Verbrechen der Nationalsozialisten.

- **Eva Maria Kraiss aus Schwäbisch Hall** dokumentiert seit Jahrzehnten Spuren jüdischen Lebens in der Region in Wort und Fotografie. Der Preis würdigt ihr unermüdliches Engagement für eine vielseitige, regional verankerte Erinnerungskultur.

Foto: Julian Rettig

Die Preisträger Dr. Wolfgang Proske, Heike Engelhardt (AG Gedenktag), Eva Maria Kraiss und Harald Stingele (v. l.)

- **Dr. Wolfgang Proske aus Gerstetten** erhält den Preis für die akribische Erarbeitung der zehnbändigen Publikationsreihe „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer".

- Der Preis für **Harald Stingele und die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V.** würdigt den jahrelang andauernden Einsatz für die Erhaltung des ehemaligen Hauptquartiers der Gestapo in Stuttgart „Hotel Silber" und dessen Entwicklung zu einem Lern- und Gedenkort.

Mit Rahel Straus wurde für diesen Preis eine mutige, fortschrittliche und gesellschaftlich engagierte Namensgeberin gefunden, an die zu erinnern den Initiatoren eine große Freude ist. Rahel Straus, geborene Goitein, wurde 1880 in Karlsruhe als Kind eines orthodoxen Rabbiners und seiner Frau Ida geboren. Sie besuchte das erste deutsche Gymnasium für Mädchen in Karlsruhe, wo sie 1899 Abitur machte und als erste junge Frau in Deutschland eine Abiturrede hielt, in der sie unter anderem die Bildungschancen für Frauen thematisierte. Sie schrieb sich als erste Medizinstudentin an der Universität Heidelberg ein und bestand 1905 das Staatsexamen. 1907 folgte die Promotion zum Dr. med. Im selben Jahr heiratete sie den Karlsruher Juristen Dr. Elias Straus. 1908 eröffnete sie in München eine gynäkologische Praxis. Damit war sie die erste niedergelassene Ärztin, die an einer deutschen Universität ausgebildet worden war. In München brachte sie ihre fünf Kinder zur Welt. Sehr ungewöhnlich für diese Zeit, schaffte sie es, Familien- und Berufsarbeit zu bewältigen. Als Ärztin kämpfte Rahel Straus für die Abschaffung des § 218 und engagierte sich in sozialen, pädagogischen und politischen Fragen. 1918 beteiligte sie sich in einigen Gremien der Münchener Räterepublik. Nach dem Tod ihres Ehemannes 1933 emigrierte Rahel Straus mit ihren Kindern nach Palästina. Dort arbeitete sie

Foto: Julian Rettig

Im Gespräch: Harald Stingele, Eva Maria Kraiss, Sibylle Thelen (LpB BW), Heike Engelhardt, Dr. Wolfgang Proske (v. l.)

weiter als Ärztin und Sozialarbeiterin und gründete 1952 die israelische Gruppe der Women's International League.

Die Verleihung der Preise stand noch stark unter dem Eindruck des antisemitischen Anschlages von Halle an der Saale. Für die Landesregierung betonte Petra Olschowski, Staatsekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Kunst, wie wichtig die Arbeit der Preisträger und auch der Initiatoren dieses Preises für die Bewahrung eines friedlichen Zusammenlebens in der Zivilgesellschaft ist. Ihre Worte ermutigten zu weiterem nachhaltigen Engagement für die Demokratie und die Menschenrechte. Olschowski sagte: „Wir vergeben diesen Preis heute auch im Gedenken an die Opfer von Halle. Wir sind hier, um ein Zeichen zu setzen, dass es in Stuttgart, Baden-Württemberg und in ganz Deutschland keinen Platz für Hetze und Antisemitismus gibt. Wenn wir uns damit beschäftigen, was den Täter in Halle antreibt – und das müssen wir verstehen, um es zu verhindern – dann hilft ein Blick in die Vergangenheit."

Neben der Urkunde erhielt jeder Preisträger einen handtellergroßen Erinnerungsstein, eingefügt in einen Metallmantel auf einem Holzsockel. Birgit Kipfer, Sprecherin der LAG, erläuterte die Idee dahinter: Diese Steine könnten Stolpersteine sein, auch auf Gräber ließen sie sich legen – oder aber auf dem Schreibtisch zu weiterer Arbeit motivieren.

Eine berührende Atmosphäre entstand in der von Sibylle Thelen geleitete Gesprächsrunde mit den vier Preisträgerinnen und Preisträgern. Der Leiterin der Abteilung Demokratisches Engagement und Gedenkstätten in der Landeszentrale für politische Bildung gelang es, mit ihnen sehr persönliche Gespräche zu ihren jeweiligen Projekten zu führen. Es ging dabei um ihre vielfältigen Bemühungen, aber auch um teils heftige Widerstände, die sie überwinden mussten. Aus allen Beiträgen sprach der Wunsch, die Vergangenheit und die Menschen – vor allem die Opfer, aber auch die Täter, Trittbrettfahrer, Mitläufer – nicht zu vergessen und aus der Erfahrung der Menschenrechtsverletzungen die Aufforderung abzuleiten, zukünftig die Bewahrung eines friedlichen demokratischen Lebens zu verwirklichen.

Künftig wird der Preis jedes Jahr für ein abgeschlossenes oder geplantes Projekt oder eine Aktivität von besonderer Bedeutung an Personen oder Gruppen in Baden-Württemberg verliehen, die sich in unterschiedlichen Formen für die Ziele von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. einsetzen:

- Erinnerung an die Geschichte der beiden Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert zur Bewahrung der Demokratie in der Gegenwart,
- Engagement in der Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen des politischen Extremismus,
- Förderung demokratischer Werte.

Zusätzlich wurde in diesem Jahr auch ein Preis für ein Projekt von Jugendlichen ausgelobt, datiert mit 500 Euro. Die LAG sammelt für beide Preise wieder Vorschläge. Sie können bis zum 31. März bei Birgit Kipfer eingereicht werden. ■

Wolfgang Dästner ist Sprecher der RAG Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Mittleres Ruhrgebiet / RAG Münsterland

Zwei Geschichten in einer: über „Heimat und Flucht“

Was verbindet die Montagsdemonstrationen und das Geschehen in der Leipziger Nikolaikirche im Herbst 1989 mit dem Schicksal heutiger Flüchtlinge? In Gelsenkirchen und in Dülmen erlebten Schülerinnen und Schüler ein freies Theaterensemble, das ungewöhnliche Parallelen aufzeigte.

Der 9. November 1989 – er ist vielleicht ein einzigartiger Tag in der deutschen Geschichte, ein Schicksalsdatum: der Tag des Mauerfalls. Der 9. Oktober 1989 jedoch war der eigentliche Wendepunkt, die eigentliche Kapitulation des DDR-Regimes vor dem Freiheitswillen der DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Das findet auch Jörg Adler, ursprünglich aus Sachsen stammend, dann lange Direktor des Allwetterzoos in Münster. Und er war 1989 mittendrin.

Adlers Geschichte griffen Mohanad Jackmoor, Philip Gregor Grüneberg und Tashina Mende auf und gestalteten ein ganz besonderes, zweigeteiltes Theaterstück. Vermittelt von den Regionalen Arbeitsgruppen Münsterland und Mittleres Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., führten die drei das Werk „Heimat und Flucht – Flucht und Heimat“ erstmals vor Jugendlichen auf.

Foto: Franka Aldenborg

Sie setzen Zeichen für mehr Dialog innerhalb Deutschlands, aber auch mit Geflüchteten in der Gesellschaft: Fachlehrerin Ute Hampe-Bonitz vom Carl Friedrich Gauß-Gymnasium, Regionalsprecher Christopher Kirchberg und das Ensemble aus Tashina Mende, Philip Gregor Grüneberg und Mohanad Jackmoor (v.l.n.r.).

Zunächst waren zwei Geschichts-Oberstufenkurse des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums in Dülmen dabei und diskutierten hinterher beeindruckt. In Gelsenkirchen gab es gut einen Monat später das kontrastreiche Stück für Oberstufenschülerinnen und -schüler um die Fachlehrerin Ute Hampe-Bonitz im Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium. Das Interesse war auch dort enorm groß, wie Regionalsprecher Christopher Kirchberg von der Ruhr-Universität Bochum begeistert erzählte. Er nahm selbst an der Aufführung im Ruhrgebiet teil und bilanzierte mit Stefan Querl aus der RAG Münsterland: „Ein Bewusstsein für die richtig wichtigen Geschichts- und Gegenwartsfragen zu schaffen hat für uns hohe Priorität in diesen politisch stürmischen Zeiten.“

Im ersten Teil des Stücks ist der ehemalige Zoodirektor Jörg Adler in einem aufgezeichneten Interview zu hören. Sein Vater ist damals in Leipzig Leiter des Zoos. Jörg Adler verbringt dort einen großen Teil seiner Kindheit. Später wird er selber leitender Mitarbeiter im Leipziger Zoo, hat berufliche Reiseerlaubnis, ein Auto. „Aber wir hatten keine Freiheit“, sagt er im Interview. Er ist mit seiner Familie kirchlich aktiv, außerdem hat er einen Ausreiseantrag gestellt. Daher darf seine Tochter nicht studieren. Beide nehmen in Leipzig an den Montagsgebeten in der evangelischen Nikolaikirche teil. Ein Kampf um freie Meinungsäußerung, für Freiheit.

Am 9. Oktober spitzt sich die Lage zu. Kasernierte Volkspolizei steht an der Nikolaikirche. Die Intensivabteilungen der Krankenhäuser sind freigeräumt, Blutkonserven in großen Mengen herbeigeschafft – es werden für abends viele Verletzte erwartet. Ein Schießbefehl ist ausgegeben. Dieser wird zum Glück unterlaufen beziehungsweise zurückgezogen. Jörg Adler sitzt am 9. Oktober 1989 schon nachmittags in der Nikolaikirche. Um ihn herum alle Bänke voll mit SED- und Stasispitzeln. Er hat sich dazwischengesetzt. Nach langer Zeit kommt Adler mit Banknachbarn ins Gespräch, erklärt, dass diejenigen, die für Freiheit demonstrieren, keine Chaoten sind, wie in der Staatspresse zu lesen ist.

Der Tag geht glimpflich aus. Jörg Adler, der Monate zuvor den Ausreiseantrag gestellt hat, kann mit seiner fünfköpfigen Familie am 19. Dezember 1989 in den Westen. Er kommt über Gießen nach Schöppingen im Westmünsterland und Münster an den Niederrhein. „Dort erfuhren wir vielfältig Hilfe, sodass wir uns zurechtfinden konnten“, sagt Jörg Adler dankbar.

Diese deutsch-deutsche Fluchtgeschichte ist der eine Teil des Theaterstücks. Der andere Part sind erschütternde Diskriminierungs-, Flucht- und Heimatverlustschicksale zweier Menschen, die aus Syrien geflohen sind. Die eine Geschichte ist die des Regisseurs Mohanad Jackmoor,

Foto: Reimund Menninghaus

Christian Stock (l.) und Susanne Burkamp aus dem Kollegium des Annette von Droste-Hülshoff-Gymnasiums in Dülmen erlebten mit ihren Oberstufen-Kursen die Aufführung am 30. Jahrestag der Leipziger Montagsdemonstration 1989 gegen das SED-Regime in der DDR. Stefan Querl aus der Regionalarbeitsgruppe Münsterland lieferte einen geschichtlichen Überblick.

der mitspielt und den Schülerinnen und Schülern im Nachgespräch Rede und Antwort steht. Aber auch die andere geht den Jugendlichen – nicht zuletzt aufgrund eindringlicher theatraler Darbietung – unter die Haut. Es wird deutlich, welch weitgreifenden Dimensionen Gewalt, Fluchtursachen, Flucht und Heimatverlust haben können. ■

Der Text basiert auf einem Artikel von **Reimund Menninghaus** und der Redaktion der „Streiflichter" in Dülmen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Abdruck. Der Text wurde noch ergänzt durch die Regionalarbeitsgruppen Münsterland und Mittleres Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview: „Die Bühne kann helfen, auch in der Realität Barrieren abzubauen."

Philip Gregor Grüneberg und Mohanad Jackmoor haben das Theaterstück „Flucht und Heimat – Heimat und Flucht" entwickelt, das die Regionalarbeitsgruppen Mittleres Ruhrgebiet und Münsterland kürzlich vor Schülerinnen und Schülern in Dülmen und Gelsenkirchen aufführen ließen. Das freie Regie- und Schauspielensemble aus dem Münsterland, zu dem auch die Schauspielerin Tashina Mende gehört, macht im Interview auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten einer deutsch-deutschen und einer aktuellen Fluchtgeschichte aufmerksam.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, ein Theaterstück zu konzipieren, das sich bewusst vergleichend mit einer DDR-Fluchtgeschichte und einer aktuellen Fluchterfahrung befasst?
Philip Gregor Grüneberg: Für uns stand schnell fest, dass wir uns mit den Themen Flucht und Heimat und einem Heimatbegriff auseinandersetzen wollen. Mein Interesse an einer ostdeutschen Flucht kam mit den aufwühlenden Ereignissen in Chemnitz während des Sommers 2018. Ich fragte mich, ob sich Gemeinsamkeiten mit einer aktuellen Fluchtgeschichte aufweisen lassen würden: Welche Erfahrungen ähneln sich? Welche Ausgrenzungsmechanismen in der neuen sowie in der alten Heimat wurden erfahren. Was bedeutet so ein Heimatverlust überhaupt?

Nachdem ich Mohanad gefragt hatte, ob er einverstanden damit wäre, seine eigene Geschichte der Flucht mit auf die Bühne zu bringen, habe ich mich auf die Suche nach einer deutsch-deutschen Fluchtgeschichte begeben. Ich bin dann auf den Zeitzeugen Jörg Adler gestoßen, den ehemaligen Zoo-Direktor Münsters, der aus Leipzig in die Bundesrepublik geflohen war. Er erlebte Montagsdemonstration und Friedensgebete in der Nikolaikirche 1989 mit. Durch seine Erzählungen soll eine größere Sensibilität für Menschen entstehen, die aus der DDR in die BRD gekommen sind, das wünschen wir uns jedenfalls. Ich möchte damit die Frage aufwerfen, welchen Einfluss die jeweiligen Ereignisse auf die Menschen genommen haben. Außerdem wollen wir einen, meiner Meinung nach bisher fehlenden, Dialog hier in Westdeutschland ermöglichen. In den jüngeren Bundesländern haben wir das Stück bisher noch nicht aufgeführt. Das kommt vielleicht noch, daran arbeiten wir. Mir ist besonders wichtig, dass solche ganz persönlichen Erfahrungen geteilt und intensiver besprochen werden, damit sie im »

Foto: Emma Brahm

Wie gebannt verfolgten Schülerinnen und Schüler die Szenen auf der Bühne, aber auch die geschilderten Erfahrungen im Interview per Kopfhörer: Bewusst bewegt sich das Stück auf verschiedenen Ebenen zu des Zugangs zur Zeitgeschichte.

» „Strom der Geschichte" nicht völlig verloren gehen.

Ihr habt das Stück zusammen mit den beiden Regionalen Arbeitsgruppen in den Schulen aufgeführt. Ursprünglich ist es aber für die Öffentlichkeit, nämlich im Rahmen der Aktion „24 Stunden Münster" entstanden. Findet ihr, dass man im Westen der Republik das Fehlen von Berührungspunkten vieler Menschen mit der deutsch-deutschen Vergangenheit wahrnimmt?

Philip Gregor Grüneberg: Ich denke, dass durch den subjektiven Blick, den Jörg Adler sowohl auf vergangene wie auch aktuelle Geschehnisse wirft, dazu schon Fragen aufkommen und ein Bezug hergestellt werden kann. Wie war es damals in der DDR eigentlich? Gibt es auch in meinem eigenen Umfeld heute ähnliche Geschichten ehemaliger DDR-Bürgerinnen und Bürger? Warum spricht niemand darüber? Welchen Einfluss hat eine Fluchterfahrung auf die Identität einer Person oder gar einer Gesellschaft? Warum suche ich in meinem privaten Leben nicht mehr Kontakt zu geflüchteten Menschen?

Wie war die Konzeption für dich, Mohanad? Hast du Ähnlichkeiten zwischen deiner und Jörg Adlers Geschichte gefunden?

Mohanad Jackmoor: Mir war – als geflüchtetem Menschen, der aus Syrien nach Europa kam – sofort klar, dass ich die Geschichte eines Geflüchteten auf die Bühne bringen möchte. Die Bühne kann helfen, in der Realität Barrieren abzubauen. Ich wollte verdeutlichen, wie es ist, in einem Land ohne Demokratie und ohne echte Freiheitsrechte zu leben. Was es bedeutet, wenn Krieg herrscht, und was es heißt, aus politischen Gründen fliehen zu müssen. Was muss ein Mensch alles hinter sich lassen, um woanders ein neues Leben anzufangen? Gleichzeitig wollte ich auch erreichen, dass „Geflüchtete" und „Deutsche" mehr aufeinander zugehen. Ich muss sagen, dass mich nicht viel überrascht hat von dem, was Jörg Adler schildert. Das liegt auch daran, dass die DDR von Russland geprägt war. Syrien ist es meiner Meinung nach ebenfalls heute. Deshalb haben wir teilweise auch Vergleichbares erlebt.

Das Interview mit den beiden freien Regisseuren und Schauspielern **Philip Gregor Grüneberg** und **Mohanad Jackmoor** führten **Franka Aldenborg** und **Emma Brahm** für die Regionalen Arbeitsgruppen im Mittleren Ruhrgebiet und im Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Franka Aldenborg arbeitet als Freiwillige im FSJ Kultur am Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster. **Emma Brahm** studiert an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Mehr zum Ensemble und dem Stück gerne auf Wunsch über sie oder über den stellvertretenden Regionalsprecher **Stefan Querl** in der *Villa ten Hompel*, Tel. 0251/4927107. Mail: *querl@ns-gedenkstaetten.de*

Eine beispielhafte Zusammenarbeit

Partnerstädte Hof und Plauen richten seit zehn Jahren Deutsch-Deutsche Filmtage aus

Unter dem Motto: „Von der Teilung zur Einheit“ fanden im vergangenen November in den Partnerstädten Hof (Bayern) und Plauen (Sachsen) die 10. Deutsch-Deutschen Filmtage statt. Jedes Jahr greifen die Organisatoren mit Dokumentar- und Spielfilmen Themen jüngster deutscher Geschichte auf: Mauerbau, deutsche Teilung, Kalter Krieg, Friedliche Revolution, Grenzöffnung und deutsche Einheit. Im Anschluss an die Filmpräsentationen finden Gesprächsrunden mit namhaften Persönlichkeiten, Politikern, Zeitzeugen und Regisseuren statt. Die Veranstaltungen werden bei freiem Eintritt angeboten und generationsübergreifend sehr gut angenommen. Für die ältere Generation ist es eine Form der Aufarbeitung, für die jüngere wird der Geschichtsunterricht lebendig gestaltet.

So sind die Filmtage mittlerweile Ausdruck einer beispielhaften städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit, die bundesweit anerkannt und unterstützt wird. 2019 haben die beiden Ministerpräsidenten Markus Söder und Michael Kretschmer die Schirmherrschaft übernommen. Der Freistaat Sachsen gewährte eine Zuwendung nach der Förderrichtlinie Revolution und Demokratie. Auch der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützte zum wiederholten Male die Filmtage mit einem Geldbetrag. Zahlreiche weitere Kooperationspartner sind beteiligt.

2019 liefen im Rahmen der Filmtage im Capitol Kino Plauen und im Central Kino Hof insgesamt neun Dokumentarfilme und ein Spielfilm.

Mit der Dokumentation „40 Jahre sind genug“ über die Ereignisse der Friedlichen Revolution in Plauen wurde ein regionaler Bezug hergestellt. Als Talkgast war Wolfgang Thierse, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, anwesend.

Der Film „Vom Einläuten der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR“ zeigte auf, wie sich damals im Osten Deutschlands die Lage immer weiter zuspitzte. Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe und Regisseur Holger Kulick standen anschließend Rede und Antwort.

Erstmalig wurde 2019 das Thema Doping aufgegriffen. Nach der Dokumentation „Staatsgeheimnis Kinderdoping“ sprach der Dopingexperte Hajo Seppelt über die Dopingwelt der DDR.

Auch das paneuropäische Picknick am 19. August 1989 an der ungarisch-österreichischen Grenze wurde thematisiert. Im Anschluss an den Doku-Streifen „Jetzt oder nie – Die Grenzgänger von Sopron“ informierte Bernd Posselt, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, über dieses Ereignis.

Die DDR-Musikszene stand im Mittelpunkt der Reportage „Nach drüben – Oststars wechseln die Seiten“. Bürgerrechtler Stephan Krawczyk und RIAS-Moderator Olaf Leitner ordneten die Erinnerungen im anschließenden Gespräch zeithistorisch ein.

Jens Hase, der über die Prager Botschaft flüchtete und am 1. Oktober 1989 mit dem ersten Zug in Hof ankam, sprach nach der Vorführung des Films „Zug in die Freiheit“ über seine Beweggründe, seine Ängste während der Fahrt durch die DDR und über den euphorischen Empfang in Hof.

Karin Gueffroy, die Mutter von Chris Gueffroy, der neun Monate vor dem Mauerfall an der Berliner Mauer auf der Flucht erschossen wurde, berichtete nach der Dokumentation „Ein gerechtes Urteil“ vom ersten Mauerschützenprozess. Ihre ergreifenden Schilderungen berührten die vielen jugendlichen Kinobesucher.

Mario Röllig, der als 20-Jähriger beim Fluchtversuch über Ungarn 1987 festgenommen wurde und ins Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen kam, stand im Anschluss an den Film „Der Ost-Komplex“ zum Gespräch bereit.

Mit „Der Duft des Westpakets“ war auch ein humorvoller Film im Programm. Die anwesenden Regisseurinnen Maja Stieghorst und Brit-J. Grundel versuchten mit unterschiedlichen Methoden, den Duft eines Westpakets zu reproduzieren. Rüdiger Sielaff, Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, kommentierte die Erinnerungen aus zeithistorischer und politischer Sicht.

Mit nahezu 3.000 Besuchern konnte in den Kinos in Hof und Plauen diesmal ein neuer Teilnehmerrekord erreicht werden. Die Organisatoren Steffi Behncke (Plauen) und Jürgen Stader (Hof) betonen, dass es ihnen ein Anliegen sei, besonders Jugendlichen die Erinnerung an diese bedeutende Phase der jüngeren deutschen Geschichte zu vermitteln. Steffi Behncke sagt: „Das ist ein wichtiger Beitrag zum Demokratieverständnis“.

Dr. Harald Fichtner, Oberbürgermeister der Stadt Hof, und Steffen Zenner, Bürgermeister der Stadt Plauen, bekräftigten, dass die beiden Partnerstädte mit der Präsentation der Deutsch-Deutschen Filmtage ihrer historischen Bedeutung im Einigungsprozess gerecht würden. ■

Das Logo der Filmtage.

Foto: Andreas Rau

In Erinnerung an Reinhard Egge

Der langjährige Sprecher der RAG Bremen-Unterweser Reinhard Egge starb im November für alle unvorhergesehen im Alter von 74 Jahren. Schon seit 1994 war der Oberstleutnant a. D. Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., seit 2004 RAG-Sprecher. Der Verein verliert mit ihm einen engagierten Mitstreiter, der unermüdlich für die Themen eintrat, die ihm besonders wichtig waren – sowohl innerhalb des Vereins als auch in seiner Heimatgemeinde Ritterhude. Wir veröffentlichen hier einen Nachruf, den seine schulischen Kooperationspartner in Ritterhude verfasst haben.

Völlig überraschend und für uns alle unfassbar verstarb am 2. November 2019 Reinhard Egge. Als resoluter Mahner gegen das Vergessen wurde er nicht müde, die Erinnerungskultur in unserer Gemeinde mit richtungsweisenden neuen Ideen und Inhalten nachhaltig zu prägen. Jetzt hinterlässt er eine Lücke, die nur schwer zu schließen sein wird.

Als Visionär überschritt er mit seinen Gedankenspielen häufig die Grenzen des Realisierbaren und brachte damit diejenigen, die die Ideen umsetzen sollten, an den Rand des Machbaren. Wer aber die Grenzen traditionellen Denkens sprengt, eröffnet neue Horizonte. Das konnte Reinhard Egge und eröffnete seinen Mitstreitern gegen das Vergessen dadurch neue Perspektiven. Er stieß uns gern von eingetretenen Pfaden und zwang uns, neue Wege zu beschreiten, um die Erinnerungskultur lebendig und erlebbar zu machen.

Reinhard Egge wollte in dem Ringen um die gute Sache unbequem sein. Mit seinen Ecken und Kanten stieß er häufig an. Das war gut so, denn wer rund läuft, kann keine Spuren hinterlassen. Und Spuren wollte Reinhard Egge hinterlassen.

In unseren Grundschulen hat er maßgeblich zur inhaltlich-methodischen Ausgestaltung eines Spiralcurriculums zum Thema „Stolpersteine Ritterhudes" beigetragen. Damit ist es gelungen, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland nicht nur auf die Sekundarschulen zu beschränken, sondern bereits in der Grundschule zu verankern. Im Mittelpunkt steht dabei die Auseinandersetzung der Kinder mit den Schicksalen jüdischer Familien aus Ritterhude. Reinhard Egge unternahm mit den Viertklässlern Exkursionen zu den geschichtsträchtigen Orten Ritterhudes. Die Weltkriegsdenkmäler, der jüdische Friedhof, das Areal, auf dem die Baracke stand, in der Zwangsarbeiter und Flüchtlinge hausen mussten, und letztlich die Stolpersteine wurden zu lebendigen Lernorten. Er ließ uns teilhaben an den Erinnerungen zahlreicher bereits verstorbener Bürger Ritterhudes, die uns als Zeitzeugen leider verloren gegangen sind.

Reinhard Egge hat uns gelehrt, dass all die schlimmen Dinge, die in unserem Land, auf unserer Erde passiert sind, nie wieder geschehen sollen. Er mahnte uns, dass

Foto: Archiv GFVD

Reinhard Egge (1945 – 2019)

Erinnerungen kostbar sind und niemals in Vergessenheit geraten dürfen.

So wie er für die Schüler und Lehrkräfte in Ritterhude wichtige Spuren hinterlassen hat, wünschen auch wir uns, dass unsere Spuren in Zukunft einmal Werte hinterlassen, auf die wir stolz zurückblicken können und die unsere Welt zu einem Ort machen, an dem sich alle Menschen friedlich und respektvoll begegnen.

Auch heute geschehen Verbrechen an Menschen, die anders aussehen, eine andere Religion oder Kultur haben. Reinhard Egge war es wichtig, dass Kinder Fragen an die Zeit von damals formulieren. Nur so können wir der Vergangenheit Botschaften für die Gegenwart abgewinnen und wachsam sein. Wir können erkennen, dass Freiheit und Recht Werte sind, die geschützt werden müssen. Für Reinhard Egge stand fest: Die Lehre aus den Verbrechen gegen die Menschheit kann nur „Nie wieder!" lauten.

Er hatte einen Feind, wie er häufig sagte. Sein Feind sei die Eintagsfliege. Und so brachte er sich in jedem Jahr mit all seinem Herzblut in die Erinnerungsarbeit mit immer wieder neuen Schülergenerationen ein und hatte in jedem Jahr wieder neue Projektideen im Gepäck.

In einem ersten Projekt an der Haupt- und Realschule Ritterhude zeichnete er gemeinsam mit Schülern die Schicksale von Flüchtlingen und Vertriebenen auf, die 1945 in Ritterhude eine neue Heimat fanden. Die entstandenen Videoaufnahmen sind ein beeindruckendes Zeitdokument.

Ein besonderes Anliegen Reinhard Egges war die Auseinandersetzung mit den Kriegsschicksalen junger Menschen, die in Swinemünde 1945 ihr Leben ließen und auf dem nahe gelegenen Höhenzug Golm ihre letzte Ruhestätte fanden. Mit der dortigen Jugendbegegnungsstätte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nahm er frühzeitig Kontakt auf und initiierte damit ein Friedensprojekt der Haupt- und Realschule Ritterhude, an dem sich bis heute Schülerinnen und Schüler beteiligen. Wichtig war Reinhard Egge dabei nicht der rückwärtsgewandte Blick. Es ging ihm vielmehr darum, mit den Jugendlichen eine Brücke aus der Vergangenheit in die Gegenwart und bis in die Zukunft zu schlagen. Folgerichtig forcierte er den Austausch mit polnischen Schülern und leitete damit einen Perspektivwechsel der deutschen Geschichte für junge deutsche und polnische Menschen ein.

Auch eine Belebung des Volkstrauertages lag ihm am Herzen. Hier setzte Reinhard Egge gemeinsam mit der Haupt- und Realschule Ritterhude völlig neue Akzente. In einer zentralen Feierstunde verband er traditionelle Elemente mit den Erlebnissen der Jugendlichen, die sie auf dem Golm gesammelt und musikalisch verarbeitet hatten: ein Novum in unserer Gemeinde.

Ein besonderes Anliegen war es Reinhard Egge, den geschichtsträchtigen 9. November als Gedenktag in der Gemeinde zu etablieren. Im Mittelpunkt standen dabei die Auseinandersetzungen mit der Reichspogromnacht und der Grenzöffnung. Im vergangenen Jahr stieß er ein Gemeinschaftsprojekt der Grundschulen und der Haupt- und Realschule Ritterhude an, mit dem die Kinder und Jugendlichen zum 30. Jahrestag des Mauerfalls arbeiteten.

Die Schulen in Ritterhude sind Reinhard Egge zu besonderem Dank verpflichtet. Seine Ideen, seine kritische Stimme und sein kompromissloser Einsatz gegen das Vergessen werden uns fehlen. ■

Ralf Willert
(Haupt- und Realschule Ritterhude)
Tanja Jordan
(Grundschule Ihlpohl, Ritterhude)
Sabine Grimmelijkhuizen
(Ganztagsschule Ritterhude)

Hans Georg Glasner erhält Verdienstorden

Der ehemalige Sprecher der RAG Westfalen/Östliches Ruhrgebiet, Hans Georg Glasner, ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Im Auftrag des Bundespräsidenten überreichte die Dortmunder Bürgermeisterin Birgit Jörder ihm im vergangenen Herbst die Ehrennadel. Der ehemalige Lehrer Hans Georg Glasner wurde damit für sein jahrelanges Engagement im Bereich der Erinnerungskultur ausgezeichnet. Seit 2004 ist er Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., 2006 wurde er Regionalsprecher. Seitdem rief er als Organisator, Moderator und Referent zahlreiche Vorträge, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche, Filmvorstellungen, Ausstellungen, Konzerte, Gedenkstättenfahrten und Schülerprojekte mit ins Leben. Er hat es geschafft, verschiedene Kooperationspartner wie die Dortmunder Gedenkstätte Steinwache, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und auch die katholische Kirche zusammenzubringen.

Foto: Stefan Querl

Hans Georg Glasner bei der Verleihung des Verdienstordens im Dortmunder Rathaus.

Über 15 Jahre organisierte er darüber hinaus deutsch-israelische Begegnungen zwischen Dortmunder Jugendlichen und jungen Mitgliedern des Kibbuz Kinneret in Israel. Seit 1985 ist er auch im Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dortmund e. V. aktiv. ■

Stefanie Schöne

Ernst Klein mit Marion-Samuel-Preis geehrt

In feierlichem Rahmen verlieh in Augsburg Ingrid Seinsch den Marion-Samuel-Preis an Ernst Klein aus Volkmarsen bei Kassel. Klein war langjähriger RAG-Sprecher und ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Im Beisein der etwa 70 Gäste aus Politik und Gesellschaft, darunter auch Schüler und 27 junge U21-Fußballspieler des FC Augsburg, überreichte Ingrid Seinsch im Goldenen Saal die mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung. Klein spürte ab 1980 Familien der ermordeten und vertriebenen jüdischen Bürger seiner 7.000-Einwohner-Kleinstadt auf. Dazu schaltete er Zeitungsanzeigen in New York, Buenos Aires und Melbourne, baute Vertrauen und ein weltweites Netzwerk auf. Einfach war es nicht, sagt er. Er erhielt viel Gegenwind. Einige Kunden seines Fensterbaubetriebes entzogen ihm die Aufträge.

1995 gründeten er und seine Frau den Verein „Rückblende – Gegen das Vergessen". Mit Spenden werteten sie den jüdischen Friedhof des Ortes auf und legten 2013 in einem 800 Jahre alten Fachwerkhaus ein 500 Jahre altes Ritualbad frei. Das Haus wurde inzwischen erworben und zu einem überregional beachteten Erinnerungsort mit Ausstellung umgebaut.

Foto: Dr. Christian Gerlinger

Preisträger Ernst Klein mit Ingrid Seinsch (Mitbegründerin der Stiftung Erinnerung), dem Laudator Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar von der Universität Kassel und dem Gastgeber der Preisverleihung im Goldenen Saal des Rathauses: Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Der Augsburger Oberbürgermeister Kurt Gribl fand klare Worte zu wachsendem Rechtsradikalismus und Antisemitismus. „Wir erleben erschreckende, demotivierende und frustrierende Entwicklungen in der Gesellschaft, auch in Augsburg." Der Marion-Samuel-Preis erhalte vor diesem Hintergrund bisher kaum vorstellbare Brisanz. Ingrid Seinsch, deren Mann und Augsburger Ehrenbürger Walter Seinsch nicht an der Feierlichkeit teilnehmen konnte, setzt auf die derzeit in den Straßen protestierende Jugend. Sie ermutigt sie, in der Öffentlichkeit und in den Familien Haltung gegen Rechts zu zeigen. Für emotionale Denkpausen sorgten an diesem Abend Fred Brunner am Klavier und Christian Döss am Saxophon. ■

Der Artikel von **Stefanie Schöne** erschien zuerst in der *Augsburger Allgemeinen* und wurde hier geringfügig angepasst. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit

In einer bundesweit bisher einmaligen Aktion haben sich die Weimarer Kultur- und außerschulischen Bildungseinrichtungen gegen den Versuch einer Einflussnahme auf ihre Bildungsarbeit gestellt. Mitinitiator Eric Wrasse begründete die Veröffentlichung der Weimarer Erklärung damit, dass die Partei Alternative für Deutschland (AfD) seit geraumer Zeit Träger und Programme der politischen Bildung attackiere und diffamiere. Wrasse ist pädagogischer Leiter der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar. Auf der Internetseite *www.weimarer-erklaerung.de* können Organisationen und Einzelpersonen die unten stehende Erklärung unterstützen. Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat Geschäftsführer Dr. Michael Parak sie mitgezeichnet.

Weimarer Erklärung über die Grundlagen und Aufgaben historischer, politischer und kultureller Bildung

Die historische, politische und kulturelle Bildung ist aktuell herausgefordert durch die Behauptung, schulische und außerschulische Bildung unterliege einem „Neutralitätsgebot". Gestellt wird damit die Frage nach den Aufgaben von Bildung in der Demokratie. Als Weimarer Akteure einer demokratischen Bildungsarbeit ist es uns ein Anliegen dazu zu erklären:

Demokratie ist keine wertfreie Veranstaltung

Die Demokratie beruht auf der Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Diesen Grundlagen der Demokratie kann eine demokratische Bildungsarbeit nicht „neutral" gegenüberstehen. Vielmehr ist es die Aufgabe von Bildung in der Demokratie, für demokratische Grundwerte einzutreten und gegen antidemokratische, antipluralistische und menschenfeindliche Positionen Stellung zu beziehen. Ein Neutralitätsgebot, das einem Werterelativismus Vorschub leistet, ist mit einer demokratischen Bildungsarbeit nicht vereinbar.

Demokratische Bildungsarbeit ist überparteilich

Eine demokratische Bildungsarbeit ist der Multiperspektivität bei der Darstellung von historischen und politischen Sachverhalten verpflichtet. Diese Form der Überparteilichkeit ist nicht mit Neutralität zu verwechseln. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, zum selbständigen Denken anzuregen und die Fähigkeit zu fördern, eine eigenständige politische Meinung zu entwickeln und zu vertreten. Dies ist nur möglich, wenn den Menschen in Bildungsveranstaltungen keine politische Meinung aufgedrängt wird, sondern kontroverse Standpunkte zu Wort kommen und Diskussion als ein Prozess der eigenständigen Meinungsbildung begriffen und gefördert wird.

Demokratische Bildungsarbeit basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen

Bildungsarbeit fußt auf wissenschaftlichen Grundlagen. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung müssen sich in der Vermittlung von Wissen und der Auswahl von Deutungsangeboten widerspiegeln. Wissenschaftsfeindliche Positionen sind mit einer demokratischen Bildungsarbeit hingegen unvereinbar. Voraussetzung einer wissenschaftlich fundierten Bildungsarbeit ist die Freiheit der Wissenschaften. Dies bedeutet, dass die Wissenschaft selbst in freier Diskussion und unter Achtung wissenschaftlicher Methoden darüber entscheidet, welche inhaltlichen Positionen als wis-senschaftlich abgesichert gelten und dem aktuellen Forschungsstand entsprechen. Es ist nicht Aufgabe von Politik, über die Wissenschaftlichkeit von Wissenschaft zu entscheiden. Eine Stigmatisierung von Wissenschaft als „unwissenschaftlich" durch die Politik oder gar die Androhung der Kürzung oder Streichung von öffentlichen Geldern aufgrundpolitisch unliebsamer wissenschaftlicher Ergebnisse gefährdet vielmehr die Freiheit von Wissenschaft.

Demokratische Errungenschaften müssen geschützt werden

70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution treten wir dafür ein, dass die demokratischen Errungenschaften unseres Staates geschützt werden. Deshalb stehen wir für eine historische, politische und kulturelle Bildungsarbeit, die einerseits eigenständiges Denken und damit den demokratischen Willensbildungsprozess fördert und andererseits die politischen Konsequenzen demokratiefeindlicher Ideologien und Gesellschaftsentwürfe offenlegt.

Weimar, am 23. Oktober 2019

Prof. Dr. Winfried Speitkamp (Bauhaus-Universität Weimar) • Hasko Weber und Sabine Rühl (Deutsches Nationaltheater und Staatskapelle Weimar GmbH) • Prof. Dr. Michael Dreyer (Haus der Weimarer Republik e. V.) • Prof. Dr. Christoph Stölzl (Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar) • Dr. Ulrike Lorenz (Klassik Stiftung Weimar) • Oberbürgermeister Peter Kleine (Stadt Weimar) • Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Stiftung Ettersberg) • Eric Wrasse und Ina Roßmeisl (Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)) • Prof. Dr. Volkhard Knigge (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora) • Ulrich Dillmann (Volkshochschule Weimar) • Uta Tannhäuser (Weimar-Jena-Akademie Verein für Bildung e. V.)

Ullrich Eidenmüller

Das Forum Recht in Karlsruhe (Sitz) und Leipzig – eine Stiftung für den Rechtsstaat

Eingangs zwei grundlegende Fragen: Muss man zur Erklärung des Rechtsstaats eigens eine Institution schaffen? Und wenn ja: Kann man das Recht überhaupt „ausstellen"? Also:

Wofür braucht man das Forum Recht?
Mit der ersten Frage hat sich jahrelang ein Initiativkreis befasst, der sich in Karlsruhe im privaten Wohnzimmer traf. Die Sorge um die zunehmende Geringschätzung des verlässlichen, freiheitlichen Rechtsstaats als ein fundamentaler Wert unserer Gesellschaft hatte die Frauen und Männer verschiedener Alters- und Berufsgruppen zusammengeführt. Wie kommt es, dass sich Menschen zunehmend von demokratisch vereinbarten Regeln unseres Zusammenlebens abwenden, sie herabsetzen oder gar bekämpfen und so den Boden für Populisten bereiten, die aus diesem Gebräu ihr eigenes Süppchen kochen? Dem darf man nicht tatenlos zusehen. Die Idee zur Einrichtung eines Forum Recht für die Erklärung von Recht, Gerechtigkeit und Rechtsstaat war geboren, nicht zufällig in Karlsruhe, der gewachsenen „Residenz des Rechts" in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Im „Gang nach Karlsruhe" klingt heute die Überzeugung mit, „sein" Recht zu finden.

Große Erschütterungen können große Veränderungen bewirken: Aus der Erfahrung von Diktatur und Krieg gab sich die Bundesrepublik Deutschland in einem radikalen Prozess der Erneuerung 1949 ein vorbildliches Rechtssystem und ein Grundgesetz, in dem die Grundrechte alle Staatsgewalt als unmittelbar geltendes Recht binden. Beinahe 70 Jahre, fast ein ganzes Menschenleben lang, stand deren Bedeutung für den allergrößten Teil der Bevölkerung außer Frage.

Recht und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa in ihrer historischen Dimension, ihrer gegenwärtigen Bedeutung, ihren Gefährdungen und ihren Potenzialen anschaulich zu machen – das ist nun das Ziel des Forum Recht. Vor dem Hintergrund fataler Entwicklungen zuletzt im 20. Jahrhundert, in denen Rechtsstaat und Demokratie mit Füßen getreten wurden, soll an diese Errungenschaften erinnert, ihre Bedeutung für unsere freiheitliche Gesellschaft und unser tägliches Leben dargestellt, für ihre Bewahrung geworben und zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung angeregt werden.

Foto: Uli Deck

Prof. Wolfgang Grether (r., Initiativkreis Forum Recht) erläutert die Pläne für Klaus-Dieter Gröhler (MdB, CDU), Carsten Körber (MdB, CDU) und Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe (v.l.).

Es gelang den Initiatoren des Forums, mit diesem Anliegen Ohr und Unterstützung bei den Fraktionen des Bundestags zu gewinnen. Eine vom Bundestag finanzierte Machbarkeitsstudie für das Forum Recht zeigte dessen Potenzial und die nötigen Weichenstellungen für eine Realisierung auf. Auf dieser Basis fasste der Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen außer der AfD im März 2019 den Beschluss, „unter dem Namen ‚Stiftung Forum Recht' eine bundesunmittelbare Stiftung mit Sitz in Karlsruhe" einzurichten. „Die Stiftung richtet einen Standort in Leipzig ein."

Das Forum Recht erhält einen zweiten Standort in Leipzig. Der Grund dafür erklärt sich schnell: Vor allem mit dieser Stadt verbindet man die Friedliche Revolution, mit der 1989 das sozialistische Regime überwunden und der Rechtsstaat in den östlichen Ländern Deutschlands etabliert wurde. 40 Jahre deutsche Teilung haben die West- und Ostdeutschen unterschiedlich geprägt. Jede Beschäftigung mit der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland muss diesem Aspekt Rechnung tragen und erfordert auch eine auf die Besonderheiten der ostdeutschen Vergangenheit und Gegenwart zugeschnittene, spezielle Betrachtung.

Was geschieht im Forum Recht?
Nachdem nun die eingangs gestellte erste Frage, ob man zur Erklärung des Rechtsstaats eine Institution schaffen sollte, mit Ja beantwortet worden ist, stellt sich die Frage nach der Umsetzung, nach dem Wie.

Daran arbeitet die Stiftung nun für die beiden Standorte Karlsruhe und Leipzig. Die Aufgabe ist ebenso faszinierend wie herausfordernd. Denn die Akteure betreten Neuland. Weltweit finden sich wenige vergleichbare Einrichtungen, die »

Foto: Forum Recht

Auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe, an der Ecke Herrenstraße und Kriegsstraße, soll das Forum Recht entstehen – unter Einbeziehung des sogenannten Saalbaus. In diesem Flachbau befindet sich der alte, abhörsichere und mittlerweile unter Denkmalschutz stehende Sitzungssaal des Bundesgerichtshofs, in dem – unter anderem in RAF-Prozessen – Nachkriegsgeschichte geschrieben wurde.

» sich so mit Recht beschäftigen, darunter das „Canadian Museum for Human Rights" in Winnipeg und das Museum für die „Derechos Humanos" in Santiago de Chile. Ein nationales Forum Recht in Deutschland als erste vergleichbare Einrichtung in Europa sollte auch deshalb eine über unsere Grenzen hinausreichende Strahlkraft erreichen.

Gegen die Geringschätzung oder gar Diffamierung des Rechtsstaats und für eine erneute Wertschätzung des Rechts und seiner Institutionen lässt sich nicht mit kurzfristigen Aktionen, Angriffen oder gesellschaftlicher Ausgrenzung agieren. Zentral ist ein partizipatorischer Ansatz des Konzepts. Das Forum Recht muss einen Diskurs zwischen gesellschaftlichen Gruppen auf vielen Kanälen ermöglichen. Ein solcher Diskurs ist ein langfristiger Prozess, der ständig neu auch von uns selbst mit ausgehandelt wird.

Das Forum Recht kann und wird deshalb kein Museum üblicher Prägung sein. An beiden Standorten muss neben den Ausstellungs- und Dokumentationsbereichen vor allem ein lebendiger Kommunikationsort entstehen, der interaktiv bespielt wird. Den Weg dazu weisen die vorliegenden Machbarkeitsstudien.

Vor allem aber muss das Forum Recht aus den Mauern herausgehen. Auf zwei Wegen. Einmal, indem es alle Medien nutzt und bedient, in denen die Gesellschaft heute kommuniziert. Und zum anderen, indem die prägenden Gedanken und Ziele in alle Verästelungen der Zivilgesellschaft getragen werden. Auf die Straße und in die Vereine, in kulturelle und soziale Organisationen, in Stadt- und Ortsteile, in Jugendclubs und an die Stammtische. Und zwar nicht nur an den beiden Standorten des Forum Recht, sondern in allen Städten und Gemeinden unseres Landes.

Das ist trotz des großen und motivierenden Themas eine nicht geringe Herausforderung. Die Initiatoren in Karlsruhe haben sich aber bereits auf den Weg gemacht. Hier finden Lesungen, Ausstellungen, Installationen statt; hier beteiligen sich die großen und kleinen kulturellen Organisationen mit Theateraufführungen, Erzählplattformen und Diskussionsrunden am Diskurs über Recht, Gerechtigkeit und Rechtsstaat; hier hat das Thema bereits einen Identifikationsort mit dem „Café Grundrechte" als Begegnungsort für jedermann und zugleich offenem Veranstaltungsort für alle örtlichen Organisationen von der Schülerakademie bis zur Kriegsgräberfürsorge. Die Stadt selbst und ihr Gemeinderat sind im Boot und fokussieren ihre eigenen Konzepte auf das große Thema.

Der in Karlsruhe entstandene gemeinnützige Förderverein Forum Recht, der mittlerweile auch die Initiatoren des Standorts Leipzig integriert hat, richtet seinen Blick, nachdem die Grundsatzentscheidung im Bundestag gefallen ist, nun zunehmend auf die Kommunikation über die sogenannten sozialen Medien. Über die Neuen Medien sollen die Kommunikationsstränge zu den tagesaktuellen Themen aufgebaut werden.

Der Förderverein ist derzeit, bis sich die Gremien der Stiftung Forum Recht insgesamt gebildet haben, die Gründungsdirektoren ausgeschrieben und gefunden und der Prozess zur Errichtung der Bauten eingeleitet wird, so etwas wie der operative Arm des Forum Recht.

So wachsen an den Standorten Karlsruhe und Leipzig Orte, um deutsches, europäisches und internationales Recht mit allen Gruppen der Gesellschaft zu reflektieren. Was in Karlsruhe auf Basis der langjährigen Befassung mit dem Thema bereits auf den Weg gebracht wurde, kann und sollte eine Blaupause für andere Städte und Gemeinden sein. Der Weg vom Wohnzimmer in die Herzen der Bevölkerung ist weit – aber „alternativlos". Er braucht Unterstützung. Von allen. ■

Ullrich Eidenmüller war langjähriger Bürgermeister in Karlsruhe und ist Vorsitzender des Fördervereins Forum Recht.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Die Demokratie auf der Kippe?

Von Aufbruch und Abbruch und allen „Frakturen“ dazwischen

„Die Übernahme“ – deutlicher, bestimmter, böser kann ein Buchtitel kaum klingen, auch wenn die Unterzeile neutraler daherzukommen scheint: „Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde.“ Ilko-Sascha Kowalczuk, der Autor dieses Essays, ist ein „ostdeutscher Historiker“, wie vom Verlag auf der Buchrückseite ausdrücklich festgehalten wird, 30 Jahre nach dem Mauerfall wohlgemerkt. 1967 in Berlin-Friedrichshagen geboren, gehörte er zu den ganz Jungen damals, 1989: „Für mich zählte nur Freiheit, Freiheit, Freiheit. Endlich war sie da. Selbst errungen, nicht geschenkt bekommen. Es war das tiefste Glücksgefühl, das ich je hatte, die errungene Freiheit 1989/1990.“ Und dieses Gefühl war immer zu spüren in all seinen kritischen Veröffentlichungen später zur DDR-Geschichte und bei seiner außergewöhnlichen, oft schonungslosen Offenheit.

Da scheint sich etwas verändert zu haben inzwischen. Kowalczuk nennt die Zeit: ab 2007, und den Anlass: die Finanz- und Bankenkrise. „Ich bemerkte, dass das Vokabular, das sich durch meine Sozialisation in der DDR für immer und ewig kontaminiert anfühlte, (…) immer nützlicher und treffender erschien. Begrifflichkeiten wie Kapitalismus, Imperialismus, Finanzkapital, ‚Heuschrecken‘, systembedingte soziale Ungerechtigkeit, Basis und Überbau, Klasse, Ausbeutung und Verelendung klangen plötzlich nicht mehr wie von gestern, wie Worthülsen, die nur den politischen Standort markieren sollten, sondern wieder wie nützliche Hilfsmittel, um die gesellschaftliche Gegenwart zu analysieren.“ Die Folgen: Sein wunderbar locker-lesbarer Stil ist unverändert, nur seine Offenheit scheint deutlich eingeschränkter jetzt. Schade.

„Die Übernahme“: Natürlich gibt es bei einer „Übernahme“ Sieger und Besiegte, also ran an die Schubladen, hier Westler und da Ostler. Und das von Anfang an, am Beispiel: Besser-Wessis gen Osten, „Buschzulage“ inklusive und Karrieren im Blick. Ausnahmen? Wenn Sie denn welche kennen... Die andere Seite, ein ganz anderes Exempel: Jung-dynamische Ostler gen Westen, sie wollen Freiheit leben, sofort. Erfolgreich später? Aber ja, Sie kennen viele inzwischen ...

Wer Ostdeutscher war oder ist, damals wie heute, das wird sorgsam, clever und klug auseinanderklamüsert. Auch für eine ganze Reihe anderer Ost-Themen der vergangenen Jahrzehnte nimmt sich Kowalczuk angemessen Zeit: Der „Eliten-austausch“ vor allem an den Universitäten gehört ebenso dazu wie der Umgang mit der Kunst und den Künstlern aus der DDR, als Musterbeispiele völlig zu Recht Stefan Heym und Christa Wolf, extrem hier die westliche Arroganz, fatal begleitet von schamloser Ignoranz. Mit den öffentlich-rechtlichen Medien in Ostdeutschland hat unser Autor es dagegen nicht so, etwas intensiveres Nachfragen hätte gutgetan. Oder Arnulf Baring als Dauergast in sämtlichen West-Talkshows-West mit seinen knörig verkündeten schrillen Warnungen vor einer zukünftigen „Ver-Ostung“, „Verwahrlosung“ oder „Proletarisierung“ der Bundesrepublik: der intellektuelle Maßstab West für die Wende- und Nachwendezeit? Wohl nicht.

Antisemitismus, Nationalismus oder Rassismus = Fremdenfeindlichkeit in der DDR, in einem Land fast ohne Zuwanderer, und in der Fortsetzung jetzt in den längst nicht mehr ganz frischen Bundesländern Ost: Hier wird nichts unter den Teppich gekehrt, ganz im Gegenteil. Der Osten heute, noch immer ohne wirkliche Zivilgesellschaft; der Osten heute als ein „Labor der Globalisierung“, Schattenseiten inklusive; der Osten heute dem Westen politisch und/oder gesellschaftspolitisch immer um ein paar »

Ilko-Sascha Kowalczuk
Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde

Verlag C.H. Beck, München 2019
Taschenbuch, 319 Seiten
ISBN 978-3-406-74020-6 • 16,95 €

» Schritte voraus, nicht nur in Sachen Populismus. Kowalczuks Bilanz: „Ostdeutschland ging einen Weg, der sich noch immer politisch, ökonomisch, kulturell, trotz einiger beidseitiger Angleichungen zwischen West und Ost, erheblich vom Rest der Republik unterscheidet. Die Demokratie steht hier mehr auf der Kippe als anderswo."
Und jetzt? Ilko-Sascha Kowalczuk lässt uns etwas ratlos zurück.

„Wir können auch anders"

Sie hätten ihnen begegnen können 1993: Rudi Kipp, genannt Kipp, und Moritz Kipp, genannt Most. Jung und fein mit Schlips und Kragen (zumindest anfangs): Kipp. Mit bräunlichem Cordhut, ausgewaschenem graugrünen Bauernhemd, Hosenträgern und Cordhose: Most. Beide können nicht lesen, beide können nicht schreiben, dafür redet Kipp viel, während Most meistens schweigt und guckt. Unterwegs sind sie mit einem uralten Hanomag in Himmelblau (ursprünglich), auf der Ladefläche einen Kranz für Oma – nicht nur weil Oma gestorben ist, sondern auch, weil Oma ihnen beiden ihren sogenannten Gutshof ganz oben Richtung Ostseeküste, also im Nordosten Deutschlands vermacht hat.

Frage: Wie kommt man dahin, wenn man nicht lesen kann, also auch keine Straßenschilder? Wenn man von einer Kalaschnikow bedroht und von Nadine auch noch abgelenkt wird? Und wenn der Regisseur dieses frühen einheitsdeutschen Filmchens Detlev Buck heißt und die noch jungen Joachim Król, Horst Krause und Sophie Rois die unverkrampften deutschen, westlichen, östlichen Hauptdarsteller geben?

Diese leicht schrille, völlig schräge, galgenhumorige Komödie ist in allerbester Erinnerung geblieben. Nicht zuletzt deshalb hat sich 30 Jahre nach dem Mauerfall der Schauspieler Joachim Król wieder auf den Weg gemacht. Und der Reporter Lucas Vogelsang ist mitgefahren als sorgsamer Chronist: über 1.000 Kilometer vom Ruhrpott bis zur Ostsee, konkret: von Bochum bis Boltenhagen. Wunderbare „Schtories" von anno dunnemals haben sie aufgetan: den fast nur per Gewohnheitsrecht geregelten „Abbau grenzüberschreitender Braunkohlevorkommen" mit problemlosem Durchgang im Grenzzaun; die versteinerten Grenzkontrollen „freund- und feindwärts" an der Autobahn in Marienborn; die Transit-Raststätte, der ewige Ost-West-Treffpunkt Michendorf mit seiner „Gemütlichkeit", den „vorsichtigen Sätzen" zwischen Verwandten oder Freunden für ein, zwei Stunden – Michendorf mit seiner Offenheit und seinen Heimlichkeiten und der Staatssicherheit „im Schichtdienst" als Dauerbegleiter aller Reisenden und ihrer Familientreffen. Und Boltenhagen dann, das Meer: „Platz für Gedanken".

Joachim Król fragt präzise, sachlich, nachdenklich. Lucas Vogelsang macht Notizen, er kann wunderbar schreiben, hier klingt nichts nach Schmu oder Schmus. Und die Zeitzeugen lassen sich darauf ein, alle ernsthaft und keine Ausreden, kein Verschweigen. Als Joachim Król und Horst Krause sich wiedertreffen, da ist es ein bisschen wie damals, ein bisschen wie Film: „Ost oder West", sagt Horst Krause irgendwann, „das war doch kein Verdienst. Du hattest einfach nur Glück oder eben das Pech, eine andere Besatzung zu haben, ein anderes System. Der eine schwamm in Süßwasser, der andere in Salzwasser, aber strampeln mussten doch beide." Und zwischendurch brummelt er lachend vor sich hin, stelle ich mir vor, und Joachim Król lächelt dazu. Ja, so ungefähr könnte es gehen in Deutschland …

Die frakturierte Gesellschaft

Ein Satz von Eugen Ruge gibt gleich zu Beginn die Richtung vor, er ist als Motto vorangestellt: „Ich hänge nicht an diesem Land, aber es ist verdammt schwer, es loszuwerden." Ein zweiter Satz des Autors Steffen Mau selbst zieht fast ganz am Ende seiner Studie Bilanz: „Was die ostdeutsche Gesellschaft war und wie sie wurde, gehört untrennbar zusammen." Beide Sätze klingen heftig. Sie sind unbequem und bleiben haften.

Steffen Mau, Jahrgang 1968, ist in der DDR, in der Bezirksstadt Rostock aufgewachsen, im damals gerade errichteten Neubaugebiet „Lütten Klein" = „Kleiner Ahorn" (aus dem Wendischen). Die aktuelle Konsequenz für den Soziologen heute: „Lütten Klein ist mein Fenster zur Beobachtung des sozialen Wandels in Ostdeutschland, öffnet mir einen Erfahrungsraum und den Zugang zum Erleben aus erster Hand, alle Risiken der Zeitzeugenschaft, der Subjektivität und der Verwendung des Wörtchens ‚ich' inklusive." So lassen sich die „Frakturen der Gesellschaft", die offenen wie die verborgenen, doppelt belegen: in der Form wissenschaftlicher Statistiken und Analysen sowie als Teil der eigenen Lebenserfahrung – „Distanz" und „Nähe".

Dabei nimmt sich der Makrosoziologe Steffen Mau schon sprachlich, aber auch inhaltlich deutlicher zurück als der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk. Besonders fällt auf: Mau „schubladisiert", wie es in der Schweiz passend heißt, weder seine ostdeutschen Landsleute in Sachen Rostock-Lichtenhagen zum Beispiel, noch die westdeutschen Zuzügler nach 1989 als nur arrogante wie ignorante neue Elite Ost. Auch er nennt Arnulf Baring – aber als extreme Ausnahme in westdeutschen Talkshows.

Apropos: An der damals (und oft bis heute) aktuellen Zustandsbeschreibung ändert diese Zurückhaltung im Grundsatz nichts:

Lucas Vogelsang/Joachim Król
Was wollen die denn hier? Deutsche Grenzerfahrungen

Rowohlt Verlag, Hamburg 2019
Gebundene Ausgabe, 272 Seiten
ISBN 978-3-498-07071-7 • 20,00 €

„In einem Akt kollektiver Einwanderung migrierten die Ostdeutschen en bloc in die Bundesrepublik, ohne dabei ihr angestammtes Territorium verlassen zu müssen. Sie wurden einfach eingemeindet – man könnte auch sagen: Die BRD hat sie sich einverleibt." Oder diese Zwischenbilanz, die wirtschaftliche: „Die Einführung der Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR glich einem gesellschaftlichen Tsunami." Und dann wenig später: „Diese Prozesse mögen – glaubt man dem Mantra vieler Wirtschaftswissenschaftler – ökonomisch unvermeidbar gewesen sein, sozial haben sie Frakturen hinterlassen, welche die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderung auch heute noch beschränken."

Nein, auch Steffen Mau hat keine unkomplizierten Reparaturempfehlungen zur Hand. Auch er hat keine Medizin griffbereit gegen wechselseitige Fehler und gesamtdeutsche Versäumnisse und mutwillig herbeigeführte Frakturen auf beiden Seiten in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Etwas „Schmierstoff der Anerkennung" reiche ebenso wenig wie verordnete Gesprächstherapien für Ost mit West oder für West mit Ost. Das bittere Fazit: „Die Frakturen sitzen tiefer, sie betreffen das, was die Gesellschaft als Ganzes ausmacht."
Nein, beruhigend ist dieser Schlusssatz nicht, kein bisschen. Und nun?

„Abschied vom Abstieg"

Schnell zurück in die beiden gemütlichen deutschen Kuschelecken, wenn wir denn schon keine gemeinsame, also gesamtdeutsche haben? Das wird nichts werden mit unserer Rückkehr in die wohlige Behaglichkeit, spätestens bei den nächsten Nachrichten sind alle Bedenken, mögliche Gefahren oder unwägbare Risiken wieder im Kopf und auch manche Ängste im Bauch. Es ist richtig: Den meisten von uns geht es persönlich wirtschaftlich gut, jede Umfrage und jede Statistik belegen das. Doch die gesellschaftliche Grundstimmung in Deutschland, in Europa: wirtschaftlich, kulturell, politisch in der Gegenwart und für die Zukunft? Negativ. Linke „Abstiegsängste" hier, rechte „Niedergangs- und Untergangsprophezeiungen" dort, so umschreiben Marina und Herfried Münkler die Lage in ihrem neuesten gemeinsamen Buch „Abschied vom Abstieg". Hier sind die deutsch-deutschen Verhältnisse der vergangenen Jahre seit 1989, die Euro- und die Flüchtlingskrise längst „eingepreist". Es geht um mehr, um alles eigentlich: um unsere gemeinsame Zukunft und gegen den populären oder populistischen Alarmismus, um den (nicht nur sozialen) Zusammenhalt der Gesellschaft, um einen wieder gemeinsamen politischen Diskurs, um das Überleben der politischen Mitte oder gegen den schleichenden Zerfall unserer Demokratie, allen Populisten und ihren Steigbügelhaltern zum Trotz.

Marina Münkler, Literaturwissenschaftlerin an der TU Dresden, und Herfried Münkler, seit 2018 emeritierter Politikwissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität, beschreiben schonungslos offen die politische Gegenwart Deutschlands mit dem Zerbröseln der großen Volksparteien, dem Aufstieg der (Rechts-)Populisten, dem Schwinden des beruhigenden Fortschrittsglaubens, dem Wachsen von Wut und Angst und denkbar leicht zu instrumentalisierender Hoffnungslosigkeit. Sie analysieren Abstiegsängste und Niedergangsprognosen, nehmen sich hier die Unterschiede vor zwischen Stadt und Land, leisten sich kleine hochspannende Exkurse zu den aktuellen, längst nicht nur literarischen Visionen eines Michel Houellebecq, zu den historischen Ausfällen eines Oswald Spengler, zu den diffusen Thesen eines Thilo Sarrazin, zu Fakten und Fake News und anderen Unwägbarkeiten oder Krisensymptomen hierzulande (und dann europaweit).

Drei große Kapitel folgen: Bildung, vor allem Bildung für alle als Überlebens- und Zukunftschance; die liberale Demokratie und ihre Erneuerung, ihre Stärkung; und zum Abschluss „Deutschland, Europa und die neue Weltordnung". Und für alle drei Kapitel gilt: Hier sammeln die Münklers Schritt für Schritt und völlig unaufgeregt die einzelnen Bausteine zu ihrer „Agenda für Deutschland" – übrigens auch für Deutschlands zukünftige Rolle in Europa, die hier als erklecklich machtvoller definiert und prophezeit wird, als wir uns das bisher gemeinhin vorstellen. Eine rein rhetorische Frage gibt's als fast neutrale Überschrift dazu: „Warum Deutschland den Zusammenhalt Europas sichern muss."

Für die Zukunft Deutschlands holen Marina und Herfried Münkler einen längst vergessenen, wunderbar altmodischen Begriff aus der Versenkung in die kommunale, die regionale Gegenwart zurück: das „Gemeinwohl". Die bloße Aufforderung, sich endlich wieder zu engagieren, reicht offensichtlich nicht mehr aus für eine Rückkehr aus unseren Schmoll- oder Meckerecken zurück in die Mitte. Die Münklers schlagen mit Berufung auf Aristoteles Bürgerkomitees vor Ort vor, für die niemand aufgestellt und niemand gewählt wird: Allein das Los entscheidet. So hat jeder die Chance und die Pflicht, sich zu engagieren und auf Zeit zu arbeiten für das Gemeinwohl, und das in Bereichen, die auch ihn selbst betreffen.

Dass Marina und Herfried Münkler unter dem Stichwort „Bildung für alle" das eingliedrige Bildungssystem der DDR (natürlich abzüglich seiner gesellschaftspolitischen Indoktrinationen!) aus dem inzwischen ziemlich angestaubten Geschichtskoffer kramen und zu einem diskussionswürdigen Mosaikstein ihrer „Agenda für Deutschland" machen, regt heftiges Nachdenken an – ihre Plädoyers für »

Steffen Mau
Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft

Suhrkamp Verlag, Berlin 2019
Gebundene Ausgabe, 284 Seiten
ISBN 978-3-518-42894-8 • 22,00 €

» „eine massive Verkleinerung der Klassen“ oder für den Ersatz von „Chancengleichheit“ durch „Bildungsgerechtigkeit“ lesen sich dagegen wie pure Selbstverständlichkeiten, die seit Jahren (seit Jahrzehnten?) in jedes Parteiprogramm gehört hätten. Oder wurden sie nur nicht umgesetzt?

Und schnell noch eine ganz besondere europäische Überraschung zum Schluss: Niemand solle sich das zukünftige Europa in Dauerzuständen der „Agonie“ oder des „Zerfalls“ oder der „Spaltung“ vorstellen. Und niemand könne beim gegenwärtigen Zustand Europas einer weiteren Ausdehnung, also einer „Überdehnung“ der EU guten Gewissens zustimmen. Und die Folge beider Thesen? Deutschland sei nicht nur aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seines „demographischen Übergewichts“ die einzige Kraft, die den Fortbestand der EU über Reformen begleiten und dann garantieren könne und müsse – ein Zurück in die 1950er Jahre und folgende gibt es nicht. Und das heißt dann wohl auch:
Ganz schnell sollten wir uns an die herrlich optimistische Bilanz von Marina und Herfried Münkler gewöhnen in Deutschland und in Europa: „Der Abschied vom Abstieg gründet sich auf Zuversicht und Zukunftswillen – beides knappe Ressourcen. Wehleidiges Niedergangsgerede, aufgeregter Alarmismus und populistische Invektiven zehren Zuversicht und Zukunftswillen auf. Wer sich vom Abstieg verabschieden will, ist auf beides zwingend angewiesen.“

Kultur und andere Neurosen

Der erste Blick fällt auf dieses modernistische Titelbild, auf einen stark angegrünten, gerade noch romantischen „Watzmann“ (1825) von Caspar David Friedrich. Der zweite entdeckt darüber in weißen Großbuchstaben die schlagzeilenträchtige Volksliedzeile „Kein schöner Land“: 1840 als „Abendlied“ erstmals publiziert von Anton Wilhelm Florentin von Zuccalmaglio, selbiger hoch gelobt von Johannes Brahms, denn: „Hier weht frisches poetisches Leben.“ Und der dritte Blick kann sich von den etwas kleineren, heftig und fatal rötlich glitzernden Großbuchstaben kaum trennen: „Angriff der Acht auf die deutsche Gegenwart“ ist da zu lesen.

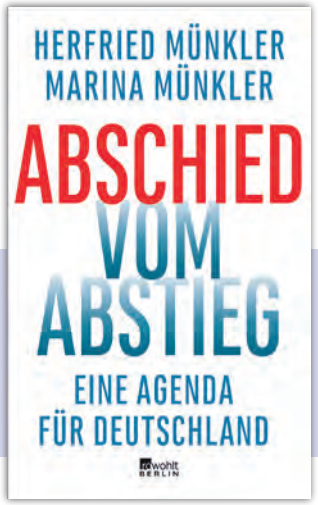
Es sind vier Frauen und vier Männer, alle in den 1980er Jahren geboren, alle haben es mit der Kultur zu tun, mit der deutschen Kultur und ihren Schubladen Essen, Mode, Theater, Literatur, Politik, Kunst, Popmusik oder Film und Fernsehen. Sie sind „Experten“, verrät der Verlag, fachkundig also, und „unabhängige Geister“. Und sie haben sich getroffen „in dem Sonnendunst eines ersten, schönen Junitages“, wie ihn schon 1902 Thomas Mann beschrieben hat in seiner kleinen Erzählung „Gladius Dei“, damals, als „München leuchtete“ plus „Vogelgeschwätz und heimlicher Jubel über allen Gassen…“ Und genau hier in dieser satten, gediegenen, wenig aufreizenden Atmosphäre an der Isar verabreden vier Frauen und vier Männer einen sauber getrennten und doch gemeinsamen Angriff auf die deutsche Gegenwartskultur?

Ein dreiviertel Jahr später, Anfang März treffen sie sich wieder, in Berlin diesmal, am Savignyplatz. Sie haben geliefert: Leander Steinkopf lässt seinen Frust an unserer „selbstgenügsamen“ Gemütlichkeit aus, barbarisch verkörpert von einem Stückchen Fleisch „mit seiner Panade in Fertigsoße“, diesem deutschen Ideal: „Man isst still sein Jägerschnitzel, ist glücklich mit sich und lässt die anderen in Ruhe.“ Katharina Herrmann hat es mit der Literatur, doch sie kommt fast ganz ohne aus, weil sie sich blitzschnell verheddert in den Höhen oder besser Tiefen des Literaturbetriebs. Ihr bleibt schließlich nur festzuhalten: „Der Literatur ist die Krise egal, die Krise betrifft die Instanzen des Literaturbetriebs. Die Literatur dagegen erfreut sich vielerorts bester Gesundheit und lässt schön grüßen.“ Und Simon Strauß, der Theaterkritiker, kommt nur schwer bis gar nicht raus aus den Theatersitzen, gerade noch bei der Berliner Volksbühne und den Münchner Kammerspielen, aber im Maxim Gorki Theater Berlin als Maßstab deutscher Bühnenkunst bleibt er dann endgültig hängen. Ganz am Schluss gilt dieser rasante Appell: „Geht ins Theater. Macht Euch die Mühe. (…) Und wenn Ihr's nicht könnt, nichts fühlt, kalt bleibt und unbesorgt, dann stehlt Euch davon. Aber sagt nicht, das Theater sei abgebraucht, abgebraucht seid Ihr selber!“

In Sachen Kunst fällt Annekathrin Kohout herrlich aus der Rolle. Ihre frech-fröhlichen Abschweifungen über deutsche Grenzen hinaus und ihre klaren, präzisen Urteile, das ist Genuss pur. Gern ausführlicher, immer! Und Noemi Schneiders notgedrungen viel zu kurzer Film- und Fernsehdiskurs macht Lust auf viel mehr, auch wenn partiell nicht leicht zu verdauen. Doch nehmen Sie Noemi Schneider ruhig wörtlich, „denn Kunst kommt von Kontern, das habe ich von Herbert Achternbusch gelernt und von Cristiano Ronaldo.“ ■

Steinkopf, Tran, Strauß, Herrmann, Haffert, Kohout, Gerhardt, Schneider
Kein schöner Land. Angriff der Acht auf die deutsche Gegenwart
Verlag C.H. Beck, München 2019
Gebundene Ausgabe, 336 Seiten
ISBN: 978-3-406-73997-2 • 18,00 €

Herfried Münkler/Marina Münkler
Abschied vom Abstieg.
Eine Agenda für Deutschland
Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2019
Gebundene Ausgabe, 512 Seiten
IISBN 978-3-7371-0060-1 • 24,00 €



Vor dem Vergessen bewahrt – Über das Schicksal inhaftierter Gewerkschafter im KZ Osthofen

Barbara Distel

86 Jahre nach Eröffnung des frühen Konzentrationslagers Osthofen im Frühjahr 1933, das als einziges staatliches Konzentrationslager des damaligen Landes Hessen-Darmstadt bis Juli 1934 bestand, ist ein umfangreiches biografisches Handbuch zu den dort inhaftierten Gewerkschaftern erschienen. Es ist der achte Band der Reihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration" unter Mitarbeit der Gedenkstätte KZ Osthofen.

Angelika Arenz-Morch beginnt in dem Band mit einer Einführung zur Geschichte des Konzentrationslagers Osthofen. Sie forscht seit vielen Jahren zu diesem Thema und sammelt für das Archiv der Gedenkstätte KZ Osthofen Quellen. Der Mitherausgeber der Buchreihe Siegfried Mielke skizziert anschließend die Geschichte und Bedeutung der in Osthofen inhaftierten Gewerkschafter als Gruppe der Häftlingsgesellschaft. Es folgen 58 Lebensläufe von Gewerkschaftsfunktionären, die im KZ Osthofen eingesperrt waren. Sie wurden von 25 Autoren und Autorinnen erarbeitet.

Ist man zunächst versucht, das Handbuch als eine Fleißarbeit von eher landeshistorischem Interesse einzuordnen, so vermittelt die Lektüre der Lebensgeschichten der widerständigen Gewerkschafter Hessens ein komplexes Bild einer Personengruppe, die exemplarisch für den linken Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur steht und die bisher trotzdem keine ausführliche öffentliche Beachtung fand.

Mehr Daten über die Lebensläufe

Bei Kurzbiografien von Protagonisten der NS-Geschichte, die in früheren Jahren erschienen sind, standen zumeist die Geschehnisse während der Jahre 1933 bis 1945 im Vordergrund. Inzwischen ist es jedoch üblich geworden, die gesamte Lebensgeschichte in den Blick zu nehmen. Dies haben neue Methoden der Digitalisierung ermöglicht, die Sammlung und Forschung sowie Dokumenten- und Informationsaustausch zwischen zeitgeschichtlichen Archiven auf zuvor nicht vorstellbare Weise verbessert und vereinfacht haben. Das Konzentrationslager Osthofen bestand nur 16 Monate und markiert den Beginn des nationalsozialistischen KZ-Terrors in Hessen. Deshalb ist das weitere Schicksal der dort Inhaftierten für eine Gesamteinordnung von besonderer Bedeutung. Siegfried Mielke bezeichnet die hier gesammelten Biografien als „Zwischenbilanz, die Elemente einer kollektiven Biografie verfolgter Gewerkschaftsfunktionäre im frühen KZ Osthofen bündelt". Altersstruktur, Ausbildung, Berufsausübung, politische Mandate werden ebenso klassifiziert wie Parteizugehörigkeit, Rolle und Bedeutung der einzelnen Berufsgruppen. Die unterschiedliche, nach Parteivorgaben organisierte Widerstandstätigkeit der Vertreter der gespaltenen Arbeiterbewegung wird verdeutlicht, schließlich das politische Engagement der Überlebenden nach 1945 gewürdigt.

Sechs der 58 im Konzentrationslager Osthofen inhaftierten Gewerkschaftsfunktionäre haben die Diktatur nicht überlebt. Die Mehrzahl der Überlebenden hat sich nach 1945 beim Wiederaufbau der Gewerkschaften, aber auch in den neu gegründeten Parteien in Kommunal- und Landesparlamenten politisch engagiert.

Bekannte und unbekannte Namen

Die einzelnen Biografien sind unterschiedlich lang, je nach Quellenlage und überlieferter Erinnerung. Dem wohl bekanntesten Osthofener Häftling, Carlo Mierendorff, widmet der Historiker Axel Ulrich einen der umfangreichsten Beiträge des Handbuches. Mierendorff, einer der wenigen Gewerkschafter, die dem bürgerlichen Milieu entstammten, schloss sich früh der SPD an und begann seine berufliche Laufbahn als Mitarbeiter des Hauptvorstandes des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, bevor er 1928 als Pressechef des damaligen hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner gegen den erstarkenden Nationalsozialismus arbeitete. Im Juni 1933 wurde er verhaftet und nach seiner Entlassung aus Osthofen unmittelbar ins Emslandlager Börgermoor, dann ins KZ Lichtenburg und von dort nach Buchenwald weitergeschickt, bevor er im Februar 1938 nach fast fünfjähriger KZ-Haft entlassen wurde. Trotz darauffolgender Überwachung durch die Gestapo nahm Mierendorff schnell Kontakt zu Widerstandsgruppen auf. Unter anderem gehörte er dem Kreisauer Kreis an. Am 4. Dezember 1943 kam Mierendorff bei einem Luftangriff ums Leben.

Aber auch unbekannt gebliebene Gewerkschaftsfunktionäre, zu deren Lebensweg kaum Quellenmaterial erhalten ist, werden gewürdigt und somit vor dem Vergessen bewahrt. Zu ihnen gehört der 1878 in Worms geborene Philipp Bangert, der als Vertreter des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter bereits am 31. Januar 1933 zum ersten Mal verhaftet wurde und bei darauffolgenden Verhaftungen auch nach Osthofen kam. Er starb im Jahr 1939.

Aufgrund der kurzen Bestandszeit des Konzentrationslagers Osthofen kam dort kein Häftling zu Tode. Doch die Leidensgeschichten der Gewerkschaftsfunktionäre endeten nicht mit ihrer Entlassung aus dem KZ. Zunächst drohten weitere Überwachung, Arbeitslosigkeit, Exil, Absturz in Armut und soziales Elend. Bei erneuter Widerstandstätigkeit drohten Verhaftung und Einweisung in ein Konzentrationslager, im schlimmsten Fall die Todesstrafe. Während des Krieges folgten Zwangsrekrutierungen, oftmals in eines der berüchtigten Strafbataillone mit anschließender Kriegsgefangenschaft.

So ist es umso erstaunlicher, dass sich die überwiegende Zahl der überlebenden Gewerkschaftsfunktionäre ungeachtet ihrer gesundheitlichen Schäden und ihrer oft desolaten wirtschaftlichen Lage rasch am Aufbau eines demokratischen Deutschlands beteiligte und sich in den neu gegründeten Parteien, Gewerkschaftsverbänden und Parlamenten engagierte. Nicht wenige starben im Laufe der ersten Jahre nach Kriegsende an den Folgen von »

» Haft und Verfolgung. Ehemals kommunistische Funktionäre gerieten schnell ins politische Abseits.

Als das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 1991 nach langjährigen Bemühungen der Überlebenden zusammen mit jüngeren Mitstreitern schließlich das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Osthofen erwarb, um eine Gedenkstätte zu schaffen, lebten nur noch drei ehemalige Osthofener Häftlinge, die als Gewerkschaftsfunktionäre dorthin verschleppt worden waren.

Das biografische Handbuch bietet eine praktische Hilfestellung für die heutige Geschichtsvermittlung an der Gedenkstätte Osthofen und eine angemessene Form, an diese bisher vernachlässigte Opfergruppe zu erinnern. Es wäre zu wünschen, dass andere Bundesländer sich diese Forschungsleistung zum Vorbild nehmen. ■

Barbara Distel war von 1975 bis 2008 Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Angelika Arenz-Morch/Stefan Heinz (Hg.)
Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34.
Biografisches Handbuch
Metropol-Verlag, Berlin 2019
Taschenbuch, 602 Seiten
ISBN 978-3-86331-439-2 • 34,00 €

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG
demokratiegeschichten.de

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Ehrenvorsitzender des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e. V., Volkmarsen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

Detailgetreu, authentisch und mit sicherem Gespür für Atmosphäre schildert FRITZI – EINE WENDEWUNDERGESCHICHTE die Friedliche Revolution im Herbst 1989 aus dem Blickwinkel der zwölfjährigen Fritzi. Ein spannender und unterhaltsamer Animationsfilm über die Kraft und den Mut, die Geschichte zu verändern, der nicht nur junge Zuschauer berühren wird.

WWW.WELTKINO.DE

JETZT AUF DVD UND DIGITAL